Montag, 13. Januar 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1. – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 10 - 3.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Kandidatur:** Die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Rita Süssmuth, kandidiert bei der Bundestagswahl 1987 für die CDU im Wahlkreis Göttingen. Der Göttinger CDU-Kreisverband votierte mit 21 von 31 Stimmen für die Ministerin, die sich ursprünglich im Wahlkreis Herten/Ruhr bewerben wollte.

**Austritte:** Die Zahl der Kirchenaustritte aus der rund 3,4 Millionen Mitglieder umfassenden Evangelischen Kirche im Rheinland hat 1984 mit 16 555 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Gegenüber 1983 bedeutet das eine Zunahme um 15 Prozent. (S. 4)

**Leere Kassen:** Die UNO ist durch die laxe Zahlungsmoral der Mitglieder wieder einmal in finanzielle Schwierigkeiten geraten. UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hätte die Februar-Gehälter von 15 000 Angestellten nicht zahlen können, wenn die USA nicht eingesprungen wären. (S. 5)

**Guatemala:** Nach einer drei Jahrzehnte überspannenden Herrschaft rechter Militärs erhält das größte Land Mittelamerikas eine zivile Regierung links von der Mitte. Morgen übernimmt der 43jährige Vinicio Cerezo das Präsidentenamt. (S. 5)

**Ziel verfehlt:** Die Ölförderung in der Sowjetunion ist nach amtlichen Angaben 1985 das fünfte Jahr hintereinander hinter dem Planziel zurückgeblieben. Erste Ergebniss aus diesem Jahr ließen befürchten, daß auch 1986 eine Erhöhung der Fördermenge nicht erreicht werde. Im Februar vergangenen Jahres war der für die Ölindustrie zuständige Minister ausgetauscht worden.

**Rüstung:** Die USA haben Griechenland offiziell den Verkauf von 40 F-16-Abfangjägern bestätigt, die zur Modernisierung der griechischen Luftwaffe benötigt werden. Washington hatte mit dem Verkauf gezögert, weil man um die Geheimhaltung der Rüstungstechnologie gefürchtet hatte. Im Dezember hatten beide Staaten ein diese Frage regelndes Abkommen geschlossen.

**„Solidarität":** Als einen empfindlichen Schlag für die Arbeit des verbotenen polnischen Gewerkschaftsbundes wird die Festnahme des seit vier Jahren im Untergrund lebenden „Solidaritäts"-Führers Bogdan Borusewicz angesehen. Borusewicz war von der Polizei in Danzig aufgespürt worden. Ihm werden Verstöße gegen die „vitalen Interessen" des Staates angelastet.

### ZITAT DES TAGES



» Die Vereinten Nationen sollten Staaten, die sich mit dem Terrorismus einlassen, nicht als UNO-Mitglieder dulden «

Papst Johannes Paul II. beim Neujahrsempfang für die beim Vatikan akkreditierten Diplomaten (S. 8)
FOTO: CAMERA PRESS

### WIRTSCHAFT

**Tourismus:** Auch 1986 ist wieder ein heftiger Kampf um die Gunst der deutschen Touristen zu erwarten. Die ausländischen Ferienregionen rechnen für den Sommer mit mindestens fünf Prozent mehr Urlaubern aus der Bundesrepublik als 1985, wie auf der Internationalen Ausstellung für Caravan, Motor und Touristik in Stuttgart bekannt wurde. (S. 9)

**China:** Trotz staatlicher Maßnahmen zur Abkühlung lief die chinesische Wirtschaft im vergangenen Jahr auf Hochtouren. Die Industrieproduktion stieg um 17,7 Prozent – mehr als doppelt so hoch wie im Wirtschaftsplan vorgesehen.

**Ölindustrie:** Im Milliarden-Dollar-Streit mit Pennzoil hat der US-Konzern Texaco einen Zwischensieg errungen. Ein Einzelrichter in White Plains (New York) reduzierte die von Texaco aufzubringende Sicherheitsleistung für ein Berufungsverfahren von zwölf auf eine Milliarde Dollar. (S. 9)

**US-Aktien:** Die Nervosität an den amerikanischen Börsen hielt auch in der vergangenen Woche an. Nachdem der Dow-Jones-Industrieindex am Dienstag mit 1565,71 Punkten einen neuen Rekord aufgestellt hatte, fiel er am Mittwoch um 39,10 Punkte. Viele entnervte Kleinanleger beginnen auszusteigen. (S. 9)

### KULTUR

**Bitburger Gespräche:** Was ist möglich auf dem Gebiet der „Biotechnologie", und was könnte und sollte man rechtlich einschränken? Dieser Frage ging bei den 16. Bitburger Gesprächen ein illustrer Gelehrtenkreis nach, ohne allerdings überall zu einem Konsens zu kommen. (S. 13)

**Ausstellung:** Gemälde, Zeichnungen und Druckgraphiken von 15 Künstlern und Künstlerinnen der jüngeren und mittleren Generation aus Dresden werden in der Ausstellung „Dresden heute" im Kunstverein Ulm gezeigt. Es ist in dieser sorgfältig angelegten Schau kein Name zuviel. (S. 13)

### SPORT

**Fußball:** Jörg Berger (41), ehedem Trainer beim Zweitligaklub Hessen Kassel, übernahm das Trainer-Amt beim Bundesliga-Aufsteiger Hannover 96. Er tritt damit die Nachfolge von Werner Biskup an. (S. 6)

**Fechten:** Alexander Pusch gewann in Tauberbischofsheim zum siebenten Mal den Titel eines deutschen Meisters im Degenfechten. Zuvor hatte es der verstorbene Erwin Casmir auf sieben Titel gebracht. (S. 7)

### AUS ALLER WELT

**Raumfahrt:** Im achten Anlauf ist gestern der Start der US-Raumfähre „Columbia" in Cape Canaveral geglückt. Um 12.55 Uhr MEZ hob die Fähre mit sieben Astronauten zu ihrem auf fünf Tage angesetzten Flug ab.

**Magier:** Angesichts wachsender Zuschauerzahlen und eines regen Nachwuchses haben die deutschen Zauberkünstler keine Existenzsorgen, wie auf einem Fachkongreß in Böblingen deutlich wurde. Unbehagen bereiten ihnen allenfalls „Zauberer" wie Uri Geller, die durch Vortäuschung übernatürlicher Kräfte die Zunft in Verruf bringen. (S. 14)

**Wetter:** Trüb und regnerisch. 2 bis 6 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



# Bonn gibt DGB Mitschuld an Angriff auf Wallmann

## Kanzler hofft auf besonnene Kräfte in den Gewerkschaften / Kritik an Rau

fac. Bonn

Die tätlichen Angriffe auf den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) während eines DGB-Neujahrsempfangs haben in Bonn die Frage aufkommen lassen, in welchem Maße die kriegerische Sprache führender Gewerkschafter in der Auseinandersetzung um den Streikrechtsparagraphen 116 eine Mitschuld trifft.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ließ erkennen, daß er den Deutschen Gewerkschaftsbund trotz dessen Distanzierungen nicht aus der Verantwortung entläßt. Seit Wochen, erklärte Blüm, habe der DGB versucht, die Arbeiter „mit Lügen auf die Barrikaden zu treiben". Das habe zu Haß geführt.

Beim Neujahrsempfang des DGB-Kreises in Frankfurt hatten etwa 80 Personen, die zu den Gewerkschaften IG Metall und IG Druck und Papier gehören sollen, den Oberbürgermeister und stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden massiv bedrängt. Sie riefen Parolen wie „Hände weg vom 116 – sonst knallt's" sowie „Wallmann und Kapital – raus aus unserem Saal". Wallmann konnte sich nur mühsam einen Weg durch die Menge bahnen, dabei erhielt er einen Schlag in den Nacken und wurde getreten.

Der Angriff auf den prominenten Unionspolitiker wurde von Parteien und Verbänden verurteilt. Dabei fiel auf, daß der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau sein Bedauern mit einer Attacke gegen die Bundesregierung verband. Rau wertete die Vorfälle „als ein Zeichen dafür, wie schnell die von der Bundesregierung beabsichtigte Schwächung der Rechtsstellung der Arbeitnehmer das politische Klima in der Bundesrepublik vergiftet" habe. Rau identifizierte sich damit im wesentlichen mit den Thesen der Gewerkschaften.

SEITE 4:
Zauberlehrling

Regierungssprecher Friedhelm Ost zur WELT: „Hier ist ein hohes Maß an Heuchelei am Werk". Auch Rau sollte klar sein, daß es bei der Präzisierung des Paragraphen 116 ausschließlich um die finanzielle Neutralität der Bundanstalt für Arbeit in Arbeitskämpfen gehe. Der Regierungssprecher zeigte sich besorgt wegen der gezielten Emotionalisierung. Er führte den Vorsitzenden der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Günter Volkmar, an, der einen Tag nach den Vorgängen in Frankfurt öffentlich von einem „heißen Frühjahr" gesprochen hatte.

In der „Bild"-Zeitung bezeichnete Ost die Frankfurter Ereignisse als einen „Hauch von Weimar". Der Bundeskanzler hoffe, daß sich die besonnenen Kräfte im Gewerkschaftslager durchsetzen. Als Zeichen einer verbalen Radikalisierung wurde der Auftritt des zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, in Frankfurt gewertet. Steinkühler sprach von der Gefahr „englischer Verhältnissen" wie brennender Städte und revoltierender Jugendlicher.

Eine solche Emotionalisierung, „die dem sozialen Frieden abträglich ist", hatte bereits im Oktober Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) befürchtet. In einem Thesenpapier zur damaligen Protestwoche des DGB schrieb Bangemann, die Sprache des DGB bestärke ihn in dieser Sorge, „denn Worte wie Attacke, Arbeitskampfrecht, Angriffsaussperrung, Trommelklang, Antikriegstag, eine Waffe in Händen, Kampfentschlossenheit, klingen, als befänden wir uns im Kriegszustand."

## DER KOMMENTAR

### Gewalt in Frankfurt

DANKWART GURATZSCH

Ein Gast wird getreten und geschlagen – das ist in zivilisierten Staaten ein nicht mit einer lapidaren „Entschuldigung" zu bagatellisierender Vorgang. Daß diese Behandlung einem führenden Repräsentanten unseres Staates und mit dem Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann auch noch einem Politiker zuteil wurde, der sich in seiner Amtsführung stets um einen fairen politischen Stil und um Ausgleich bemüht hat – trotz absoluter CDU-Mehrheit in Frankfurt hält er bis heute SPD-Politiker in seinem Magistrat –, macht die Sache noch schlimmer. Erinnerungen an unselige Szenen in der Weimarer Republik werden beschworen.

Das eigentlich Anstößige aber ereignete sich im Umfeld dieser Vorgänge. Da saß das halbe rotgrüne hessische Kabinett beim Apfelwein und schaute sich das Spektakel wie ein Theaterstück an. Da ging anschließend der zweite IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler ans Mikrofon, drohte mit „brennenden Städten und revoltierenden Jugendlichen" und bramarbasierte über die „Schutz- und Gestaltungsfunktion der Gewerkschaften in der bestehenden Gesellschaft" – ohne jedes Gespür und jedes klare, entschiedene Wort dazu, daß diese Funktion gerade im Saal auf das schändlichste und flegelhafteste parodiert worden war.

Daß dann auch noch Johannes Rau, der Kanzlerkandidat der SPD, die Verantwortung für die Vorfälle indirekt der Bundesregierung in die Schuhe schob, die „das politische Klima vergiftet" habe und mit ihrem „provokativen Vorhaben" der Änderung des Paragraphen 116 „den sozialen und inneren Frieden aufs Spiel" setze, das allerdings setzt den Vorgängen die Krone auf.

Der Schritt zur gefährlichen Argumentation der Grünen, die Schuld für Gewalttaten liege nicht bei den Tätern, sondern bei der „strukturellen Gewalt" von Staat und Regierung, scheint für führende SPD-Politiker etwas Verführerisches zu haben. Rau, der noch immer beteuert, die Grünen stünden ihm fern, zeigt sich anfällig.

# „Nur Funktionäre sind mobilisiert"

## Koschnick im WELT-Gespräch: Streit um Paragraph 116 ist eine taktische Frage

PETER PHILIPPS, Bonn

Das SPD-Präsidiumsmitglied Hans Koschnick sieht in dem politischen Streit um die Novellierung des Streikparagraphen 116 im Arbeitsförderungsgestz (AFG) keinen Anlaß für Streikaktionen der Gewerkschaften. In einem Gespräch mit der WELT sagte der ehemalige Bremer Bürgermeister: „Wenn ich das Gefühl hätte, die Gewerkschaftsmitglieder allesamt sehen darin eine zentrale Frage ihrer Sicherung einer mitgestaltenden Chance im wirtschaftlichen Geschehen, könnte ich verstehen, wenn die Gewerkschaften mehr tun, als nur die politische Auseinandersetzung zu führen. Ich sehe das nicht."

Für Koschnick handelt es sich bei der Auseinandersetzung um den Paragraphen 116 allerdings in hohem Maße um eine „taktische Frage", weil auf jeden Fall nun „die Vertrauensleute der Gewerkschaften" in den Betrieben, „die Funktionäre", mobilisiert seien. Dies werde „durchschlagen bis zur Bundestagswahl". Und er verstehe nicht, warum „die CDU als Volkspartei dies angezettelt hat". Daß die FDP dies getan habe, mache hingegen „noch Sinn, denn damit stabilisiert sie ihren Einfluß in bestimmten Bereichen der Wirtschaft".

Koschnick, der als Bremer Spitzenkandidat dem nächsten Bundestag als Abgeordneter angehören wird, will aber ungeachtet solcher zentralen Auseinandersetzungen „in Fragen der sozialen Ordnung" für sich eine Hauptaufgabe darin sehen, daß im Parlament wieder vermehrt über grundsätzliche und weniger über tagespolitische Fragen debattiert wird, auch, daß nicht „neue Gräben aufgerissen" werden. Trotz des längst begonnen Wahlkampfs unterstrich der SPD-Repräsentant: „Es gibt einige Fragen, wo die beiden großen Parteien wirklich dicht beieinander sind, und das sollte man auch deutlich machen. Da dürfen eben keine künstlichen Brüche gemacht werden."

SEITE 3:
Vordenken

Als Beispiele zählte er unter anderem auf, daß man „in Fragen von Friedenssicherung und Außenpolitik versuchen muß, den Weg gemeinsam zu gehen", daß das „Problem Rentensicherung am ehesten und überzeugendsten für alle zu lösen ist, wenn es uns gelingt, hier die beiden großen Parteien zusammenzuführen". Wenn es sich, wie auch bei der „Modernisierung der deutschen Wirtschaft", um grundsätzliche Veränderungen handele, „dann müssen die langfristig vorbereitet werden, im Dialog".

Die Grünen nannte Koschnick „nicht absprachefähig". Und: „Deshalb kann keine Regierung auf Bonner Ebene daran denken, mit den Grünen eine Koalition zu bilden." Es werde „keine Regierung mit Johannes Rau geben, die nicht getragen wird durch eine Mehrheit im Bundestag".

# Strauß fühlt sich von der FDP getäuscht

DW. Bonn

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß sieht sich und seine Partei durch den Kabinettsbeschluß über die Beteiligung am US-Weltraumwaffenprojekt SDI offenbar getäuscht. Im Deutschlandfunk sagte Strauß gestern, Innenminister Friedrich Zimmermann sei noch am Tage vor der Entscheidung ein Papier gezeigt worden, das der CSU-Position in dieser Frage entsprochen habe. Das letztendlich beschlossene Papier habe jedoch „fast das Gegenteil" dargestellt. Strauß machte Außenminister Hans-Dietrich Genscher für die Veränderung verantwortlich.

Die CSU-Kritik richtet sich dagegen, daß die Kabinettsentscheidung nur Verhandlungen über ein allgemeines Technologie-Abkommen vorsieht, nicht aber eine konkrete Vereinbarung über eine SDI-Beteiligung, die von der FDP abgelehnt wird.

Seite 8: Limonadenbeschluß

# Geißler: Eine „makabre Vision" Egon Bahrs

vl, Bitburg

„Die Demokratie kann auch zugrundegehen durch die Faulheit und Feigheit der Demokraten, durch hündisches Kriechen vor der Drohkulisse des Kommunismus. Manche wollen heute schon nicht mehr wissen, von welcher Seite die Mauer gebaut worden ist." Diesen Schluß zog CDU-Generalsekretär Geißler bei den 16. Bitburger Gesprächen der Gesellschaft für Rechtspolitik.

Die Ursache von Spannungen, sagte er, sei nicht die Existenz von Waffen, sondern die Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur. Geißler verwarf Egon Bahrs Ansicht, daß der Friede ein „oberster Grundwert" sei: „Eine phantastisch makabre Vision, wenn man sich vorstellt, der Nationalsozialismus hätte mit dieser Begründung sein verbrecherisches Regime ohne Gegenwehr auf der ganzen Welt ausbreiten können."

Seite 4: Von der Feigheit

# Saudis kommen Khadhafi zu Hilfe

## Dollar-Kredite in unbegrenzter Höhe / Arabische Zusagen beim Erdölgeschäft

PETER M. RANKE, Athen

Saudi-Arabien, Kuwait und das arabische Finanzzentrum Bahrein haben Libyen Dollar-Kredite in unbegrenzter Höhe zugesichert. Damit soll die Sperrung der libyschen Bankkonten in den USA und libyscher Gelder bei amerikanischen Banken im Ausland wirkungslos gemacht werden. „Eingefroren" sind etwa 400 Millionen Dollar.

Die arabischen Hilfszusagen wurden in persönlichen Telefongesprächen zwischen Khadhafi und König Fahd vereinbart. Als Gegenleistung verlangen Saudi-Arabien, Kuwait und Bahrein, daß Khadhafi keine Terror-Aktionen in diesen Ländern unterstützt und dort keine Jagd auf libysche Exilpolitiker unternimmt.

Der „totale" Wirtschaftsboykott der USA gegen Libyen wird von den arabischen Staaten auch dadurch umgangen, daß sie Libyen Unterstützung bei der Vermarktung libyschen Erdöls und die Lieferung von Ersatzteilen für die amerikanisch ausgerüstete Erdöl-Industrie zugesagt haben. Etwa ein Drittel der libyschen Produktion von knapp einer Million Barrel am Tag wird durch US-Gesellschaften vermarktet, die dieses Geschäft ebenso wie die Verarbeitung libyschen Erdöls in europäischen Raffinerien wegen der Washingtoner Boykott-Anweisung aufgeben müssen. Das als prowestlich und proamerikanisch geltende Saudi-Arabien hat Khadhafi auch angeboten, libysches Rohöl in den eigenen Raffinerien zu verarbeiten. Algerien soll ein ähnliches Angebot gemacht haben. Aber in Fachkreisen heißt es, die nationalen Raffinerien in Italien und Frankreich reichten für das libysche Rohöl aus. Frankreich und Italien beteiligen sich nicht am amerikanischen Wirtschaftsboykott gegen Libyen, der durch die arabischen Opec-Staaten nun voll unterlaufen wird.

In den USA und auf amerikanischen Banken im Ausland liegen nur etwa ein Zehntel der libyschen Währungsreserven von gut vier Milliarden Dollar. Das libysche Regime benötigt die Gelder für Lebensmittel- und Ersatzteil-Einfuhren, nachdem Khadhafi angeordnet hatte, Devisen zu sparen und den Konsum einzuschränken.

Da die noch in Libyen arbeitenden tausend amerikanischen Erdöl-Ingenieure und Experten wegen der Sperre für libysche Gelder in den USA Schwierigkeiten beim Transfer ihrer Verdienste haben können, hat die libysche Regierung Ausweich-Konten mit arabischen Banken in den USA und in Westeuropa vereinbart. Die amerikanischen Fachleute sind schwer zu ersetzen, und Libyen unternimmt alles, um die von Washington angeordnete Rückkehr zu verhindern.

Bis zum Wirtschaftsboykott durch Präsident Reagan arbeiteten in Libyen noch die OASIS-Gesellschaft mit drei amerikanischen Partnern und die amerikanische Occidental. Die Mehrheit hält immer der libysche Staat.

# Castro lädt den Papst ein

DW. London

Der kubanische Staatschef Fidel Castro hat den Papst nach Kuba eingeladen, um „das Image seines Landes im inneren und im Ausland zu verbessern", berichtete die Londoner „Sunday Times". Ein Papstbesuch soll nach den Worten Fidel Castros nicht nur protokollarischen Charakter haben, er könne auch nützlich für die Kirche in Kuba sein. Castro fühle sich „von jedem Interesse, das der Papst an einem Besuch in Kuba zeige, geehrt", heißt es in der Zeitung. Castro hatte Johannes Paul II. bereits 1979 während seiner ersten Auslandsreise nach Mexiko zu einer Zwischenlandung in Kuba eingeladen. In diesem und im kommenden Jahr stehen zwei Papstreisen nach Lateinamerika auf dem Programm.

# „Prawda" lobt Jewtuschenko

DW. Moskau

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat ein Epos des Dichters Jewtuschenko gewürdigt, in dem dieser die Stalin-Ära verurteilt. In dem autobiographischen Werk prangert der früher in der Sowjetunion wegen seines Nonkonformismus kritisierte, inzwischen aber auf die Parteilinie eingeschwenkte Dichter „jene, die das Thema der (stalinistischen) Lager meiden", an. Die „Prawda" schrieb zu dem Essay, Jewtuschenko biete damit „unseren Gegnern keine Gelegenheit, ihn der Doppelzüngigkeit zu bezichtigen" oder ihm vorzuwerfen, er verberge die Wahrheit. Erst Mitte Dezember 1985 hatte der Dichter auf dem Kongreß der sowjetischen Schriftsteller die Jahre der blutigen Stalin-Herrschaft angeprangert.

# Gegensätze beim Thema Sanktionen

DW. Bonn

In der Frage, ob sich Bonn an den amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegen Libyen beteiligen soll, hat sich der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in Gegensatz zur Bundesregierung gestellt. Im Deutschlandfunk sprach sich der bayerische Ministerpräsident dafür aus, daß Regime Khadhafi wegen seiner Unterstützung des internationalen Terrorismus mit einem Wirtschaftsboykott zu bestrafen. Bonn hatte dies abgelehnt und auf die besonderen deutschen Interessen in Libyen verwiesen.

Differenziert, aber nicht generell ablehnend, äußerte sich der CSU-Chef auch zu einer militärischen Aktion gegen Tripolis. Er glaube nicht, so Strauß, daß die USA denselben Fehler wie im Libanonkonflikt begehen würden. Wenn Washington sich doch dazu entschließen sollte, dann müsse so etwas gründlicher vorbereitet sein.

Seiten 2 und 8: Weitere Beiträge

# SED verschweigt US-Forderung

DW. Berlin

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" hat in seiner ausführlichen Berichterstattung über das Treffen des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker mit elf US-Politikern die Forderung der Amerikaner nach Abriß der Mauer nicht erwähnt. In dem über zwei Seiten verteilten Leitartikel hieß es lediglich im vorletzten Absatz, der Abgeordnete Ben Gillman habe bei einer Pressekonferenz nach dem Treffen mit Honecker auf Darlegungen von Mitgliedern der Delegation „zum Reiseverkehr, zur Religionsfreiheit und hinsichtlich der Staatsgrenze zu Westberlin" verwiesen.

Tom Lantos aus Kalifornien hatte zu Honecker gesagt, die 750-Jahr-Feier Berlins im nächsten Jahr sei ein geeigneter Zeitpunkt, die Mauer abzureißen. Er erhielt die Antwort, die Mauer bleibe so lange stehen, wie die Umstände, die zu ihrer Errichtung geführt hätten, andauerten.

Seite 4: „Historisches Treffen"

# NATO erprobt Luftkissen-Schiff

DW. Brüssel

Fünf NATO-Länder – die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada und Spanien – werden in den nächsten Monaten in europäischen Gewässern einen im Auftrag der US-Marine hergestellten Prototyp eines Luftkissen-Schiffes erproben. Nach Angaben der NATO sollen die Seestreitkräfte der US-Verbündeten die militärischen Verwendungsmöglichkeiten selbst testen.

Das „Surface Effect Ship" (SES) genannte Boot ähnelt einem Katamaran mit zwei Rümpfen, die an Bug und Heck verbunden sind und durch ein Luftkissen angehoben werden. Das 200 Tonnen schwere amerikanische Testfahrzeug erreicht eine Geschwindigkeit von 28 Knoten (52 km/h). Es ist ein maßstabgetreues Modell eines 1500 Tonnen-Schiffes, das 50 Knoten (92 km/h) schnell sein soll. Vom 16. Januar bis zum 24. August wird das Schiff unter anderem in Eckernförde getestet.

# Kritik an liberalem Kurs in Chinas Wirtschaft nimmt zu

## Spitzenpolitiker setzen sich dennoch für Beibehaltung ein

DW. Peking

Die Kritik an dem relativ liberalen Wirtschaftskurs in China nimmt offenbar wieder zu. Vor diesem Hintergrund zumindest sehen westliche Diplomaten die Reden von Parteichef Hu Yaobang und dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Tian Jiyun. Beide Spitzenpolitiker verteidigten zwar den Kurs, warnten aber gleichzeitig vor negativen Folgen.

Ein westlicher Diplomat zog aus den Reden den Schluß, daß die Reformisten sich gegenüber ihren Kritikern mittlerweile in der Defensive befänden. Nach wie vor hätten sie allerdings eine starke Stellung. Nach seinen Aussagen wird Dengs Politik der vorsichtigen Öffnung zu westlichen Wirtschaftsformen vor allem durch Betrug, Steuerhinterziehung und Verschwendung bedroht, die nach offiziellen Angaben seit September 1983 mindestens 8,9 Milliarden Yuan (rund sieben Milliarden Mark) verschlungen haben.

Tian hatte in seiner Rede vor 8000 Funktionären in der großen Halle des Volkes in Peking zugegeben, daß der Reformkurs zu Mißwirtschaft und enormen illegalen Gewinnen geführt habe. Allerdings müßten die vergangenen sechs Jahre in China zu den besten seit der kommunistischen Machtübernahme 1949 gerechnet werden. Seit Beginn der neuen Wirtschaftspolitik unter Deng Xiaoping habe sich der Lebensstandard rasant verbessert. Tian versicherte, daß die Reformen mit Sicherheit nicht zum Kapitalismus führen würden.

Ähnlich hatte sich Parteichef Hu auf einer Versammlung geäußert. Er wandte sich gegen „die Tendenz zu bourgeoiser Liberalisierung", die den Marxismus für überholt halte; gleichzeitig aber sprach er sich gegen die irrige Tendenz aus, „marxistische Theorien wie starre Dogmen zu behandeln".

In diesem Zusammenhang muß auch die Kritik der Hongkonger Monatszeitschrift „Cheng Ming" gesehen werden, die sich gegen die Mitarbeit der Söhne von Ministerpräsident Zhao und Parteichef Hu in zugelassenen Privatunternehmen ausgesprochen hatte.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## *Offenbar über Nacht*

Von Peter Philipps

Franz Josef Strauß hat sich während des Wochenendes wieder einmal unwillig über die Bundesregierung geäußert. Wenn die Entscheidung über Bangemanns Technologie-Gespräche in Washington wirklich am Bonner Kabinettstisch so gefallen ist, wie es Strauß beschreibt und wie es von der Bundesregierung lediglich relativiert wird, scheint bei einer strittigen Koalitionsfrage mit merkwürdigen Methoden eine eigentlich nicht vorhandene Einigkeit erreicht worden zu sein.

Laut Strauß ist der Kabinettsbeschluß „offenbar über Nacht, wahrscheinlich unter Druck gewisser Kreise der FDP, geändert worden". Den CSU-Ministern hat er offenbar in Kreuth schon den Kopf gewaschen, weil sie „nicht gesagt haben: Wir machen hier nicht mit". Aber was wäre dies generell für ein Umgang in einer Koalition, die in einem Jahr ein Wählervotum für weitere vier Regierungsjahre erhalten will?

Daß Genscher sich mit seiner SDI-kritischen Grundlinie beim Kabinettsbeschluß durchsetzte, hat diese Zeitung bereits berichtet. Daß einige CSU-Repräsentanten schon gleich nach der Sitzung den Beschluß als „Zumutung" bewerteten, war ebenfalls bekannt. Aber inzwischen hat es eine „Elefantenrunde" der drei Partei-Chefs dieser Koalition gegeben. Im Zentrum standen dabei die Gesetzes-Hürden aus dem Bereich der inneren Sicherheit. Doch am Ende wurde auch generell über den Beweis des Einigungs- und Handlungswillens der drei Parteien gesprochen, den man wieder einmal erbracht habe.

Für einen wichtigen Teil der Außen- und Sicherheitspolitik, der auch im Wahlkampf eine Rolle spielen wird, hat nun Strauß eben diese Fähigkeit nachträglich bestritten, wobei unklar bleibt, warum Strauß dies offenbar während der „Elefantenrunde" nicht geklärt hat, sondern dafür den Weg über die Medien suchte. Soll auf diese Weise die nächste Bundestagswahl gewonnen werden?

## *Gold und Menschenleben*

Von Enno v. Loewenstern

Was so eine Synode alles für Sorgen hat. Da wird Bonn zu Sanktionen gegen Südafrika aufgerufen. Da verpflichten sich Synodale, keine südafrikanischen Goldmünzen und kein südafrikanisches Obst zu erwerben: „Kauft keine Früchte der Apartheid." Denn Pretoria habe mit dem Ausnahmezustand einen „Freibrief für Willkürakte" ausgestellt.

So was klingt in den Ohren und beweist wieder einmal Betroffenheit. Vor allem aber erspart es den frommen Resolutionsfassern das Nachdenken darüber, welche Freibriefe für Willkürakte sie selbst ausstellen. Mit großer Mehrheit nämlich beschloß die Synode der rheinländischen Kirche, der zweitgrößten westdeutschen Landeskirche, den kirchlichen Mitarbeitern bei legalen Schwangerschaftsabbrüchen weiterhin Beihilfen „entsprechend der aus dem staatlichen Bereich übernommenen Vorschrift" zu gewähren.

Was ist das für eine Kirche, die entgegen dem klaren Gebot der Bibel Abtreibungen finanziert? Im staatlichen Bereich ist bereits Beihilfe zu einer „Notlagen-Indikation" gewährt worden. Können Angestellte der Kirche, womöglich Pastoren, finanziell so schlecht gestellt sein, daß sie gegen das fünfte Gebot verstoßen dürfen?

Bisher, so wurde tröstlich mitgeteilt, habe noch niemand im Rheinland eine kirchliche Beihilfe beantragt. Vielleicht tut es auch in Zukunft niemand. Aber manche außerhalb des Mitarbeiterkreises mögen Gewissenbedenken damit niederschlagen, daß zwar von kirchlicher Seite einerseits über die Heiligkeit des menschlichen Lebens gepredigt, andererseits aber die Vernichtung des menschlichen Lebens auf Wunsch subventioniert wird. Der zynische Spruch, gegen den einst Luther sich erhob: „Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt" – hier bekommt er eine neue, makabre Bedeutung durch Leute, die sich über Früchte der Apartheid aufregen können, über die menschliche Leibesfrucht aber weniger. Heiner Geißler empfahl den Kirchen, wieder mehr von Gott zu reden. Vielleicht sollte man hinzufügen: und sogar über Gott und seine Gebote nachzudenken. Eine sittliche Autorität jedenfalls ist eine solche Kirche nicht.

## *Sowjet-Kontrollen bei uns?*

Von Cay Graf Brockdorff

Noch in diesem Monat treffen sich NATO und Warschauer Pakt in Wien zur 38. Runde der seit 1973 erfolglos andauernden MBFR-Verhandlungen. Diese Abkürzung steht für „mutual balanced forces reductions" (gegenseitige ausgewogene Truppen-Verringerungen). In der NATO ist allerdings eine andere, eine Spott-Version im Umlauf: „Mehr Bataillone für Rußland". Sie trifft den Nagel auf den Kopf.

Die Wiener Verhandlungen sind ein Kind der Entspannungseuphorie der frühen siebziger Jahre. Sie sollten militärisch mehr Sicherheit in Europa bringen. Dabei wurden die Verhandlungs-Grenzen so eng gezogen, daß von vornherein die Quadratur des Kreises angestrebt war. Nur aus Polen, der Tschechoslowakei und der „DDR" im Osten und der Bundesrepublik und den Benelux-Staaten im Westen sollten Truppen abgezogen werden. Sowjetische Truppen würden sich 800 Kilometer in die westlichen Militärbezirke der Sowjetunion zurückziehen, US-Truppen 6000 Kilometer weit auf die andere Seite des Atlantiks: Niemand will bis heute zugeben, daß mehr Sicherheit auf dieser Grundlage nicht zu erreichen ist.

So fühlen die Parteien sich genötigt, in Wien immer neue populistische Vorschläge einzubringen. Der jüngste stammt vom Westen und sieht vor, symbolische Truppenabzüge der Amerikaner und Sowjets für einen Zeitraum von drei Jahren durch intensive Inspektionen vor Ort – 30 im Jahr auf jeder Seite – begleiten zu lassen. Weil der Westen die Sowjets bisher nicht bewegen konnte, ihre wahren Truppenstärken im Reduzierungsgebiet darzulegen, soll die „Datenfrage" in dieser Form umgangen werden. Das Schwergewicht sowjetischer Militärkontrollen würde in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden; auf sowjetischem Territorium würde es hingegen keine Kontrollen geben. Die Bundesrepublik würde einen Sonderstatus erhalten, ihre Souveränität wäre berührt.

Kanzleramt und Auswärtiges Amt beruhigen damit, daß die Sonderkontrollen nur drei Jahre dauern sollen. Dabei wäre ein einziger Tag bereits zuviel. Annehmbar würden Kontrollen nur, wenn auch die Sowjetunion ihnen unterworfen wäre. Der Westen hat Kontrollen nicht zu scheuen, wenn das Prinzip der Gleichheit, das sowjetische Unterhändler stets betonen, gewahrt bliebe. Eine Lösung kann nur in Stockholm erreicht werden, wo Ost und West über vertrauensbildende Maßnahmen verhandeln, die vom Atlantik bis zum Ural reichen.



AUTH / PHILADELPHIA ENQUIRER

# Die andere FDP

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

In Bonn sind die Fuhrmänner der Koalition über die Stuttgarter Dreikönigs-Eskapade des Walter Döring hinweggegangen, als habe ein provinzieller Grünschnabel denselben an der CSU gewetzt. Der Kanzler jedoch hat die Stirn gerunzelt und eine Warnung in Richtung FDP gemurmelt.

Ein jeder Bundeskanzler unterscheidet sich von den hurtigen Akteuren auf der Tagesschaubühne dadurch, daß er die noch junge Geschichte der Macht in Bonn am Rhein im Blut hat und sensibel reagiert, ehe andere überhaupt etwas gemerkt haben. Wahrscheinlich ist Helmut Kohl bei Dörings Keckheit ein galliges Aperçu Herbert Wehners eingefallen. Der große Kärrner der SPD von einst hatte die FDP eine Pendlerpartei genannt, und das Unvergeßliche an diesem Etikett ist der Ruch von Wahrheit, der ihm anhaftet. Kein Kanzler, gleichgültig ob von der Union oder von den Sozialdemokraten, darf verdrängen, daß es immer auch die jeweils „andere FDP" gibt. Die andere FDP – was ist das?

Halten wir uns in einem Szenario an Döring. Der Landesvorsitzende der Südwest-Liberalen befindet sich im besten Juso-Alter, und dementsprechend munter redet er. Wir wollen ihm nicht zu nahe treten; aber wir unterstellen einmal, er habe den Werdegang seines bedeutenden Namensvetters Wolfgang Döring, jenes Anführers der liberalen „Jungtürken" Mitte der fünfziger Jahre in Düsseldorf, genau studiert. Sollte er in jungen Jahren schon so viel Fleiß in die Politik investiert haben, dann darf man davon ausgehen, daß er gesunden Ehrgeiz hat: Er will Karriere machen – in Bonn.

Die FDP begann ihre Geschichte als Sammelbecken der liberalen Parteien aus der Weimarer Republik, der progressiven Deutschen Demokratischen Partei und der nationalen Deutschen Volkspartei. Schon im Parlamentarischen Rat zeigte sich ihr Doppelcharakter. In Fragen des Verfassungrechts stimmten die Freidemokraten oft mit der SPD, in Fragen der Wirtschaftsordnung hingegen standen sie den Sozialdemokraten kompromißlos gegenüber. Die Schlüsselentscheidung für das Schicksal der FDP bis auf den heutigen Tag traf Konrad Adenauer, als er 1949 die Kleine Koalition durchsetzte. Es war eine Entscheidung für Ludwig Erhards soziale Marktwirtschaft, folglich gegen die SPD.

Es hat einige Zeit gedauert, ehe kluge Köpfe in der FDP diese Schlüsselentscheidung als das Lebensgesetz ihrer Partei im parlamentarischen System der Bundesrepublik begriffen. Zwar hat Karl-Hermann Flach 1971 der CDU/CSU drei „historisch einwandfrei belegbare Mardversuche" an der FDP vorgeworfen: Adenauers Versuch, 1955/56 das „Grabenwahlrecht" (ein gemischtes Mehrheits- und Verhältniswahlrecht) durchzupauken; die Absicht der Union und führender Sozialdemokraten, gemeinsam unter Kanzler Kiesinger in der Großen Koalition das Mehrheitswahlrecht einzuführen; und Kiesingers Parole, die FDP aus den Landtagen hinauszukatapultieren. Doch das Motiv, die Koalition mit der CDU/CSU zu sprengen, ist älter und liegt woanders.

Bei R. Wildenmann ist nachzulesen (in „Macht und Konsens als Problem der Innen- und Außenpolitik"), daß es schon 1954 ein deutliches Ziel der Düsseldorfer FDP gewesen sei, sich die Möglichkeit des Wechselspiels der Koalitionen zu eröffnen. Die „Jungtürken" mit Wolfgang Döring an der Spitze, die 1956 den hochangesehenen CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold stürzten und in Nordrhein-Westfalen unter Fritz Steinhoff (SPD) das Modell der Bonner sozial-liberalen Koalition von 1969 schufen, sahen ihre Partei nicht als liberales Korrektiv der regierenden CDU, sondern als eigenständige „dritte Kraft". Das konnte sie nur sein, wenn sie die Fähigkeit bewies, die Koalition zu wechseln.


Im besten Juso-Alter: Döring. Was will er werden, wenn er im besten Mannesalter ist? FOTO: DPA

Die sozial-liberale Regierung Brandt war nicht das Ergebnis eines dramatischen Ereignisses im Bonner Parlament, sondern der Bundestagswahl 1969. Diese Wahl verlor Walter Scheel mitsamt seiner FDP mit Pauken und Trompeten, aber er machte Willy Brandt zum Bundeskanzler.

Übrigens hat Scheel nie den Höhenflug jener Liberalsozialen in seiner Partei geteilt, die wie Maihofer vom „historischen Bündnis" mit den Sozialdemokraten schwärmten. Er dachte schon früh laut darüber nach, wie lange der Vorrat an Gemeinsamkeiten mit der SPD noch reiche. 1982 war der Vorrat erschöpft, und der Tag der Wende zur Regierung Kohl bedeutet eine bestandene Nagelprobe der FDP als der „dritten Kraft".

Der junge Herr Döring im Südwesten weiß, daß sich Koalitionen aufzehren. So war es unter Konrad Adenauer, so geschah es unter Helmut Schmidt. Die Koalition Helmut Kohls wird noch manches Jahr erfolgreiche Arbeit leisten. Aber sollte sie auch erst in acht oder zwölf Jahren am Ende ihrer Energien sein, Döring wird dann im besten Mannesalter stehen. Dann mag er hoffen, in seiner Karriere die Erfüllung dessen zu ernten, was er heute als Poltergeist der „anderen FDP" tut.

Kanzler Kohl freilich sieht das ganz anders. Döring gibt ihm Anlaß, die FDP in puncto puncti zu warnen – im Punkte des Punktes. Und darunter versteht der Lateiner die Keuschheit. Für Kohl handelt es sich um die politische Keuschheit der FDP in seiner Koalition.

## IM GESPRÄCH Hassanein Heikal

# Neue Sorgen für Mubarak

Von Peter M. Ranke

Das Oberste Verwaltungsgericht in Kairo hat entschieden, daß es verfassungswidrig sei, wenn politische Parteien in Ägypten den Friedensvertrag mit Israel anerkennen und vertreten müßten. Damit ist der Weg frei für eine neue Oppositionspartei und für einen Mann, der seit 1977 der erbitterte Gegner des Friedenspräsidenten Sadat und der Abmachungen von Camp David ist: Hassanein Heikal (62).

Wenn sich die Anhänger des früheren Präsidenten Gamal Abdel Nasser (1952–1970) und seiner Politik nun als Partei konstituieren, wird Heikal einer der tonangebenden Köpfe sein. Sein Buch über Sadat, eine kritische Abrechnung, darf in Kairo bereits seit einem Jahr verkauft werden. Er schrieb auch in dem linken Oppositionsblatt „Al Ahali" scharfe und bissige Kommentare, den Herausgeber kennt er seit der Militärrevolte von 1952. An dem neuen Magazin der Nasseristen, das „Juli" (nach dem Putschmonat von 1952) heißt, soll Heikal mitarbeiten, wenn er nicht sogar Chefredakteur wird. Auch andere Zeitungsspalten stehen ihm wieder offen.

Als Reporter der großen Zeitung „Akhbar" und als Chefredakteur des offiziösen „Al Ahram" mit der Kolumne „Offen gesagt" hatte Heikal unter dem Nasser-Regime seine beste Zeit. Nie schrieb er damals gegen Menschenrechtsverletzungen, die Konzentrationslager in der Wüste oder die Übergriffe der Geheimpolizei, die erst Sadat abschaffte. Dafür war er immer ein Befürworter der politischen Abenteuer seines Chefs und Freundes Nasser, dem er auch als Berater diente.

Wie der Name Nasser für arabischen Nationalismus, Sozialismus und Ausfälle gegen feudale Herrscher steht, auch für Krieg im Jemen, gegen Israel und für Abhängigkeit von Moskau, so steht der Name Heikal für die Säuberung der ägyptischen Presse von Oppositionellen oder prowestlichen Journalisten. Wer Heikal politisch nicht folgte wie seine Lehrmeister, die Brüder Ali und Mustafa


Nassers Freund will Moslems und Marxisten einen: Heikal FOTO: IVERSON/STUDIO X

Amin, oder der Wirtschaftsjournalist Adel Sabet, landete leicht im Gefängnis. Für Korrespondenten war Heikal stets ein wichtiger Ansprechpartner, weil er Hintergrund-Nachrichten und Desinformation gut zu mixen wußte, weil er logisch argumentieren konnte und weil der Weg zu einem Interview mit Abdel Nasser durch sein Zimmer führte.

Unter Präsident Sadat war Heikal, der Luxuswohnungen in London, Paris und Kairo besitzt, ebenfalls Berater und sogar Informationsminister, fiel dann aber mit dem Sturz des prosowjetischen Gegenspielers Ali Sabri in Ungnade. Danach schrieb er kenntnisreiche Bücher über Ägypten, die arabische Welt und das Ayatollah-Regime in Teheran.

Wenn er jetzt wieder auf die politische Bühne in Kairo tritt, so ist dies ein von Präsident Mubarak einzukalkulierendes Risiko. Heikal will extreme Moslems und marxistische Politiker durch einen neuen „Nasserismus" verbinden. Er wird wieder für die Nasser-Politik werben, die den Ägyptern Blockfreiheit als führende arabische Macht, Sozialismus und Wohlstand verkündete, wenn sie sich nur von den USA und von einem Frieden mit Israel abwendeten.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### Süddeutsche Zeitung

**Das Münchener Blatt meint zur Bonner Koalition:**

Sollten die Parteivorsitzenden tatsächlich den Stein der Weisen gefunden haben, der es ermöglicht, sowohl dem informationellen Selbstbestimmungsrecht als auch den Notwendigkeiten der inneren Sicherheit gerecht zu werden? Und das auch noch auf eine Weise, die Zimmermann zufriedenstellt und die Bangemann frohlocken läßt, das Paket trage die „liberale Handschrift"? ... Der Konflikt ist wohl nur vertagt.

### The Daily Telegraph

**Die Londoner Zeitung schreibt zur Gewalt in Südafrika:**

Die Ankündigung des Afrikanischen Nationalkongresses ANC, daß eine neue militärische und politische Offensive in Südafrika unvermeidlich immer mehr zivile Verluste mit sich bringen wird, kann für die belagerte Regierung in Pretoria keine Überraschung sein. ANC-Präsident Oliver Tambo hat für 1986 ... von der Schaffung einer „Befreiungsarmee der Massen" gesprochen ... Es kann keinen Zweifel geben, daß Tambos Rede von Lusaka tatsächlich eine Kriegserklärung war. Der Kampf soll aus den Städten ins Land getragen werden. Damit wird klar, daß die Bombenexplosion in einem Supermarkt in der Nähe von Durban vor Weihnachten nur ein Vorgeschmack von dem war, was kommen wird. Tambos Geschwätz, dies sei die undisziplinierte Aktion einer Splittergruppe gewesen, überzeugt niemand.

### BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

**Die Karlsruher Zeitung kommentiert Bangemanns USA-Reise:**

Für eine friedliche Erforschung des SDI-Projekts, die im Vordergrund steht, spricht außerdem die massive Option der deutschen Industrie und Wissenschaft. Im Gegensatz zu Eureka kommt hier ein Technologietransfer in Bewegung, auf den die deutschen Firmen nicht verzichten können. Nur so verlieren sie den Anschluß an die Weltspitze nicht. Bonn muß also Farbe bekennen, denn mit einem SDI-Rahmenabkommen allein ist es längst nicht mehr getan. Schon jetzt rächt sich jene Hinhaltetaktik, an der auch der Kanzler Schuld trägt. Nach der Bangemann-Reise sollte es keine Halbheiten mehr geben.

### LE QUOTIDIEN DE PARIS

**Die Pariser Zeitung sieht einen Nachteil bei Reagans Libyen-Sanktionen:**

Das Wirtschaftsembargo der USA zwingt selbst die gemäßigten und mit Washington verbündeten arabischen Staaten, solidarisch gegenüber Libyen zu sein. Zahlreiche arabische Regime, angefangen bei Tunesien und Ägypten, sehnen zwar eine Ablösung Khadhafis herbei, doch fürs erste bleibt ihnen nichts anderes übrig, als angesichts der amerikanischen Sanktionen Solidarität mit Libyen zu zeigen.

# Das rumänische Volk grollt – oder friert nur noch apathisch

Gründet Ceausescu eine Herrscher-Dynastie? / Von Carl Gustaf Ströhm

Aus Rumänien kommen – zumindest auf „inoffiziellen" Wegen – schlechte Nachrichten. Während Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu offenbar entrückt über seinem frierenden und von Entbehrungen geschüttelten Volk thront (Rumänien hat den niedrigsten Lebensstandard im gesamten Ostblock; der Bevölkerung geht es wesentlich schlechter als am Ende des Zweiten Weltkriegs), läuft die Gerüchtemaschine auf dem Balkan auf vollen Touren. Wer wird eines Tages die Nachfolge des bald 68jährigen Parteichefs antreten?

Wird Ceausescus Frau Elena, die seit einiger Zeit stärker in den Vordergrund tritt, sein Erbe übernehmen? Oder steht mit Ceausescu-Sohn Nico, ähnlich wie in Nordkorea, die Begründung einer kommunistischen Dynastie ins Haus? Gibt es eine Opposition gegen Ceausescu in der kommunistischen Partei? Wie werden die Sowjets sich verhalten, wenn Krisen sich weiter zuspitzen sollten?

Festzustellen bleibt, daß der seit 1965 regierende Parteichef durch die unter seiner Führung betriebene rabiate Innenpolitik viel vom Prestige, das Rumänien seinerzeit im Westen genoß, verloren hat. Dabei spielen die ökonomischen Fehlschläge nicht die entscheidende Rolle.

Natürlich sehen westliche Wirtschaftsexperten und Politiker mit Sorge, daß die Fehlspekulationen mit petrochemischen Erzeugnissen, die Überstrapazierung der Bevölkerung durch gigantische Industrieprojekte und die sträfliche Vernachlässigung der Landwirtschaft Rumänien in einen ökonomischen Invaliden verwandelt haben – und das trotz der immensen natürlichen Reichtümer des Landes.

Ein Rumäne bemerkte jüngst sarkastisch, zuerst habe die Parteiführung die Bauern massenhaft vom Lande in die Fabriken und die Städte gejagt – und jetzt jage man die Städter und Arbeiter in Massen zum Ernteeinsatz aufs Land zurück. Unter den Bewohnern Bukarests und anderer rumänischer Städte, die aus Energieersparnisgründen in kaum geheizten Räumen den Winter verbringen müssen, herrscht eine Mischung aus Apathie und Groll.

Die Arbeiterschaft igelt sich ein. Sie feiert krank oder arbeitet langsam, wo sie nur kann. Die ständigen Stromausfälle führen zu weiteren Produktionsausfällen. Die Bauern wehren sich gegen die Zwangsablieferung. Es soll in einigen Landstrichen sogar zu Aufruhr gekommen sein.

Die Minderheiten – die Ungarn in Siebenbürgern, aber auch die Deutschen – fühlen sich unterdrückt. Die Ungarn reagieren mit passivem Widerstand gegen die Romanisierung, die Siebenbürger Sachsen und Banaterschwaben suchen ihr Heil in der Ausreise Richtung Bundesrepublik. Sogar führende Funktionäre der deutschen Volksgruppe – Kommunisten, die bisher Ceausescu treu ergeben waren und von einem Fortbestand der volksdeutschen Position in Rumänien unter der roten Fahne träumten – haben sich Richtung Westen abgesetzt.

Es ist ein psychologisches Rätsel, wie das rumänische KP-Regime unter Ceausescu alle Voraussetzungen für ein positives „Image" im Westen – und damit auch für eine von der breiten westlichen Öffentlichkeit getragenen Unterstützung – zerschlagen hat. Zu allem Überfluß hat jetzt die KP-Führung damit begonnen, den historischen Stadtkern von Bukarest mit seinen unersetzlichen nationalen und religiösen Baudenkmälern niederzureißen.

Und schon ist eine weitere herostratische Tat, womöglich von noch größerem Ausmaß, geplant: Das Donau-Delta, eines der großen Naturwunder und eine der letzten unberührten Fluß- und Urlandschaften Europas, soll trockengelegt werden. Die Bukarester Führung weiß offenbar nicht, daß solche Demolierungsaktionen ihrem Ansehen in der breiten Öffentlichkeit des Westens mehr schaden können als kommunistische Gewaltakte.

War das alles nötig? Hätte die KP nicht mit einer behutsameren Politik günstigere und vor allem stabilere Zustände auch zur Sicherung ihrer eigenen Herrschaft erzielen können? Es erscheint heute müßig, auf Ceausescus frühere Verdienste hinzuweisen. Der kommunistische Führer, der im Ostblock als einziger den Mut aufbrachte, gegen die Invasion der Tschechoslowakei zu protestieren, und der sich bis heute der Breschnew-Doktrin widersetzt, hat es nicht vermocht, stabile Zustände im Innern zu schaffen.

Das ist traurig für jene, die sich ein gesundes, unabhängiges Rumänien auf dem Balkan wünschen. Und es ist eine Tragödie für die unmittelbar Betroffenen. In diesem Zusammenhang ist es nur ein schwacher Trost, daß Rumänien seine Auslandsschulden auf 6,3 Milliarden Dollar senken konnte. Denn auch das konnte nur durch eine Gewaltanstrengung bewerkstelligt werden, bei der man fürchten muß, daß sie ökonomische Dauerschäden hinterläßt.

# „Wir müssen den Raum haben, mit vorzudenken“

**Zwanzig Jahre lang hieß seine politische Aufgabe Bremen, künftig soll sie für Hans Koschnick in Bonn liegen. Aus der Beschaulichkeit eines „vorläufigen Ruhestands“ heraus denkt der führende Sozialdemokrat im Gespräch mit der WELT zurück und voraus.**

Von PETER PHILIPPS

Na, großer Meister“, dröhnte es fröhlich in das kleine Biedermeier-Zimmer in einem Geschäftshaus am Bremer Markt, in dem wir uns trafen. Zwei Meter und zwei Zentner Koschnick füllten den Türrahmen aus und wenig später den ganzen Raum. In legerer Kombination, mit einem weinroten Pulli zusätzlich gegen die winterliche Kälte in der alten Hansestadt gewappnet, die Haare straff wie eh und je zur Seite gekämmt, demonstrierte Deutschlands einstmals dienstältester Regierungschef, daß er eine „Institution im vorläufigen Ruhestand“ ist – und dies genießt.

Er ist mit sich und seiner Heimatstadt nach zwanzig Jahren an der Spitze des Senats (die ersten zwei als stellvertretender Bürgermeister) und dem freiwillig vollzogenen Rücktritt im September vergangenen Jahres im reinen. Völlig ungezwungen gehen wir später über den alten Marktplatz, der nach der originalgetreuen Restauration wieder die ehrwürdige Pracht der Hansestadt so unnachahmlich repräsentiert. Der mit 56 Jahren nun schon „Alt-Bürgermeister“ wird beiläufig gegrüßt, nirgends ein Auflauf, statt dessen zu einem der Passanten ein joviales: „Na, Burkhard, bleib ein guter Mensch.“

## „Buten un binnen, wagen un winnen“

Hans Koschnick, der sich durchaus als „typischen Bremer“ sieht, „auch wenn ich vielleicht untypisch schnell spreche“, hat auch noch ein Büro im Rathaus: „Aber da gehe ich nie hin, da sitzt nur eine Sekretärin.“ Denn von den Kaufleuten, mit denen die Sozialdemokraten in den Hansestädten seit altersher tragfähige Bündnisse eingegangen sind, hat er eines gelernt: Wenn man die Firma verläßt, sollte man nicht so häufig dort wieder auftauchen und es „dem Nachfolger schwer machen“.

„Buten un binnen, wagen un winnen“ steht unverändert über dem Eingang der alten bremischen Börse. Der Arbeitersohn aus dem Werftenviertel Gröpelingen, dessen kommunistisch-organisierter Vater von den Nazis inhaftiert wurde und 1944 in Finnland gefallen ist, hat dies immer auch als Wegweisung für sich selbst genommen. Zum letzten Mal, als er den bequem gewordenen Sessel des Präsidenten des Senats mit der Option tauschte, als Bundestagsabgeordneter nach Bonn zu gehen, „noch mal was Neues zu beginnen“.

Vierzig Jahre nach Kriegsende sind die einstmals armen süddeutschen Regionen die Blütenstände der Republik, der einstmals blühende Norden hingegen welkt. Zwanzig Jahre davon, wie gesagt, hat Hans Koschnick Verantwortung in Bremen getragen. Können die Sozialdemokraten nicht wirtschaften? Ist dies nicht ein Beweis dafür?

Der „große Manitou“, wie er so lange an der Weser hieß, strafft sich, greift tief in die Geschichte hinein, spricht vom „Versäumnis von Generationen“: Württemberg habe bereits seit den Zeiten „des alten Karl-Eugen eine sehr gute Struktur“ gehabt, „Entwicklungen vom Tüftler zur nun hochmodernen Wirtschaft“. Und die früheren Potentaten im heutigen Baden-Württemberg und in Bayern hätten sich außerdem „in hohem Umfang als Universitätengründer betätigt“, die Keimzellen, um die herum sich nun ein großer Teil der „High-Tech-Industrie angesiedelt“ habe. Dort, wo die Infrastruktur vergleichbar gut war, „nämlich im mittel- und südhessischen Raum“, habe es auch gleiche Entwicklungen gegeben.

Doch er wäre nicht der auch bei allen politischen Gegnern hochgeachtete „ehrliche Hans“, wenn er es dabei beließe: „Ganz eindeutig hat der süddeutsche Raum, vielleicht mutiger als wir im Norden, auf die moderne Wirtschaft gesetzt.“ Während man im Norden zu lange optimistischen Prognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten vertraut und auf den Niedergang von Werftbau und Stahlindustrie zu spät reagiert habe, hätten im Süden die Zukunftstechnologien Fuß gefaßt. Und „wir haben eine Frage nicht gesehen: daß die Form des jetzigen Länderfinanzausgleichs allmählich zu einem Ausbluten führt bei den Ländern, die mit alten Strukturen zu tun haben und ihr eigenes Geld in die Strukturerhaltung und Strukturveränderung reinstecken mußten, während andere über den Länderfinanzausgleich aus dem Lande heraus mitfinanziert und zusätzlich unterstützt Neues aufbauen konnten“. Der „Bund hat versagt“ bei der vom Grundgesetz ihm aufgegebenen Strukturpolitik, „ich sage aber nicht, diese Bundesregierung hat versagt“.

Die Worte kommen wie ein Stakkato – so schnell, daß er manchmal halbe Sätze verschluckt, indem er sie zu einem Halbwort zusammenzieht. Nur bei dem Wort „So-zi-al-demokraten“ läßt er sich immer genügend Zeit. Und zwischendurch geht regelmäßig die Zigarre aus.

Ob er ein „Kompromiß-Virtuose“ sei? Kompromiß ja, Virtuose – und hier zuckt es wieder einmal ironisch um seine Mundwinkel – da gäbe es sicher eher welche in Bonn. „Ich habe mich immer bemüht, nicht neue Gräben aufzureißen, sondern möglichst viele zu einem gemeinsamen Handeln – manchmal nur Gedankenaustausch, manchmal auch Tun – zu bringen. Ich will mich auch in Bonn darum kümmern.“ Der Horror vor der Bundeshauptstadt ist nicht so ausgeprägt wie beim sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Johannes Rau, aber auch bei Koschnick ist Reserve spürbar gegenüber der Stadt, in der nicht – wie in anderen Hauptstädten oder „Berlin, München, Stuttgart, auch Karlsruhe“ – ein Austausch stattfindet, sondern sich immer nur dieselben Akteure um dieselben politischen Themen drehen.



„Wir gehen im Parlamentarismus an den Tagesfragen kaputt“: Hans Koschnick im Gespräch mit Peter Philipps FOTO: PETER MEYER/FORUM

Er sieht aus der Erfahrung seines bisherigen politischen Lebens die Gefahr, daß „wir kaputtgehen im Parlamentarismus an den Tagesfragen“. Immer stärker sei die Tendenz geworden, daß die grundsätzlichen Weichenstellungen nicht im Ringen um den richtigen Weg im Bundestag vorgenommen würden, sondern „die Stabsstellen der Administration entscheiden“.

## Garant für absolute SPD-Mehrheiten

Der Mann, der auch in schwierigsten Situationen in Bremen ein Garant für absolute Mehrheiten der SPD war, sieht für seine Partei durchaus Möglichkeiten, nach 1987 diese Fragen auch von der Regierungsbank aus in Angriff zu nehmen. Zwar sei das wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle auch auf das Erscheinungsbild der SPD zu übertragen, aber „die Partei hat eine Riesenchance, weil Johannes Rau stark in Nordrhein-Westfalen verankert ist, wo ein Drittel der Wähler lebt. Und Johannes Rau hat es geschafft, auch aus dem katholischen Arbeitnehmer-Milieu viele an sich zu binden.“ Ist dies parteiamtlicher Zweckoptimismus im begonnenen Wahlkampf oder Überzeugung?

Wie auch immer – Ansprüche auf ein Amt für den Fall eines Wahlsiegs hat er nicht angemeldet. Hans Koschnick, dies zeigte nicht erst sein Rücktritt vom Bürgermeisteramt, ist nach der langen Wegstrecke niemand, der sich an Ämter klammert. Seiner Partei hat er dies schon 1979 gezeigt, als er völlig überraschend den stellvertretenden Vorsitz niederlegte, weil er sich ganz auf Bremen konzentrieren wollte. Seine damalige Erklärung hält er auch heute noch aufrecht, doch irgendwann im Verlauf unserer Unterhaltung kommt er darauf zurück: Es hatte natürlich auch damit zu tun, daß er und Helmut Schmidt „in einer zentralen Frage ein unterschiedliches Parteiverständnis“ haben: „Helmut gehört zu den Sozialdemokraten, die die Parteien als Wahlvehikel haben wollen, dann aber Regierung und Parlament die Politik gestalten lassen. Und ich gehöre zu denen, die sagen, die Parteienlandschaft in Deutschland ist anders als in Amerika, wir sind mehr als nur ein Wahlverein, sondern in grundsätzlichen Fragen müssen wir den Raum haben, mit vorzudenken.“

Nein, zu seinen „Vorbildern“ gehört der ehemalige Kanzler nicht, den er aus gemeinsamen Innensenator-Zeiten kennt: Dieser werde sicher einmal seinen Platz in der deutschen Geschichte als „gestaltender Kanzler“ haben, der „mehr war als ein Macher“, einer, der „ein brillanter Politiker“ war, „ein Mann, der umsetzen kann mit einer ungewöhnlichen Energie, der die Strukturen von Ökonomie und staatlichem Händeln wieder zusammengeführt hat, ein brillanter Analytiker“. Aber aus „dem anderen Verständnis, was soll die Partei, hat die Partei ihre Probleme mit Helmut wie auch Helmut welche mit der Partei hatte“. Allerdings, wenn man heute „mit den Leuten spricht, auch die damals sehr kritisch waren, stellt man plötzlich fest, daß manche aus der zeitlichen Distanz heraus sagen: Nö, haben wir damals vielleicht doch nicht ganz richtig gesehen.“

Abschied nach 20 Jahren: Straßenbahn-Sonderzug „Hans“ fuhr Hans Koschnick am letzten Arbeitstag als Bremer Bürgermeister Mitte September 1985 nach Hause FOTO: DPA/REHDER

Aber wie gesagt, Vorbild ist Schmidt-Hamburg für den Bremer nicht: Der legendäre Nachkriegsbürgermeister „Kaiser Wilhelm“ Kaisen und der Württemberger Carlo Schmid – sie haben ihn am meisten politisch geformt, und zu Willy Brandt hatte er politisch schon immer eine Affinität.

Wir gehen um den Bremer Dom herum, der in seiner Trutzigkeit auch weiter östlich, etwa in Polen stehen könnte. Hans Koschnick erzählt von seinem persönlichen Engagement für Menschen gerade in den Ländern des Ostblocks, für die Genugtuung, wenn er wieder einmal einigen zur Freiheit hat verhelfen können. Seine besondere Beziehung zu Polen – sie rührt nicht nur von der alten hansestädtischen Verbindung seiner Vaterstadt in jene Region her, sondern hat auch etwas zu tun mit der Prägung durch das Elternhaus, mit den Erfahrungen 1945. „Nicht zurücklehnen nach dem Motto: Ich war nicht schuld“, „anpacken“, „etwas für die Menschen tun“, die „Freiheit verteidigen“ – dies sind seine Stichworte.

Er ist in solchen Momenten wirklich ein typischer Bremer, eher wortkarg, wenn es um solche menschlichen Fragen geht. Dann überspielt er dies mit der kurzen Feststellung, daß „Elternhaus kein Verdienst ist“, und läßt die Frage unbeantwortet schweben: „Was wäre denn gewesen, wenn mein Vater ein SA-Führer gewesen wäre?“

## Der Mann für die Außenkontakte der Partei

Immer war Hans Koschnick während seiner politischen Laufbahn jeweils der Jüngste im Amt – auch jetzt als zeitweiliger Ruheständler. Sicher, er ist im SPD-Präsidium derjenige, der wegen Parteichef Brandts Belastungen die Außenkontakte der Partei zu gestalten hat, der sich bei Reisen um „menschliche Erleichterungen“ kümmert und der nun vom nächsten Januar an in Bonn Politik mitgestalten will. Aber Bremen profitiert weiterhin von ihm. Noch immer betätigt sich der ehemalige Bürgermeister als erster Handlungsreisender seiner Stadt in der Welt.

Von den Vorzügen der süddeutschen Regionen hatte er vorhin gesprochen, daß Universitätsgründungen ihren wirtschaftlichen Aufschwung beförderten. Hatte nicht einst auch Koschnick sich als Gründer einer Hochschule betätigt, die später den Ruf der „roten Kaderschmiede“ hatte? Es erscheint wieder das typische Zucken um die Mundwinkel, wenn der alte Fahrensmann mit sich zufrieden ist: Natürlich habe man Fehler bei der Gründung der Uni gemacht. „Wer nach so langer Regierungszeit sagen würde, er habe keine Fehler gemacht, der hätte auch die ganze Zeit nur gepennt.“ Aber ohne Öffentlichkeit und damit wohl um so wirkungsvoller habe man die Hochschule eben umstrukturiert, so daß sie inzwischen von der Wirtschaft angenommen werde.

Hans Koschnick zieht den Handschuh aus, um sich zu verabschieden. Wir stehen neben dem Roland. Ebenso fest wie der scheint der Alt-Bürgermeister in sich zu ruhen.

# Politischer Wirbel um Frankreichs „Spaghetti-Kanal“

**Erst am 20. Februar will Frankreichs erstes privates Fernsehen auf Sendung gehen, doch längst ist der Fünfte Kanal in aller Munde – weil er von einem Ausländer geführt wird, weil er für die Opposition ein politisches Instrument der Sozialisten darstellt, weil das Damoklesschwert schon über ihm schwebt.**

Von PETER RUGE

Silvio Berlusconi, 48 Jahre, ehemals Baulöwe in Mailand und heute Italiens privater Fernsehgigant, wird die Leitung des französischen Fünften Kanals übernehmen. Er kommt damit seinem Ziel wieder einen Schritt näher, ein europäisches Fernseh-Imperium von Italien, Spanien, Frankreich, den Benelux-Ländern bis nach England, zur Bundesrepublik und nach Skandinavien auszudehnen.

Der Coup des Italieners steht im Widerspruch zu den Versicherungen des französischen Staatspräsidenten Mitterrand, beim Privat-Kanal werde die ausländische Mitwirkung begrenzt. Dies gilt anscheinend nur für die finanzielle Basis des „Spaghetti-Fernsehens“ – wie der neue Kanal inzwischen spöttisch von den Franzosen genannt wird. So entfallen auf Berlusconi 40 Prozent der Kapitalanteile, 60 Prozent stammen von französischen Geldgebern – es sind die Industriellen des Schlumberger-Konzerns, Jerôme Seydoux und Jean Riboud, der inzwischen verstorben ist und dessen Beteiligung sein Sohn Christoph, Direktor des Meinungsforschungsinstituts IFOP, übernommen hat.

Dem Dreigestirn werden nicht nur Sympathien für die Linken nachgesagt, jeder soll auf seine Weise sogar den Sozialisten Wahlhilfe geleistet haben. Die bürgerliche Opposition in Frankreich spricht davon, daß der Staatspräsident mit der Lizenz-Vergabe wohl eine Dankesschuld abzutragen habe, da andere Bewerber, wie RTL oder die französische Filmwirtschaft, aus dem Rennen geflogen seien. Mitterrand bestreitet jedoch, daß es diese Bewerbungen überhaupt gab.

## Nur stückweise wurde der Vorhang gelüftet

Als am 27. Dezember „Le Monde“ einen Geheimvertrag aufdeckte, der schon am 18. November von den Beteiligten mit dem Generaldirektor des französischen Fernsehens, François Schoeller, geschlossen worden war, sah sich die Opposition in ihrer Ansicht bestätigt, der neue Fernsehkanal werde als künftiges Propaganda-Instrument der Linken aufgebaut. So wolle sich die regierende Sozialistische Partei für die Zeit nach den Parlamentswahlen im März ein Sprachrohr in der Medienlandschaft Frankreichs sichern. Denn die bestehenden staatlichen Sender TV 1, Antenne II und FR 3, daneben noch der von bisher etwa 800 000 Fernsehzuschauern abonnierte „Canal +“, dürften nach dem voraussehbaren Sieg der Bürgerlichen von unerwünschten Programmen und Personen gesäubert werden.

Stückweise wurde bis heute der Vorhang vor dem Geheimvertrag gelüftet. Was zutage kommt, erstaunt selbst die Experten. Es sind vor allem drei Kriterien, die eine regierungsamtliche Förderung des sogenannten Privat-Kanals bestätigen: da ist einmal das Kapitel „Technische Nutzungsgebühren“, zum zweiten werden technische Manipulationen bekannt, die die Ausstrahlung des Fünften Kanals bevorzugt unterstützen werden. Drittens sind es staatliche Subventionen, die den privaten Programmherstellern zufließen sollen.

Die Zahlungserleichterungen für den Fünften Kanal sehen so aus: 1986 rund 52 Millionen Franc, dagegen müssen die staatlichen Stationen folgende Ausstrahlungsgebühren für die Nutzung der Senderketten zahlen: TV 1 rund 514 Millionen Franc, Antenne II rund 519 Millionen Franc, FR 3 rund 455 Millionen Franc. Die unabhängige „Aufsichtsbehörde für audiovisionelle Kommunikation“ hatte deshalb den Vertragsunterhändler, den TGF-Generaldirektor Schoeller, zur Einvernahme über diese ungleiche Behandlung bestellt.

## Die staatlichen Sender müssen zurückstecken

Seinen Angaben zufolge wird der Fünfte Kanal vorerst nur in „mehreren Großstädten“ zu empfangen sein, von rund 17,5 Prozent aller Haushalte. Was der Generaldirektor des französischen Fernsehens erst auf hartnäckiges Nachfragen offenzulegen bereit war: die technische Leistung der bisherigen Sender wird, örtlich unterschiedlich, zurückgenommen, um den Fünften Kanal auf den neuen Frequenzen überhaupt sichtbar zu machen. Nach dem Start des privaten „Spaghetti-Fernsehens“ dürften viele Franzosen daher nicht einmal mehr einwandfrei die staatlichen Programme empfangen. Die Eile, mit der auch in Paris der Eiffelturm „verstaatlicht“ wurde, um die Antennen für den Fünften Kanal zu montieren, geben weiteren Aufschluß über die offensichtlichen Manöver der Staatsführung.

Das Labyrinth, das um die Geburt des Fünften Kanals errichtet wurde, hat noch eine dritte Nische staatlicher Hilfe: die Programm-Subventionen. Es bestehen zwei staatliche Fonds und ein sogenanntes „laufendes Konto“. Der erste Fonds sieht zum Beispiel Programmzuschüsse des Kultur-Ministeriums in Höhe von 25 Millionen Franc für 1986 vor. Ein zweiter Fonds für die „neuen Programme“ wird gespeist aus Mitteln der Post, wiederum aus dem Kultur-Etat und durch Zuschüsse der Industrie. Damit wurden allein 1985 rund 380 Programme produziert, für die ein Etat von 160 Millionen Franc zur Verfügung stand.

Die dritte Finanzquelle, das „laufende Konto“, speist sich aus 4,5-Prozent-Abschöpfung der Zuschauergebühren, um neue Programme zu subventionieren. Für 1986 werden rund 250 Millionen Franc veranschlagt. Der italienische Partner des Fünften Kanals dürfte sich die Hände reiben: sein Programm-Vorrat wird sich auf diese Weise gut verzinsen.

Die nächsten Kapitel im Polit-Thriller um den französischen „Spaghetti-Kanal“ sind schon angekündigt: am 20. Januar will Vize-Präsident Berlusconi sein Programmschema vorstellen. Ob er jedoch über die Uraufführung im Februar hinauskommt, ist fraglich: Gaullisten-Führer Chirac hat bereits angekündigt, daß es im Falle einer Änderung der politischen Mehrheitsverhältnisse nach den Wahlen vom 16. März zu einer Einziehung der vergebenen Lizenzen an Berlusconi, Riboud und Seydoux kommen werde.

# Wallmann reagiert gelassen auf die Tätlichkeiten von Gewerkschaftern

**„Ich werde der Gewalt nicht weichen" / Frankfurter OB erinnert DGB an den Zauberlehrling**

D. Guratzsch, Frankfurt

Der hessische CDU-Vorsitzende und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann beabsichtigt nicht, wegen der tätlichen Angriffe auf ihn beim Neujahrsempfang des DGB-Kreises Frankfurt Strafanzeige zu erstatten. Er werde auch im nächsten Jahr wieder an der traditionellen Veranstaltung teilnehmen, falls er eingeladen werde, sagte Wallmann im Anschluß an den Empfang, bei dem er von Gewerkschaftsmitgliedern getreten und geschlagen worden war. Allerdings sei er „bedrückt und betroffen". Demokratie und Gewalt schlössen einander aus.

Zu den Handgreiflichkeiten war es gekommen, als Wallmann den Saal im Frankfurter Gewerkschaftshaus betreten wollte. Dabei bildeten Teilnehmer der Veranstaltung eine immer enger werdende Gasse und versuchten, dem Oberbürgermeister Beine zu stellen, um ihn zu Fall zu bringen. Der Frankfurter DGB-Kreisvorsitzende Manfred Kiesewetter, der Wallmann begleitete, schilderte später der WELT, er habe mit eigenen Augen gesehen, daß der Oberbürgermeister Fußtritte und Boxhiebe erhalten habe. Die Schläge seien so stark gewesen, daß Wallmann „den einen oder anderen blauen Fleck" davongetragen haben werde.

Kiesewetter, der sich anschließend öffentlich bei Wallmann entschuldigte, sprach vom „bisher schwersten Zwischenfall bei einer derartigen Veranstaltung". Unter den „20 bis 30 Chaoten" hätten sich auch Gewerkschaftsmitglieder befunden. Der DGB müsse künftig seine Ordnungskräfte verstärken, denn es sei „kein Zustand, daß andere den Ablauf unserer Veranstaltungen bestimmen". Die Störer hätten eine „völlig unpolitische Haltung" eingenommen. Nach Darstellung der Deutschen Presse-Agentur handelte es sich bei den 60 bis 80 Demonstranten jedoch „zumeist um Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall und der IG Druck". Sie hätten Wallmann auch bei seiner anschließenden Ansprache „regelrecht niedergeschrien", als „Arbeiterfeind" tituliert und Sprechchöre intoniert: „Wallmann und das Kapital – raus aus dem Saal". Aus diesen Kreisen sei die Gewerkschaftsführung schon vor Tagen aufgefordert worden, den Empfang abzusagen. Dazu Kiesewetter: „Wir hatten Hinweise, daß es Unruhe und Protest geben würde, hatten aber einen solchen Verlauf nicht erwartet."



Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann mußte Spießruten laufen FOTO: HR / LATZKE

Wallmann selbst erklärte anschließend der WELT: „Ich weiche nicht der Gewalt und habe noch immer geredet." Er habe sich selbst dann nicht aus der Fassung bringen lassen, als Megaphone und Trillerpfeifen eingesetzt wurden und ihm ein Transparent vor das Gesicht gehalten wurde. Auch wenn man ihn nicht angehört habe, so habe er in seiner improvisierten Ansprache „mit großer innerer Ruhe" gemahnt, vom Frieden nicht nur zu reden, sondern bei sich selbst zu beginnen und die Auseinandersetzung rational zu führen.

Gerade die Leistungen seiner Stadt Frankfurt bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit könnten sich sehen lassen. Hier seien in 18 Monaten 15 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Zahl der Konkurse sei um 24 Prozent gesunken, während sie im Lande Hessen noch um fünf Prozent gestiegen sei.

In diesem Zusammenhang warf Wallmann dem Zweiten IG Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler in seiner anschließenden Rede vor, der Bundesregierung den guten Willen zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zu sozialverantwortlichem Handeln abgesprochen zu haben. Mit solchen Äußerungen würden „die handelnden Menschen in diffamierender Weise dargestellt." Ein solches Vorgehen sei „nicht erlaubt", denn hier werde „das richtige Maß der Auseinandersetzung verlassen". Wer so handle, der schüre nicht nur Emotionen, wie sie in Frankfurt zum Ausbruch gekommen seien. Zwar wolle er niemandem unterstellen, daß er die Tumulte und tätlichen Übergriffe gewollt habe. Aber die Atmosphäre müsse für Sachlichkeit und für den Standpunkt des anderen offenbleiben, sonst entstehe die „Situation des Zauberlehrlings".

Tatsächlich hatte Steinkühler, der völlig ungehindert sprechen konnte, die vorausgegangenen Handgreiflichkeiten nur mit einem Nebensatz erwähnt: „Das war kein gutes Beispiel." Er unterstellte der Bundesregierung, zwar die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu propagieren, „in Wirklichkeit aber mit den Resultaten von Massenarbeitslosigkeit recht gut leben" zu können. Steinkühler: „Man kann so eine Zeitlang regieren, aber am Ende einer solchen Politik werden englische Verhältnisse, werden brennende Städte und revoltierende Jugendliche stehen."

# US-Politiker sprechen von „historischem Treffen"

hrk, Berlin

Eine Gruppe amerikanischer Kongreß-Abgeordneter brachte die „DDR"-Presse in Verlegenheit. Die Politiker hatten in einem Gespräch mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker gefordert, die Mauer um und durch Berlin 1987 abzureißen. Das 750. Stadtgründungsjubiläum Berlins im kommenden Jahr böte sich für diesen Schritt an. Die Zeitungen drüben verschwiegen diese Passage nicht, berichteten jedoch sehr verklausoliert darüber. Es hieß, es sei auch über „Reiseverkehr, Religionsfreiheit und die Staatsgrenze zu Westberlin gesprochen worden".

Bei dem Meinungsaustausch mit den US-Parlamentariern mußte sich der SED-Chef zum ersten Mal seit geraumer Zeit des Mauerbaus wegen wieder grundsätzlich gegenüber westlichen Gesprächspartnern rechtfertigen. Er sagte, die Mauer bleibe „stehen, solange die Umstände andauern, die zu ihrer Errichtung geführt haben". Honecker bekräftigte damit die angebliche Bedrohungs- und Kriegsgefahr, die vom Westen gegenüber der „DDR" ausgehe, was vor 25 Jahren neben der „Ausplünderung der DDR" ausgehe, als offizielle Begründung für die Anlage des Todesstreifens herhalten mußte.

## Besuch in Washington?

Nach der ausgiebigen Unterredung – der ersten derartigen Begegnung Honeckers mit hochrangigen US-Politikern – sprach Delegationschef Lantos von einem „historischen Treffen". Die Atmosphäre sei so beschaffen gewesen, „wie sie besser nicht hätte sein können". Der Gast aus Washington sah in Dauer, Inhalt und den Umständen des Gesprächs den Beginn besserer Beziehungen zwischen den USA und der „DDR". Amerikas Botschaft im anderen Teil Deutschlands ist mit Rücksicht auf den alliierten Status Groß-Berlins „bei" und nicht „in" der „DDR" eingerichtet, wobei Ost-Berlin außerdem mehreren geheimen Zusatzabsprachen zustimmen mußte.

Die ausgedehnte Unterredung reiht sich in die anhaltenden Versuche Ost-Berlins ein, zu einem besseren Verhältnis zu Washington zu gelangen. Den USA wiederum ist an der „DDR"-Rolle eines Dialog-Partners zwischen Warschauer Pakt und NATO gelegen, Honeckers Fernziel bleibt, wie schon mehrfach in Kreisen der Bundesregierung analysiert worden, noch zu Amtszeiten eine Visite im Weißen Haus zu unternehmen.

Honecker und seine Gäste erörterten nach Angaben der Amerikaner eine breite Themenpalette. Sie reichte vom Wettrüsten über die Bedeutung der Menschenrechte bis zur alten US-Forderung nach einer Entschädigung in Höhe von 75 Millionen Dollar für enteignetes US-Vermögen auf dem heutigen Boden der „DDR". Dabei handelt es sich unter anderem um Grundstücke, Gebäude und Konten beispielsweise des US-Konzerns Woolworth und anderer großer Unternehmen in Mitteldeutschland.

Nach Angaben von Lantos, der dem außenpolitischen Ausschuß im Repräsentantenhaus angehört und unter anderem Experte für Menschenrechtsfragen ist, hätten die Gäste den SED-Chef auch unmißverständlich aufgefordert, die 1975 in Helsinki übernommenen Verpflichtungen humanitärer Art auch strikt einzuhalten.

An der Unterredung, die auf „DDR"-Seite fast ausschließlich von Honecker bestritten wurde, nahmen auch Außenminister Oskar Fischer und der wichtigste Fachmann für den gesamten „DDR"-Westhandel, Staatssekretär Gerhard Beil, teil.

# Werden die Richter in Karlsruhe „Scheich Albrecht" zu Kasse bitten?

Von MICHAEL JACH

Erstaunlich gelassen geben sich Niedersachsens Haushälter angesichts des bevorstehenden 14. Januar 1986. Als ob sie nicht befürchten müßten, bis zu einer Milliarde jährlicher Landeseinnahmen einzubüßen, wenn das Bundesverfassungsgericht über den Finanzausgleich der Bundesländer verhandelt. Denn zu urteilen ist in Karlsruhe nicht zuletzt auch darüber, ob und in welchem Ansmaß Niedersachsen die Erträge seines sehr wörtlich zu nehmenden Bodenschatzes Erdöl mit bedürftigen Nachbarn teilen muß.

Dieser nämlich beschert dem Land dank Opec-ausgelöster Ölpreis-Explosionen seit fünf, sechs Jahren einen hochwillkommenen Geldsegen. 1980 sprudelten aus der Quelle des bergrechtlichen Förderzinses (Konzessionsabgabe der hier pumpenden Ölkonzerne) schon ansehnliche 560 Millionen Mark. Die Ergiebigkeit steigerte sich auf gut 2,1 Milliarden in diesem Jahr.

So unverhofft der Segen kam, so sicher folgte die Mißgunst. Bei Spottreden über „Scheich Albrecht" und das „Emirat Hannover" blieb es nicht: Am Förderzins erhitzte sich 1982/83 der längst schwelende Länderstreit um den Finanzausgleich zur Normenkontrollklage in Karlsruhe. Empfängt doch das herkömmlich steuerschwache Niedersachsen bis heute von den Ausgleichsabgaben der (seinerzeit vier) Geberländer Baden-Württemberg, Hessen, (Nordrhein-Westfalen) und Hamburg den Löwenanteil: 1984 waren es 832 Millionen Mark. Desgleichen von den zusätzlich ausgleichenden Bundesergänzungszuweisungen (1984 für Niedersachsen 763 Millionen). Der Förderzins indes, weil ehedem eher geringfügig, war bei der Bemessung der Bedürftigkeit zunächst nie angerechnet worden.

Doch erst einmal in den Geruch von Öl und Geld geraten, half es Hannover nichts, daß der neue Reichtum eigentlich recht bescheiden und bis zur Jahrhundertwende wohl auch erschöpft ist. Auch das verständnisheischende Argument fruchtete nichts. Hier habe ein gütiges Geschick dem strukturpolitischen Patienten Niedersachsen in letzter Minute die heilkräftige Finanzspritze in die Hand gegeben. Schließlich hüben wie lieben Nachbarn nicht geringere Sorgen.

Um dem Karlsruher Pranger aber vielleicht doch noch zu entgehen, fand die Regierung Albrecht sich „freiwillig" bereit, von 1983 an ein Drittel, mit dem kommenden Jahr die Hälfte der Öleinnahmen beim Finanzausgleich verrechnen zu lassen. Unter dem Strich bisher ein Verzicht auf bald zwei Milliarden. Mit dem Effekt immerhin, daß Baden-Württemberg diesen Klagepunkt nicht mehr vorbrachte, als die soliden Schwaben 1983 die höchsten Richter anriefen, um von „übermäßigen" Ausgleichslasten für marode Nordlichter entbunden zu werden.

Fein heraus ist Niedersachsen damit freilich nicht. Denn den Stuttgartern war schon im Sommer 1983 Nordrhein-Westfalen zuvorgekommen, das eben nicht von CDU-Parteifreunden regiert wird. Das „Schutzgeld" aus Hannover nahmen die Genossen in Düsseldorf zwar hin, jedoch nicht zur Kenntnis. Ihre Klage zielt weiterhin auf volle Anrechnung des Förderzinses. Zwar fließt, wie im Hannoverschen Finanzministerium bissig angemerkt wird, seit dem vorigen Jahr keine müde Mark mehr an die Leine (oder anderswohin), weil Nordrhein-Westfalen infolge Erlahmens seiner Steuerkraft nichts mehr abtreten muß. Doch sei dieser Zustand, hält Düsseldorf dagegen, vordem eben durch unrechtmäßige niedersächsische Ausgleichsansprüche mitverursacht worden.




Hessen setzte im folgenden Jahr noch eins drauf: Der Förderzins, so verlangt es die Wiesbadener Klageschrift, müsse nicht nur total, sondern zudem rückwirkend von 1982 an eingerechnet werden.

Entlastet sieht sich die Landesregierung in Hannover indessen durch die davon unterschiedenen Klageziele Hamburgs, Bremens und des Saarlandes, die finanziell jeweils „mehr herausholen" sollen, prozeßtaktisch aber zunächst auf Abwehr der baden-württembergischen Zahlungsunwilligkeit hinauslaufen. „Jeder gegen jeden!" amüsiert sich Niedersachsens Finanzminister Burkhard Ritz und befindet seelenruhig: In dem kaum noch entwirrbar scheinenden Knäuel, das die Verfassungsrichter „gerecht" auffädeln sollen, „heben sich die Klagegründe gegenseitig auf". So habe es sich für Niedersachsen entgegen ursprünglicher Absicht erübrigt, seinerseits „Abwehrklage" einzureichen. Hannover begnügt sich mit dem Recht auf Stellungnahme und Anhörung.

Eigentlich stehe ja gar kein verfassungsrechtliches, sondern ein verteilungsmethodisches Problem zur Verhandlung, erläutert Ministerialrat Manfred Berenskötter, Referatsleiter Finanzverfassung im Hause Ritz, der WELT, die Argumentationslinie der niedersächsischen „Verteidigungsschrift". Zwar seien aus Karlsruhe „grundsätzliche Maßgaben zum Verteilungsverfahren" im Sinne des Grundgesetz-Schlüsselartikels 107 zu gewärtigen. Doch anders als bei einem Grundrechtskonflikt könne das Gericht den Bundesländern als gleichrangigen Verfassungsorganen die weiten Ermessensspielräume für Detailregelungen kaum einengen.

Solchem Juristenkalkül zufolge rechnet Hannover nicht mit einem gezielten Urteil über den Förderzins. Dessen dem Land noch verbleibende Hälfte stehe allenfalls hernach in der Konferenzrunde der Länderfinanzminister wieder zur Debatte. Dort aber werde Niedersachsen nötigenfalls findig genug sein, seinerseits „Sonderlasten" nach nordrhein-westfälischem oder hamburgischem Muster geltend zu machen. Die den Vorteil der Öleinkünfte mehr als aufwögen. Ministerialrat Berenskötter spricht vom „Basar-Prinzip" und dem traditionellen „orientalischen Hautgout dieser Branche..."

Was aber, wenn die Karlsruher Richter nun doch Grundsätzliches über den Förderzins verfügen? Und obendrein womöglich das bereits erbrachte Opfer seine für diesen Ernstfall erhoffte Wirkung verfehlt, nämlich das Gericht milde zu stimmen.

Dann sähen sich einerseits jene landespatriotischen Kritiker des Finanzministers bestätigt, die da meinen, er hätte seinen Ölschatz eben nicht freiwillig teilen sollen („Auf der Anklagebank sitzen wir trotzdem, aber was wir längst nutzbringend hätten anlegen können, würde uns niemand mehr wegnehmen."). Selbst dann jedoch, denkt Burkhard Ritz, hat er noch einen Trumpf in der Manschette: Eine neuerliche Verfassungsklage, diesmal aus Hannover. Auf volle statt bisher halbe Veranschlagung der Steuerkraft von Städten und Gemeinden. Da gebe es nämlich weiter südlich welche, die kaum noch wüßten, wohin mit all dem schönen Geld...

# Stoiber sammelt in der Partei Punkte

**Unverhofftes Lob für den bayerischen Staatssekretär von Bonner CSU-Abgeordneten**

PETER SCHMALZ, Kreuth

Hinter den verschlossenen Türen der CSU-Tagungsstätte im einsam gelegenen Wildbad Kreuth erntete ein Politiker bei den christsozialen Bundestagsabgeordneten Beifall und Anerkennung, der kein Mitglied der von Theo Waigel geführten CSU-Landesgruppe ist: Edmund Stoiber, Staatssekretär in der Bayerischen Staatskanzlei und dort engster Mitarbeiter von Franz Josef Strauß, wurde ausdrücklich gelobt für die von ihm geleistete Vorarbeit bei den Verhandlungen mit CDU und FDP, die zu dem Paket der Sicherheitsgesetze geführt haben.

Dieses Lob während der 10. Kreuther Klausurtagung verdiente besondere Beachtung, nachdem die CSU-Bundestagsabgeordneten bislang ein eher kühles Verhältnis zu Stoiber pflegten und ihm nicht selten Einmischung in die eigentlich ihnen zustehende Bundespolitik vorwarfen. Der Stimmungswandel könnte neue Perspektiven für Stoiber eröffnen, dem seit Jahren Ambitionen auf ein politisches Amt in Bonn nachgesagt werden, was der „große Blonde" aus München aber stets dementierte. Allerdings wird damit gerechnet, daß Stoiber sich nach der bayerischen Landtagswahl im Oktober nach neuer Arbeit außerhalb der Staatskanzlei umsehen wird.

## Optimistische Prognose

Doch dies war nicht der einzige bei „Kreuth X" zu registrierende Stimmungswandel. Hatten die 50 Parlamentarier und ihr Parteivorsitzender vor einem Jahr noch eher depressive Anwandlungen, wenn sie von den bayerischen Bergen aus an die Bonner Regierungskunst dachten, so beherrschte diesmal Zuversicht die Szene. „Wir gehen selbstbewußt, sachlich gut gerüstet und optimistisch in dieses Jahr", meint Theo Waigel nach der dreitägigen Klausur. Die objektiven Daten, so der CSU-Politiker, hätten sich „ganz entscheidend" verbessert, der konjunkturelle Aufschwung inzwischen allen sichtbar, trage sich selbst, weil er auf den Wirkungen des Marktes beruhe und nicht von künstlichen Finanzspritzen staatlicher Programme abhängig sei. Selbst die Vollbeschäftigung sei bis Ende der nächsten Legislaturperiode erreichbar, weil sich in den nächsten Jahren zwei Entwicklungen kreuzen werden: Einmal die Schaffung neuer Arbeitsplätze, zum anderen der Einstieg der geburtenschwachen Jahrgänge ins Erwerbsleben.

Die Regierungspolitik werde besser verkauft, in den Umfrageergebnissen stehe die Regierung ausgezeichnet da und nirgends sei erkennbar, „daß die Bürger besonders daran interessiert sind, von Herrn Rau, Vogel und Börner in Zusammenarbeit mit Herrn Fischer und Schily regiert zu werden". Auch nicht in Niedersachsen, wo die SPD nach Waigels Meinung keine Chance hat, im Verein mit den Grünen an die Macht zu kommen.

Natürlich ist nicht alles Freud' und Sonnenschein, denn wie der Kanzler SDI mit spitzen Fingern von sich hält, gefällt dem CSU-Chef keineswegs. Das aber sagt Strauß nur hinter den Kreuther Türen. Und Theo Waigel unterschlägt diese Kritik in der Abschlußpressekonferenz ebenso wie den Umstand, daß Strauß wieder einmal die dringliche Bitte äußerte, der Kanzler möge doch bitte schön von seiner Richtlinienkompetenz kräftigeren und spürbareren Gebrauch machen.

## Anspruch auf Vizekanzler

Dagegen verrät Waigel nur zu gerne, wie Strauß „natürlich" Kritik am Koalitionspartner FDP übte und das halbe Hundert der Bonner CSU-Truppe ermahnte, vor allem auf dem Feld der Wirtschaft und beim Handwerk im speziellen die Glaubwürdigkeit der CSU zu bewahren und die Initiativen zu verstärken, „damit sich nicht die FDP diese Klientel unter den Nagel reißt".

Übrigens, so Waigel, müsse FDP-Generalsekretär Haussmann die Umfrageergebnisse doppelt gesehen haben, als er meinte, mit der CDU in Konkurrenz um die zweitstärkste Partei innerhalb der Koalition treten zu können. Nach einem Wahlsieg werde die CSU als erwartungsgemäß Zweiter in der Koalition diesmal den Vizekanzler für sich reklamieren. Seine wahre Meinung über die Freidemokraten packt Waigel schließlich in eine Entschuldigung: Im Zusammenhang mit dem Stuttgarter Frankenstein-Zitat hatte er vom „drittklassigen Kabarett politischer Schlümpfe" gesprochen. Nun seien Millionen Schlümpfe empört, aber er habe sie nicht beleidigen wollen. Nur: „Schlümpfe sind etwas klein geratene Figuren, deswegen habe ich sie in den Zusammenhang mit der FDP gebracht."

# Von der Feigheit mancher Demokraten

**CDU-Generalsekretär Geißler zum Spannungsfeld Frieden – Freiheit – Menschenrechte**

E. v. LOEWENSTERN, Bitburg

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hielt vor der Gesellschaft für Rechtspolitik bei den 16. Bitburger Gesprächen eine bemerkenswerte Rede über das Spannungsverhältnis Frieden–Freiheit–Menschenrechte, in der er unter anderem sagte:

„Die Menschenrechte können auch leicht dadurch gefährdet werden, daß sie aktuellen politischen Zielsetzungen untergeordnet werden. Im Zusammenhang mit dieser Diskussion nannte Egon Bahr den Frieden einen obersten Grundwert. Ich nenne dies eine Ideologisierung des Friedens. Wenn Egon Bahr recht hätte, dann müßte sich der Erreichung, der Erhaltung und der Durchsetzung dieses Wertes alles andere unterordnen: eine phantastisch makabre Vision, wenn man sich vorstellt, der Nationalsozialismus hätte mit dieser Begründung sein verbrecherisches Regime ohne Gegenwehr auf der ganzen Welt ausbreiten können.

In Wirklichkeit ist der Friede zwar mehr als Schweigen der Waffen, aber eben kein Grundwert, geschweige denn ein oberster, sondern ein politischer Zustand, der sich erst dann ergibt, wenn die Menschenrechte verwirklicht sind. ‚Opus justitiae pax' ist die richtige Definition des Friedens von Thomas von Aquin.

Die Demokratie kann auch zugrundegehen durch die Faulheit und Feigheit der Demokraten, durch hündisches Kriechen vor der Drohkulisse des Kommunismus. Manche wollen heute schon nicht mehr wissen, von welcher Seite die Mauer gebaut worden ist.

Die Ursache von Spannungen in dieser Welt ist nicht die Existenz von Waffen: Spannungen sind begründet in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur. Autoritäre und totalitäre Staaten, die ihre Bürger zu Untertanen deklassieren und ihnen die Menschenrechte verweigern, werden sich immer allein durch die Existenz von freiheitlichen und demokratischen Staatswesen bedroht fühlen.

Von seiten der Friedensbewegung wird argumentiert, die Verhinderung des Atomkrieges sei wichtiger als Einzelschicksale von Menschen. Anders ausgedrückt, der Tod von Millionen sei schlimmer als das Leiden, die Folterungen von Hunderttausenden, die angeblich ‚nur' ihrer Menschenrechte beraubt seien. Dieser scheinbar plausiblen Alternative liegt ein Denkfehler zugrunde.

Der atomare Krieg wird ja nicht durch das Verschweigen von Menschenrechtsverletzungen, sondern durch Abschreckung und Abrüstung verhindert. Wer sich zynisch über sogenannte Einzelschicksale hinwegsetzt, der erleichtert Diktatoren die Menschenrechtsverletzungen, ohne daß er uns dem Frieden einen Schritt näherbringt.

Ein weiteres Argument gegen eine klare Position in der Menschenrechtsfrage lautet, man könne einzelnen Menschen, die in Diktaturen verfolgt werden, nur durch ‚stille Arbeit' (Willy Brandt) helfen. Diese Möglichkeit darf nicht geringgeschätzt, aber auch nicht als Ausrede für feiges oder angeblich kluges Schweigen mißbraucht werden.

In der Menschenrechtsdiskussion geht die Sowjetunion oft mit der Behauptung zum Angriff über, der Verfassungsstaat garantiere den Menschen zwar die Freiheit, nicht aber die sozialen Rechte, ohne die ein menschenwürdiges Leben nicht geführt werden kann. (Aber) in den demokratischen Verfassungsstaaten sind nicht nur die Freiheitsrechte des Menschen, sondern auch seine sozialen Rechte wesentlich besser gesichert als in den sozialistischen Staaten. In der ‚bürgerlichen' Bundesrepublik ist die Sozialhilfe für einen Arbeitslosen jedenfalls höher als im sowjetischen ‚Arbeiterstaat' der Lohn eines Facharbeiters.

Als Deutsche ... wissen (wir), wohin Gewalt und Terror und wohin das Schweigen über Diktatur und Unmenschlichkeit führen können. Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen, wie Kurt Schumacher sagte; aber wir wollen auch keine Diktatur auf deutschem Boden. Heute leben die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland in freiheitlichen und friedlichen Staat, den es in Deutschland je gegeben hat. Dies verpflichtet uns auch für die Zukunft, uns gegen Krieg und Diktatur, für Frieden und Freiheit einzusetzen."

# Rekordzahl an Kirchenaustritten

idea, Düsseldorf

Die Zahl der Kirchenaustritte aus der rund 3,4 Millionen Mitglieder umfassenden Evangelischen Kirche im Rheinland hat 1984 mit 16 555 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Dies bedeutet eine Zunahme im Vergleich zu 1983 um 15 Prozent, wie aus der neuesten Statistik hervorgeht. Der Vorsitzende des Lutherischen Konvents im Rheinland, Superintendent Ernst Volk (Trier), sagte in einer Stellungnahme dazu, der Hauptgrund für die Austritte liege in einer „wachsenden Glaubenslosigkeit der Menschen". Diese habe aber damit zu tun, daß in der Kirche „vielfach nur noch Innerweltliches gepredigt wird". Volk wies darauf hin, daß er zunehmend Anfragen besorgter Christen erhalte, die es aus Glaubensgründen ablehnen, daß aus dem Bereich der rheinischen Kirche Kirchensteuermittel an den Sonderfond des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrates gezahlt werden.

# Muß Kriele die SPD verlassen?

DW. Bonn

Die Schiedskommission des SPD-Unterbezirks Leverkusen soll in den nächsten Wochen über einen möglichen Parteiausschluß des Kölner Strafrechtsprofessors Martin Kriele beraten. Wie der SPD-nahe Parlamentarische Politische Pressedienst (PPP) in Bonn mitteilte, wird Kriele vorgeworfen, sich bei seinen Stellungnahmen zur Lage in Nicaragua parteischädigend verhalten zu haben. Der 54jährige Hochschullehrer, der seit 1960 der SPD angehört und vor allem als Gutachter beim Zustandekommen der Ostverträge bekannt wurde, hatte den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt mitverantwortlich dafür gemacht, daß sich Nicaragua zur Diktatur entwickele. Ferner hatte er der SPD in jüngster Zeit mehrfach vorgeworfen, die Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus zu vernachlässigen.

# Rebmann stellt sich vor Zimmermann

DW. Hamburg

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat die heftigen Vorwürfe von SPD und Grünen gegen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und dessen Parlamentarischen Staatssekretär Carl-Dieter Spranger (beide CSU) im Zusammenhang mit Erkundungen des Verfassungsschutzes über Politiker der Grünen zurückgewiesen. In einem am Sonntag vorab veröffentlichten Interview der Zeitschrift „Weltbild" meinte Generalbundesanwalt Rebmann, diese Angriffe halte er für nicht berechtigt. Rebmann fügte hinzu: „Was hier angesichts früherer strafrechtlicher Verstrickung solcher Personen an Aktivitäten des Verfassungsschutzes und dessen Einschaltung geschah, ist doch nicht willkürlich. Die Verantwortlichen haben hier aus Sorge um die Sicherheit unseres Staates gehandelt."

# Höffner: Rückzug ist nicht gestattet

DW. Köln

Auf die gestalterischen Möglichkeiten Europas hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, gestern in Köln hingewiesen. Die von Europa ausgehenden geistigen und politischen Bewegungen hätten auch das Leben anderer Völker bestimmt, sagte der Erzbischof. Es sei tragisch, daß der Bolschewismus die slawischen Völker aus der Christenheit herausreißen wolle. Es sei aber wichtig, daß Christen ein Beispiel gäben: Keuschheit, eheliche Liebe und Treue, Nächstenliebe, Festhalten am Christusglauben bis zum Martyrium hätten schon die Christen im römischen Reich gezeigt und dadurch die Heiden beeindruckt. Die Verhältnisse damals ähnelten dem „verwirrenden Pluralismus der Gesellschaft" heute. Höffner: „Nirgendwo ist der Rückzug in ein Ghetto gestattet."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

# Albrecht erwartet knappes Ergebnis

DW. Bonn

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht erwartet für die Landtagswahl am 15. Juni ein Kopf-an-Kopf-Rennen seiner Partei mit der SPD und den Grünen. In einem Gespräch mit Radio Luxemburg belegte Albrecht diese Einschätzung mit den neuesten Umfrage-Ergebnissen: danach würde die CDU 48 Prozent der Stimmen erhalten, die SPD würde „etwas über 41 Prozent" liegen, die Grünen kämen auf sechs bis sieben Prozent. Die FDP würde nach diesen Ergebnissen an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Albrecht äußerte die Erwartung, daß bei einer solchen Konstellation, „wenn die CDU allein nicht mehr Stimmen hat als die SPD und die Grünen zusammen", sich der SPD-Spitzenkandidat Gerhard Schröder von Grünen zum Ministerpräsidenten wählen lassen werde. Er sei bereit, darauf „hoch zu wetten".

# CDU in Göttingen votiert für Süssmuth

DW. Göttingen

Die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Rita Süssmuth, wird bei der kommenden Bundestagswahl in Göttingen kandidieren. Am Samstag votierten die 31 Wahlmänner des CDU-Kreisverbandes Göttingen nach mehrstündiger Diskussion mit 21 Stimmen für die Ministerin. Ihre Gegenkandidatin, die CDU-Kreisvorsitzende, Renate Ewers, erhielt zehn Stimmen. Als die Grundpositionen ihrer Politik nannte Frau Süssmuth eine Stärkung der Familie als Ganzes und Rücksicht auf die veränderte Lebensplanung von Frauen. Das programmatische Wort von der Wahlfreiheit müsse stärker in aktive Politik umgesetzt werden, sagte sie. Dazu gehöre es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichten, den Frauen keine Perspektiven wegzunehmen, sondern wirklich zu eröffnen.

# Grüne: „Realos" setzen sich durch

DW. Lüneburg

Erstmals ist in einem Bundesland eine Frau zur Spitzenkandidatin der Grünen für die Landtagswahlen gewählt worden. Mit 52 der 124 Stimmen stimmte die Landesversammlung der niedersächsischen Grünen am Samstag für die 35jährige Volkswirtschaftlerin Thea Dückert aus Oldenburg. 28 votierten dagegen, 44 enthielten sich. Sie tritt bei der Landtagswahl am 15. Juni gegen Ministerpräsident Ernst Albrecht an. Thea Dückert wird dem realpolitischen Flügel der Partei zugerechnet. Auch bei der Wahl der Landesliste, die paritätisch mit Männern und Frauen besetzt wurde, konnten sich die „Realos" durchsetzen. Auf die Plätze zwei bis vier kamen Hans Mönninghoff aus Barsinghausen, Adelheid Schreiner aus Braunschweig und der Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Hannes Kempmann.

# Säumige Zahler bringen die UNO in Finanznot

**Länder mit den geringsten Beiträgen bestimmen die Szene**

GITTA BAUER, Bonn

Es ist wieder einmal soweit: Die Vereinten Nationen sind in Zahlungsschwierigkeiten. UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar hätte die Februar-Gehälter von 15 000 Angestellten nicht zahlen können, wenn die USA ihm nicht mit 38 Millionen Dollar unter die Arme gegriffen hätten. Die schuldeten sie der UNO aber ohnehin. Sie stehen sogar für 1985 mit weiteren 32 Millionen in der Kreide. Doch geschieht dies nicht aus prinzipiellen, sondern haushaltstechnischen Gründen.

Dabei sind die USA, die immerhin ein Viertel (mehr als 400 Millionen Dollar) des Zwei-Jahres-Budgets der UNO von 1,663 Milliarden Dollar tragen, keineswegs schlechte Zahler. Nur wenn sie in einem der antizionistischen Ausschüsse allzu sehr vors Schienbein getreten werden, halten sie gelegentlich den Anteil für diesen Ausschuß zurück.

Es ist die allgemein laxe Zahlungsmoral der Mitglieder, die Pérez de Cuéllar schon oft anprangern mußte. Alle paar Jahre bringt sie nämlich die Weltorganisation in New York in Geldnot. Die Bundesrepublik Deutschland wird von Pérez dankbar zu den pünktlichen Zahlern gerechnet. Zu den Säumigen gehört die Sowjetunion, deren Anteil (mit der Ukraine und Bjelo-Rußland) 12,5 Prozent beträgt. Sie erklärt das mit ihrer negativen Einstellung zu den Friedensoperationen, zum Beispiel im Nahen Osten, deren Kosten „der Aggressor", sprich Israel, tragen solle. Sie zahlt dennoch immer rechtzeitig genug, um nicht ihr Stimmrecht zu verlieren, das nach zweijähriger Säumigkeit laut Satzung erlischt.

## Etat mit Nullwachstum

Pérez ist in einer prekären Lage. In seiner vierjährigen Amtszeit hat er zwar nur Haushaltsentwürfe mit Nullwachstum vorgelegt, allerdings Inflations- und Wechselkursverluste einberechnet. Das ist den Amerikanern und einer Reihe anderer Staaten, darunter auch der auf Sparsamkeit bedachten Sowjetunion, nicht genug. Diese Staaten bringen zusammen 80 Prozent des Beitragsaufkommens ein. Sie wollen ein absolutes Nullwachstum, was einer Minderung von acht bis zehn Prozent gleich käme; sie haben daher gegen den gegenwärtigen Etat gestimmt. Ein solches Nullwachstum würde eine Abmagerung der Verwaltung und der Konferenzen bedeuten, nicht etwa der Hilfemaßnahmen, die – wie die Flüchtlings- und Kinderhilfe – aus Sonderfonds kommen.

Der Haushalt selbst hängt stark vom Dollarkurs ab, da er auch UNO-Verwaltungen wie Genf und Wien einschließt. Da ist der gegenwärtige Sturz des Dollars ein Nachteil, denn die Einnahmen sind in Dollar, die Ausgaben für Genf in Schweizer Franken, für Wien in Schilling. Je *höher der Dollar, um so geringer der* Aufwand für die Außenstellen.

## Teure Sondersitzungen

Anders als nach dem populären Spruch, wonach zu bestimmen hat, wer zahlt, bringt die UNO-Mehrheit, die für den Haushalt stimmte, nur 20 Prozent der Einnahmen in die Kasse. Sie liebt die teuren Sondersitzungen über Namibia und den Nahen Osten, Kongresse in Genf, Nairobi, Mexiko, elegante Hotels, also alles Aufwendige. Nur zahlen will und braucht sie auch kaum nach dem Schlüssel, nach dem die Mitgliedsbeiträge errechnet werden, und der Bruttosozialprodukt und Bevölkerung in Beziehung stellt.

Um es noch einmal zu verdeutlichen: Über die Hälfte des Haushalts (55 Prozent) werden von den vier großen Demokratien beigebracht, den USA (freiwillig 25 Prozent), Japan (10,3 Prozent), Bundesrepublik (8,54 Prozent) und Frankreich (6,51 Prozent). Rechnet man andere westliche Staaten wie Australien, Kanada und den Rest Westeuropas dazu, kommt man auf mehr als zwei Drittel der Mitgliedsbeiträge. Doch werden diese Staaten fast regelmäßig von der Mehrheit der Mitglieder überstimmt, die jeder nicht mehr als 0,01 Prozent beisteuern. Sie haben das Sagen in der Vollversammlung, in deren Hände die Gründerväter die Festsetzung des Haushalts legten.

Die Delegation der USA muß bei Vorbesprechungen 1945 in Dumbarton Oaks schon eine prophetische Gabe getrieben haben. Sie wollte die Gewichtigkeit der Stimme bei Ausgaben von der Höhe des Beitrags abhängig machen.

# *Guatemalas neuer Präsident setzt auf „aktive Neutralität" in Mittelamerika*

WERNER THOMAS, Miami

Vinicio Cerezo dämpft die Erwartungen. „Ich bin nicht Gott", sagt er, „ich kann keine Wunder vollbringen." Er will jedoch alles tun, um als Präsident Guatemalas diesem leidgeprüften Land eine „bessere Zukunft" zu bescheren.

Wenn der 43jährige Christdemokrat morgen sein Amt übernimmt, erhält die Nation nach einer drei Jahrzehnte fast ununterbrochenen Militärherrschaft wieder eine zivile Regierung. Viele Menschen verbinden mit der demokratischen Ära auch den Wunsch nach Frieden, Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Fortschritt.

Die Stimmung schwankt zwischen Hoffnung und Ungewißheit. Die Zeitung „La Hora" schrieb: „Man darf vorsichtig optimistisch sein. Niemand weiß jedoch, was uns bevorsteht."

Eines ist sicher: Guatemala wird nun von einem resoluten und kontroversen Mann regiert. Für Mittwoch hat Cerezo eine mittelamerikanische Gipfelkonferenz einberufen. Auch der Comandante Daniel Ortega, der Staatschef des marxistischen Nicaragua, zählt zu den Teilnehmern. Die „geheime Antikommunistische Armee" (ESA), ein rechtes Mordkommando, verkündete bereits, Ortega werde nicht lebend das Land verlassen.

Cerezo, dessen Regierung links von der Mitte einzuordnen ist, verfolgt einen außenpolitischen Kurs der „aktiven Neutralität". Er versteht darunter „eine aggressive Präsenz in Mittelamerika". Er hofft auf eine friedliche Lösung der Konflikte und wirbt für die Idee eines regionalen Parlamentes. Er möchte das Gebiet aus der Ost-West-Konfrontation heraushalten, denn: „Das würde eine Libanonisierung bedeuten, eine Zerstörung."

## Einsatz für Nicaragua

Im Gegensatz zur Reagan-Regierung sieht der Christdemokrat noch Aussichten für eine demokratische Öffnung in Nicaragua. Er besuchte während einer Mittelamerika-Reise nach seiner Wahl am 8. Dezember Managua und versicherte den Oppositionspolitikern: „Ich teile Eure Ideale und Eure Ziele." Er führte ein Gespräch mit Daniel Ortega, der ihm später „Aufrichtigkeit" bescheinigte. „Nicaragua muß Fortschritte in Richtung Pluralismus machen", forderte Cerezo, „sonst drohen dem Land weiter Konflikte und Krieg."

Manuel Ayau, der Präsident der Francisco-Marroquin-Universität in Guatemala-Stadt, warnt vor schlagzeilenträchtigen außenpolitischen Initiativen. Das Schicksal der neuen Regierung werde an der Heimatfront entschieden, besonders in der Wirtschaft. Ayau stellt die Frage: Vertraut Cerezo der Marktwirtschaft?



**Hoffnungsträger einer Nation: Vinicio Cerezo** FOTO: AP

Der Privatsektor befürchtet einen dirigistischen Kurs – Preiskontrollen, hohe Steuern, hohe Defizite. Am vergangenen Wochenende trat eine Luxus-Steuer in Kraft, die Cerezo ausdrücklich begrüßte. Die neue Regierung plant zwar weder Verstaatlichungen noch Enteignungen. Dennoch halten sich Gerüchte, daß Banken mit Interventionen rechnen müssen.

Cerezo übernimmt ein explosives wirtschaftliches Vermächtnis. Die 8,5 Millionen Guatemalteken leiden unter der schlimmsten Krise seit 50 Jahren. Fast 60 Prozent sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Das Realeinkommmen sank auf den Stand von 1972. Ökonomen im Dienst der bisherigen Regierung meinen, daß erst um die Jahrhundertwende wieder der Stand von 1979 erreicht werden kann – wenn es nun aufwärts gehen sollte.

Cerezo muß gleichzeitig das Versprechen einlösen, eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen. Er hält soziale Veränderungen für notwendig, um der marxistischen Guerrilla den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ein diplomatischer Beobachter sieht ein Dilemma: „Cerezo kann diese Absichten nur auf Kosten der besser gestellten Bevölkerungsschichten realisieren. Er braucht aber diese Kreise, um die Wirtschaft zu sanieren."

Die Guerrilla wird ihren Kampf fortsetzen. An einem Dialog ist sie nicht interessiert. Ihre Führer erklärten, Cerezo repräsentiere nicht das Volk. An den „tatsächlichen Machtverhältnissen" werde sich nichts ändern: Die Streitkräfte würden die Nation auch in Zukunft dominieren.

## Mißtrauische Militärs

Vinicio Cerezo, der als Oppositionspolitiker drei Attentatsversuche überlebte und noch heute einen Revolver trägt, möchte die Militärs wohl vor Menschenrechtsprozessen à la Argentinien verschonen. Die – oft linksgerichteten – Menschenrechtsverbände bringen die Generale mit 38 000 politischen Morden in den letzten 30 Jahren in Verbindung.

„Laßt uns die Vergangenheit vergessen", sagt Cerezo. Dennoch kennzeichnet gegenseitiges Mißtrauen das Verhältnis zwischen ihm und den Streitkräften. Der neue Generalstabschef Hector Alejandro Gramajo, 44, wird den Kampf gegen die marxistischen Rebellen nicht so schnell vergessen: Er gilt als Vater der erfolgreichen Anti-Guerrilla-Strategie, die Sozialprogramme mit militärischen Aktionen verknüpfte.

Administrative Erfahrungen fehlen Cerezo. Selbst Christdemokraten betonen, daß ihm ein Lernprozeß bevorsteht. Dabei kann die Partei hilfreich oder hemmend wirken. Sie genießt nicht gerade den Ruf, eine homogene Bewegung zu sein.

Ideologische Differenzen und persönliche Rivalitäten drohen den neuen Präsidenten zu belasten. Der innerparteiliche Rivale Rene de Leon Schlotter, der Führer der alten Garde, wollte Außenminister werden. Cerezo machte ihn dagegen zum Entwicklungsminister, gab ihm somit eines der schwierigsten Ämter.

Gelegentlich scheint Cerezo selbst das Gefühl der Ungewißheit zu spüren. Er wies in letzter Zeit öfters auf die Gefahr eines Putsches hin.

# Strauß: Spanien braucht modernisierte Marine

**Zur Erfüllung seines NATO-Auftrages / Die Mittel fehlen**

ROLF GÖRTZ, Malaga

„Niemand erwartet, daß spanische Truppen zur Verteidigung der NATO-Landgrenzen, etwa in Deutschland, stationiert werden", erklärte der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in einem Gespräch mit der WELT. Strauß hielt sich im spanischen Kulturzentrum der Hanns-Seidel-Stiftung bei Malaga auf.

Die Hauptaufgabe, die den spanischen Streitkräften im Rahmen der Atlantischen Gemeinschaft zukomme, liege vielmehr in der Kontrolle der Seeverbindungen zu den Kanarischen Inseln im Atlantik, der Straße von Gibraltar und der Verbindungen zu den Balearen im Mittelmeer. Dieser Beitrag zur Sicherung der europäischen Seewege im Atlantik und Mittelmeer decke sich vollkommen mit der Selbstverteidigung Spaniens; sie stelle also keine zusätzliche Belastung der spanischen Streitkräfte dar.

Zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages gehöre allerdings eine „modernisierte" Marine, betonte Strauß. Mit der Qualifizierung „modernisiert" griff der frühere Bundesverteidigungsminister offensichtlich ganz bewußt eine besorgte Äußerung des Chefs der spanischen Seestreitkräfte, Admiral Salas, auf. Dieser hatte anläßlich des Jahresempfanges spanischer Befehlshaber durch König Juan Carlos auf die Streichung von Haushaltsmitteln hingewiesen, die für die Modernisierung der Marine dringlich seien. Eine derartige Maßnahme gefährde den strategischen Verteidigungsplan, wie ihn die Regierung beschlossen hat.

## Fristen zu knapp

Kernstück dieses Planes, soweit er die Seestreitkräfte betrifft, ist die ohnehin auf ein Minimum zusammengepreßte Kampfgruppe um den Flugzeugträger „Principe de Asturias" mit vier atlantikfähigen Regatten, den dazugehörigen Hubschraubern zur U-Boot-Abwehr sowie einer weiträumigen Sicherung durch eigene U-Boote.

Im Rahmen dieses Flottenbauprogramms sind die ersten Einheiten, darunter der Flugzeugträger, bereits vom Stapel gelaufen. Ganz offensichtlich aber können die Fristen zur Indienststellung wegen mangelnder Zahlungszuweisungen nicht eingehalten werden. Mit der Verzögerung der Ablieferung aber ist auch die Modernisierung selbst in Frage gestellt.

Ministerpräsident Felipe González – fest davon überzeugt, daß Spanien in der NATO bleibt –, hatte bereits kurz nach seinem Amtsantritt in einem Interview mit der WELT auf die Bedeutung der westafrikanischen Küste für die strategische Grundkonzeption des Westens hingewiesen.

## Die Rolle Marokkos

Die Stabilität dieser für den europäischen Seeverkehr wichtigen Zone ist jedoch auch weitgehend von der Stärke Marokkos abhängig. Praktisch lautet die Frage, ob es den marokkanischen Streitkräften gelingt, die von der Sowjetunion und Algerien unterstützten Polisario-Rebellen von der Küste der Westsahara abzudrängen.

Die Polisario-Front wurde seinerzeit von Libyen „aus der Taufe gehoben" –, so drückte sich ein libyscher „Volks"-Diplomat in Madrid aus. Ihr Widerstand gegen die Besetzung der Westsahara durch Marokko weitete sich zu gefährlichen Terroraktionen gegen Drittländer aus. Die Versenkung mehrerer portugiesischer und spanischer Fischtrawler sowie der Abschuß eines deutschen und eines belgischen Flugzeuges beweisen dies.

Nun gelang es zwar dem marokkanischen König Hassan durch ein aufsehenerregendes Bündnis mit Libyen im vergangenen Sommer die Polisario erheblich zu schwächen. (Seither werden die Polisarios auf dem letzten ihnen verbliebenen Küstenstreifen zwischen dem marokkanischen Hafen Dachla und Mauretanien von sowjetischen Schiffen direkt auch mit mittelschweren Waffen versorgt.)

Tatsächlich aber unterstützt Libyen sie, wenn auch in reduzierter Form.

Die Sowjetunion, die bereits auf den Kanarischen Inseln über Lande- und Reparaturrechte für über 300 Trawler, Werkstatt- und Handelsschiffe verfügt, hofft mit Hilfe Libyens und der Polisario-Front, Marokko wirtschaftlich zu zermürben, um so schließlich doch noch zu einem Stützpunkt an der nordafrikanischen Westküste zu kommen. (SAD)

FUSSBALL

# Jörg Berger zu Hannover

sid, **Düsseldorf**

Nur wenige Tage dauerte die Zeit der Arbeitslosigkeit und Ungewißheit. Knapp zehn Tage nach seiner Entlassung bei Hessen Kassel hat der Fußball-Trainer Jörg Berger (41) bereits einen neuen Arbeitsvertrag unterschrieben. In einer Blitzaktion wurde er vom Bundesligaverein Hannover 96 verpflichtet, wo er einen zunächst bis zum 30. Juni 1986 befristeten Vertrag erhielt. In Hannover tritt er die Nachfolge von Werner Biskup an, der wegen Alkoholproblemen entlassen worden war und vorübergehend durch Manager Jürgen Rynio ersetzt wurde. Unter der Leitung Rynios hat die Mannschaft jedoch in vier Spielen nur zwei Punkte geholt und befindet sich als 16. der Tabellen in akuter Abstiegsgefahr. Jörg Berger gibt es trotzdem optimistisch: „Ich übernehme kein Himmelfahrts-Kommando. In erster Linie will ich eine gesunde Vertrauensbasis zur Mannschaft herstellen." Heute beginnt er seine Arbeit mit einem Trainingslager in der Sportschule Barsinghausen.

Zum Ende der Winterpause hat die Mehrzahl der Bundesliga-Vereine ein Trainingslager zur Vorbereitung auf die Rückrunde der Meisterschaft bezogen. Am Wochenende fanden die letzten Hallen-Turniere der Winterpause statt. Sieger des attraktivsten Turniers in Luzern wurde der Hamburger SV durch ein 3:0 über die ungarische Nationalmannschaft.

Als Riesen-Erfolg werete der VfB Stuttgart sein 500 000 Mark teures Turnier, das bei 15 600 verkauften Karten einen Gewinn von rund 150 000 Mark einbrachte. Sieger wurde der SV Waldhof Mannheim mit 2:0 über Hajduk Split.

Sieben Fans wurden beim Turnier in Krefeld festgenommen, das Bayer Uerdingen durch ein 5:3 über Fortuna Köln gewann. In Münster siegte Schalke 04 durch ein 4:2 gegen die Amateure des ASC Schöppingen.

Mit einem Platzverweis wegen Meckerns für Nationalspieler Andreas Brehme mußte der 1. FC Kaiserlautern seinen Sieg beim Turnier auf Malta bezahlen. Beim Turnier auf Gran Canaria verlor der 1. FC Saarbrücken das Finale gegen IFK Göteborg mit 0:3. Im Spiel um Platz drei unterlag Bayer Leverkusen der sowjetischen Nationalelf mit 0:1.

SKI ALPIN / Deutsche Misere im Slalom bei Männern und Frauen – Lichtblick Regina Mösenlechner

# Freund hilft, die Angst zu überwinden

sid/dpa/DW. **Badgastein**

Peter Endraß, der deutsche Slalom-Trainer der schwedischen Nationalmannschaft, hatte vor Weihnachten im Gespräch mit der WELT gesagt: „Jetzt setzen wir erst mal auf unseren Weltmeister Jonas Nilsson und natürlich auf Ingemar Stenmark. Doch im neuen Jahr kann auch der Johan Wallner einen Weltcup-Slalom gewinnen." Gesagt, getan: Nach den Siegen von Stenmark und Nilsson im alten Jahr gewann nun in Berchtesgaden der 21jährige, zweimalige Junioren-Weltmeister (1982 und 1983) Johan Wallner seinen ersten Weltcup-Slalom vor dem Jugoslawen Bojan Krizaj und den Franzosen Daniel Mougel.

Bester Deutscher bei diesem Rennen war Florian Beck (Gunzesried), der nach dem neunten Rang im ersten Lauf im entscheidenden Durchgang auf Platz zwölf zurückfiel. Cheftrainer Klaus Mayr klagte: „Wir haben doch zur Zeit nur Florian Beck, der in die Weltklasse hineinfahren kann. Der Slalom wird für uns noch einige Jahre ein riesiges Problem sein."

Was bei den deutschen Damen nicht anders ist. Außer Maria Epple-Beck, die beim Slalom in Badgastein ausschied, gibt es keine deutsche Slalom-Weltklasseläuferin. In Badgastein, wo die Österreicherin Anni Kronbichler vor den beiden Schweizerinnen Erika Hess und Vreni Schneider gewann, war Abfahrts- und Riesentorlaufspezialistin Michaela Gerg (Lenggries) als 18. beste Deutsche.

Michaela Gergs Vielseitigkeit und Regina Mösenlechners Kampfgeist – das bestach bei den drei Rennen am Wochenende in Badgastein. Am Samstag, bei einem Abfahrtsrennen in Nebel und Regen, belegte die Inzellerin den vierten Platz hinter der Siegerin Maria Walliser und den Österreicherinnen Winkler und Gutensohn.

„Jetzt kann ich mich überwinden", jubelte die 24jährige Freundin des österreichischen Abfahrts-Stars Peter Wirnsberger. Fast wäre Regina Mösenlechner allerdings im Krankenhaus statt auf dem vierten Rang gelandet. Sie hatte das Pech, kurz vor dem Sprung in den Zielhang in eine Nebelbank hineinzufahren – und das bei einer Geschwindigkeit von rund 100 km/h. Sie sprang geistesgegenwärtig zwanzig Meter weit über die mit Tannenzweigen markierte Piste, fuhr zurück in den Zielhang und über die Ziellinie.

Was vor sich ging, schilderte sie so: „Plötzlich tauchte das letzte Tor vor mir auf. Ich fuhr direkt darauf zu. Ich dachte an die Schweizerin Ariane Ehrat, die am Vortag hier schwer stürzte und einen Handbruch erlitt, und schlug gerade noch einen Haken."

Dabei trieb sie die Angst vor einem erneuten Sturz am Graukogl in Badgastein. An diesem Berg hatte es Regina Mösenlechner 1982 fürchterlich erwischt. Damals mußte sie nach einem schweren Sturz mit ausgerenkter Hüfte ins Krankenhaus abtransportiert werden. Monatelang lag sie mit einem Gipskorsett im Krankenhaus und lernte in einem Rehabilitationszentrum in Endorf am Chiemsee mühsam wieder das Gehen. Das Trauma dieses furchtbaren Sturzes hemmte sie jahrelang, oft war sie drauf und dran, den Rennsport aufzugeben.

Wäre da nicht Peter Wirnsberger gewesen. Regina Mösenlechner: „Von ihm habe ich die profihafte Einstellung und das Nie-Aufgeben gelernt." Am Freitag abend, vor dem Rennen, beobachtete Wirnsberger gemeinsam mit ihr den Videofilm vom ersten Rennen in Badgastein, bei dem Regina Mösenlechner Siebte geworden war (Siegerin: Gutensohn, Österreich). Für das zweite Rennen gab er ihr den Tip: „Du brauchst nichts anders zu machen. Das wird schon gutgehen." Es ging gerade noch einmal gut ...

Wetterumstürze, Fön, Regen und Wind haben in den Alpen inzwischen so manche Piste dahinschmelzen lassen. Die für Freitag vorgesehene Weltcup-Abfahrt der Damen in Pfronten (Allgäu) muß wegen Schneemangels abgesagt werden. In Garmisch-Partenkirchen fiel am Samstag ein weiterer Programmpunkt dem Wetter zum Opfer: der Super-G-Slalom der Herren. Das Rennen soll heute nachgeholt und vom Ersten deutschen Fernsehen (ARD) ab 11.55 Uhr live übertragen werden.

HANDBALL / Europapokal der Frauen

# Lützellinden überraschte: Neun Tore von Ilona Nawa

dpa/sid, **Gießen**

Nach dem Erfolg der Frauen-Nationalmannschaft bei der Handball-B-Weltmeisterschaft im Dezember beweisen jetzt auch die Mannschaften aus der Bundesliga ihre Leistungsstärke im internationalen Vergleich. Gleich zwei Mannschaften schafften den Einzug ins Viertelfinale der europäischen Wettbewerbe. Im Europacup der Pokalsieger bezwangen die Handballspielerinnen des VfL Engelskirchen den niederländischen Meister Swift Roermond mit 17:11 (Hinspiel 16:16) und im IHF-Pokal gewann der TV Lützellinden gegen die rumänische Mannschaft Chimistul Rimnici Vilcea mit 24:18.

In Engelskirchen waren die Nationalspielerinnen Dagmar Stellberg und Corinna Kunze mit jeweils fünf Treffern maßgeblich am Sieg beteiligt. Schon Mitte der ersten Halbzeit hatte sich Engelskirchen nach einem 3:3 auf 7:3 abgesetzt, konnte allerdings nicht restlos überzeugen.

Vor 1500 Zuschauern in der Gießener Osthalle kämpfte der TV Lützellinden mit dem Mut der Verzweiflung um den Einzug ins Viertelfinale, das nach der 22:28-Hinspiel-Niederlage schon fast unerreichbar schien. Noch zur Halbzeit (12:13) hatte es so ausgesehen, als sei Vilcea erneut zu stark für die Frauen aus Hessen. Danach gelang es jedoch, die Wirkung der rumänischen Nationalspielerin Edith Török, die im Hinspiel 14 Treffer erzielt hatte, einzugrenzen. Gleichzeitig steigerte sich die ehemalige polnische Nationalspielerin Ilona Nawa im Team des TV Lützellinden. Die 31jährige warf insgesamt neun Tore, darunter das letzte und entscheidende drei Sekunden vor dem Abpfiff. Dank der höheren Anzahl der auswärts erzielten Tore qualifizierte sich Lützellinden für die nächste Runde.

SKI NORDISCH / Gunde Swan Seriensieger

# Matty Nykänen meldet sich mit klarem Erfolg zurück

sid/dpa, **Harachov**

Weil er des öfteren zu viel Alkohol getrunken haben soll, hatte der finnische Ski-Verband Olympiasieger Matty Nykänen eine Zwangspause verordnet. Beim Weltcup-Springen in Harachov (CSSR) setzte sich Nykänen nun mit Weiten von 122 m und 116 m wieder souverän durch. In La Bresse (Frankreich) feierte der Schwede Gunde Swan beim 30-km-Weltcup-Rennen seinen 16. Saisonsieg in Folge. Oddvar Braa, der norwegische Ex-Weltmeister: „Es geht in diesem Winter wohl nur noch um den zweiten Platz hinter ihm."

Bei der 34. deutsch-österreichischen Vier-Schanzen-Tournee (Sieger: Vettori, Österreich) durfte Nykänen nicht mitmachen. In Harachov bewies der Finne, daß er noch immer zu den besten Skispringern der Welt gehört. Nykänen bezwang Ernst Vettori (117 m/111 m) und verfehlte den Schanzenrekord des Tschechoslowaken Pavel Ploc mit 122 m nur um einen Meter. Olympiasieger Jens Weißflog („DDR") konnte noch immer nicht überzeugen. Der 21jährige erhielt als 15. (111,5 m/99 m) gerade noch einen Weltcup-Punkt.

Einen Tag vor seinem 24. Geburtstag trumpfte Gunde Svan in der Schlußrunde des im klassischen Stil – nur an einigen wenigen Stellen war der Schlittschuh-Schritt erlaubt – ausgetragenen 30-km-Rennens von La Bresse auf. Im ständigen Regen machte der Schwede aus einem Rückstand von 25 Sekunden gegenüber dem Sowjetrussen Smirnow am Ende einen Vorsprung von über einer halben Minute. Swan: „Ich weiß nicht, wie ich das geschafft habe. Bei solchem Wetter bin ich noch nie gelaufen – und ich möchte es auch nie mehr tun."

## Sport in Zahlen...

### FUSSBALL

**Englische Meisterschaft:** Tottenham – Nottingham 0:3, Birmingham – Ipswich 0:1, Chelsea – Luton 1:0, Coventry – Aston 3:3, Everton – Queens Park 4:3, Leicester – West Ham 0:1, Manchester City – Southampton 1:0, Oxford – Manchester United 1:3, Bromwich – Newcastle 1:1. – Tabellenspitze: 1. Manchester United 55 Punkte, 2. Everton 50, 3. Chelsea 50.

### BOXEN

**Bundesliga,** Amateure, 2. Kampftag, Gruppe Nord: Ahlen – Leverkusen 15:12, Mülheim – Flensburg 12:14. – Gruppe Süd: Eichstätt – Landshut 12:14, Frankfurt – Leonberg 12:13.

### BASKETBALL

**Bundesliga,** Herren, 16. Spieltag: Bamberg – Köln 91:79, Charlottenburg – Oldenburg 82:80, TSV Hagen – Göttingen 93:85, Gießen – SSV Hagen 49:68, Langen – Osnabrück 80:75, Leverkusen – Bayreuth 87:65. – **Meisterschaftsrunde,** Damen, 1. Spieltag: München – Düsseldorf 54:64, Barmen – Osterfeld 81:68. – **Abstiegsrunde:** Heidenheim – Porz/Hennef 68:62, Leverkusen – Köln 86:80.

### EISHOCKEY

**Bundesliga,** 27. Spieltag: Düsseldorf – Bayreuth 12:1, Kaufbeuren – Rießersee 8:2, Mannheim – Landshut 1:4, Rosenheim – Iserlohn 5:2, Schwenningen – Köln 4:6.

### HANDBALL

**Bundesliga,** Herren, 14. Spieltag: Dankersen – Göppingen 30:15, Hofweier – Großwallstadt 23:25. – **Frauen,** 8. Spieltag: Oldenburg – Nürnberg 22:16, Frankfurt – Berlin 18:15.

### HOCKEY

**Bundesliga,** Herren (Halle), Gruppe Nord: Braunschweig – Hannover 6:5, Leverkusen – RW Köln 10:12, Krefeld – SW Köln 9:8, Gladbach – Berlin 11:9. – Gruppe Süd: Mannheim – Mülheim 6:10, Stuttgart – Bad Dürkheim 9:5, Frankenthal – München 10:8, Limburg – Heidelberg 7:7. – Damen, Gruppe Nord: Berlin – Hamburg 3:9, Brandenburg – Club an der Alster 15:6, HC Hannover – UHC Hannover 10:10, DHC Hannover – Braunschweig 1:3. – Süd: Frankenthal – Frankfurt 5:6.

### TENNIS

**19. Deutsche Hallen-Meisterschaften** in Mainz-Finthen, Endspiele, Damen: Graf (Heidelberg) – Pfaff (Königstein) 6:1, 7:6. – Doppel: Pfaff/Graf – Cueto/Keppeler (Stuttgart/München) 6:2, 6:3. – Herren, Doppel: Meinecke/Osterthun (Bamberg/Amberg) – Jelen/Kühnen (Neuss/Mannheim) 2:6, 6:3, 6:4. – **Damenturnier** in Washington, Viertelfinale: Kohde – Bunge (beide Deutschland) 6:4, 7:5, Navratilova – Garrison (beide USA) 6:1, 6:2. – 15. **WCT-Doppel-Weltmeisterschaft** in London, Halbfinale: Annacone/van Rensburg (USA/Südafrika) – Lloyd/Fleming (England/USA) 6:1, 6:2, 6:2, Günthardt/Taroczy (Schweiz/Ungarn) – Flach/Seguso (USA) 7:5, 3:6, 6:3, 7:6. – **European Cup** der Damen, Qualifikation in Baden/Schweiz, Halbfinale: Deutschland – Österreich 2:1. – Betzner – Pollet 6:1, 6:4, Schropp – Huber 6:3, 4:6, 5:7, Betzner/Schropp – Huber/Pollet 6:3, 3:6, 6:4. – Schweiz – Frankreich 2:1.

### TISCHTENNIS

**Bundesliga,** Damen: Donauwörth – Kaiserberg 1:9, Frankfurt – Kleve 9:1, Saarbrücken – Reinickendorf 9:4, Stuttgart – Kaiserberg 2:9, Großen-Linden – Kleve 2:9. – **Herren:** Saarbrücken – Heusenstamm 9:0, Altena – Steinhagen 9:5, Hertha BSC – Reutlingen 2:9.

### SKI ALPIN

**4. Weltcup-Abfahrt,** Damen in Badgastein: 1. Walliser (Schweiz), 2. Winkler, 3. Gutensohn (beide Österreich), 4. Mösenlechner (Deutschland), 5. Eder (Österreich), 6. Oertli (Schweiz), ... 12. Kiehl (Deutschland). – Stand im Gesamt-Weltcup: 1. Walliser 117 Punkte, 2. Hess (Schweiz) 112, 3. Kiehl 85, 4. Gerg 84, 5. Schneider 83, ... 12. Mösenlechner 45, 13. Hächer (alle Deutschland) 40. – **Weltcup-Slalom der Damen** in Badgastein: 1. Kronbichler (Österreich) 1:36,53, 2. Hess 1:37,69, 3. Schneider (beide Schweiz) 1:38,45, 4. Ladstätter (Österreich) 1:38,88, 5. Charvatova (CSSR) 1:39,01, 6. Quario (Italien) 1:39,08, ... 18. Gerg (Deutschland) 1:41,73. – **Weltcup-Slalom der Herren** in Berchtesgaden: 1. Wallner (Schweden) 1:43,96, 2. Krizaj (Jugoslawien) 1:44,05, 3. Mougel (Frankreich) 1:44,76, 4. McGrath (USA) 1:45,30, 5. Wenzel (Liechtenstein) 1:45,35, 6. Stenmark (Schweden) 1:45,50, ... 13. Beck 1:46,93, ... 18. Pistor (beide Deutschland) 1:47,34.

### SKISPRINGEN

**Weltcup** in Harrachov/CSSR, 90-m-Schanze: 1. Nykänen (Finnland) 224,2, 2. Vettori (Österreich) 211,2, 3. Parma (CSSR) 206, 4. Ulaga (Jugoslawien) 197,3, 5. Stjernen (Norwegen) 195,5, 6. Dluhos (CSSR) 192,0. – Stand in der Weltcup-Gesamtwertung: 1. Vettori 100 Punkte, 2. Ulaga 97, 3. Neuländtner (Österreich) 96, 4. Suorsa 83, 5. Opaas (Norwegen) 72, 6. Nykänen 61.

### SKI NORDISCH

**10-km-Weltcuprennen** (freie Technik), Damen in La Saisiers: 1. Nestler, 2. Jacob, 3. Opitz (alle „DDR"), 4. Pettersen, 5. Jahren (beide Norwegen). – Stand im Weltcup: 1. Matikainen (Finnland) 46, 2. Pettersen 39, 3. Dahlmo (Finnland) 36. – **30 km Weltcuprennen,** Herren (klassisch) in La Bresse/Frankreich: 1. Svan (Schweden) 1:30:57,8, 2. Smirnow (UdSSR) 1:31:31,8, 3. Östlund (Schweden) 1:31:37,3, ... 37. Behle 1:38:07,7, ... 30. Dotzler 1:38:24,6, ... 44. Danner (alle Deutschland) 1:39:16,2.

### EISKUNSTLAUF

**Deutsche Meisterschaften** in Mannheim, Damen, Endstand: 1. Leistner (Mannheim) 2,0 Punkte, 2. Tesch (Stuttgart) 6,0, 3. Becher (Mannheim) 6,8. – Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,8, 2. Zander (Wiehl) 3,6, 3. Edel (Frankfurt) 8,6. – Paare: 1. Kimminus/Pfrengle (Mannheim) 1,8, 2. Ocvirek/Maletz (Dortmund/Salzgitter) 2,4. – Eistanz: 1. A. und F. Becherer (Konstanz) 2,0, 2. Weppelmann/Schamberger (Essen) 4,6, 3. Gavazzeni/Authorsen (Essen) 5,4.

### GEWINNZAHLEN

**Lotto:** 7, 8, 10, 31, 21, 38, Zusatzzahl: 13. – **Spiel 77:** 0 2 9 7 6 6 0.

(Ohne Gewähr).

Am 9. Januar 1986 verstarb Frau

**Dr. Helga Wex**

Inhaberin des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1967

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages

Wir verlieren eine angesehene Kollegin und Politikerin, deren besonderes Engagement der Situation der Frau und Familie in unserer Gesellschaft und den Belangen der Kulturpolitik galt.

Wir nehmen Abschied in großer Trauer.

Die CDU/CSU-Fraktion wird ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

**Dr. Alfred Dregger**
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages

**Dr. Theo Waigel**
1. Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages

Wir trauern um

**Dr. Helga Wex**

geb. 5. 7. 1924 gest. 9. 1. 1986

Als Mitglied des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands und Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU stellte sie ihre ganze Kraft in die Verwirklichung der Ziele christlich-demokratischer Politik.

Mit ihrer menschlichen Ausstrahlung gewann sie Freundschaft, Sympathie und Zustimmung. Ihr unermüdlicher Einsatz galt den Belangen der Frauen und der Familien.

Die CDU Deutschlands gedenkt ihrer in Anerkennung und Dankbarkeit.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**
Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**Dr. Heiner Geißler**
Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Der Trauergottesdienst für Frau Dr. Helga Wex findet statt am Mittwoch, dem 15. Januar 1986, 11.00 Uhr, in der Kreuzkirche zu Bonn, Kaiserplatz.

Die Frauenvereinigung der CDU gibt in tiefer Trauer den plötzlichen Tod ihrer langjährigen Bundesvorsitzenden bekannt.

**Dr. Helga Wex MdB**

geb. am 5. Juli 1924
gest. am 9. Januar 1986

Sie führte die Frauenvereinigung seit 1971 mit politischer Weitsicht und Loyalität gegenüber den Grundsätzen christlicher Ethik und Politik.

Der Höhepunkt ihrer Arbeit war das Bekenntnis der gesamten CDU zu den „Leitsätzen für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau" auf dem Bundesparteitag 1985 in Essen.

Kennzeichnend für ihre Arbeit waren ihre starke persönliche Ausstrahlung und ihre kreative Kraft.

Die Frauen in der Bundesrepublik Deutschland verdanken ihr unendlich viel.

Für den Vorstand der Frauenvereinigung der CDU
**Ursula Benedix-Engler**
**Leni Fischer MdB**
**Roswitha Verhülsdonk MdB**

Für die Geschäftsführung der Frauenvereinigung der CDU
Helga Wenke

Mit tiefer Trauer und in großer Dankbarkeit nehmen wir Abschied von Herrn

**Hans Ludwig Vogel**

Direktor im Ruhestand

Herr Vogel trat 1942 in unser Unternehmen ein und übernahm in schwieriger Kriegs- und Aufbauzeit die Gesamtleitung des Bereiches Materialwirtschaft.

Seine umsichtige, zupackende und von großer Menschlichkeit getragene Persönlichkeit machte ihn zum geschätzten Geschäftspartner unserer Lieferanten und Kunden. Seine noble und fürsorgliche Haltung und seine nimmermüde Einsatzfreude bleiben unvergessenes Vorbild für die heute in der Verantwortung stehende, von ihm mitgeprägte Generation.

Wir haben einen Freund verloren, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.

**Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter der Heidelberger Zement Aktiengesellschaft**

Heidelberg, 10. Januar 1986

**Ilse Ruhkopf**

Wir gratulieren zum **75. Geburtstag** und wünschen weiter viel Gesundheit und Freude

Gunnar, Volker
Brigitte, Christian, Waltraut

**DIE WELT**
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Peter Jentsch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

## Deutsche Meisterschaften mit altbekannten Namen: Fischer, Leistner, Pusch. Aber neue Aspekte im Tennis der Herren

# Der siebte Streich des KSV Witten

sid/dpa, Speyer

Zum siebenten Mal gewann der KSV Witten 07 die deutsche Mannschaftsmeisterschaft im Ringen und rückte damit bis auf drei Titel an den mit zehn Siegen führenden deutschen Rekordmeister Heros Dortmund heran. Der 36 Jahre alte Hans-Joachim Klötzing – er bestritt wahrscheinlich seinen letzten großen Kampf – und der 28 Jahre alte Karlheinz Helbing entschieden das zweite Finale gegen den VfK Schifferstadt in Speyer zugunsten der Wittener.

Nach dem 22,5:13,5 Heimsieg verlor der KSV Witten den Auswärtskampf gegen den VfK Schifferstadt, der zuletzt vor zehn Jahren Meister war, zwar mit 17,5:19,5, wahrte aber eine Sieben-Punkte-Führung in der Gesamtwertung (40:33).

Danach wurde Hans-Joachim Klötzing von den etwa 500 mitgereisten Fans begeistert gefeiert. Als er endlich die Kabine seiner Mannschaft betreten konnte, war der Champagner schon fast alle. Helbing stand währenddessen ruhig in der hintersten Ecke und genoß seinen 15. Meister-Titel ganz für sich allein – davon zehn im Einzelwettbewerb. Der 28jährige hatte mit seinem sicheren 4:0-Punktsieg über den technisch noch unvollkommenen und einem solchen Nervenkampf offenbar noch nicht gewachsenen 20jährigen Claudio Passarelli den Schlußpunkt unter den Wittener Erfolg gesetzt.

Für die Wende hatte zuvor schon Klötzing gesorgt, als er Ahmet Celik mit 3:1 Punkten bezwang. Der Mann aus Lübeck, der sich 1974 in Witten an der Ruhr niederließ, wußte, um was es dabei ging: „Ich habe die Felle für unsere Mannschaft schon davonschwimmen sehen, als Jan Falandys gegen Markus Scherer verlor. Ich wußte, daß danach alles an mir liegt, denn bei einer Niederlage wäre die Moral wohl kaputt gewesen." Mit Witten feierte Klötzing nun seinen fünften deutschen Meistertitel.

# Weller: „Titel gestohlen"

sid, Randers

René Weller, schwer gezeichnet und schwer gereizt, sprach von Diebstahl: „Mir ist der Titel gestohlen worden." Jetzt soll dem 32 Jahre alten Berufsboxer aus Pforzheim ein Protest zurückbringen, was er in Randers (Dänemark) gegen den acht Jahre jüngeren Bo Gert Jacobsen in der zweiten Minute der achten Runde verloren hatte: Den Titel des Europameisters im Leichtgewicht. Zu diesem Zeitpunkt blutete Weller stark aus einem Riß der rechten Augenbraue. Der englische Ringrichter Harry Gibbs brach den Kampf nach Rücksprache mit dem dänischen Ringarzt Leif Berner ab. Es war die erste Niederlage für Weller im 34. Profikampf.

Nach dem Abbruch fuhr auch Wellers Manager Wilfried Sauerland schweres Geschütz auf: „Das war eine abgekartete Sache und Betrug an René. Er hätte weiterboxen können." Die Verletzung war bereits in der fünften Runde aufgetreten, als beide Boxer (Weller: „Das war keine Absicht") mit den Köpfen zusammenstießen. Zum Zeitpunkt des Abbruchs hatte Weller lediglich beim französischen Punktrichter Boucher einen Vorsprung von einem Punkt, Ringrichter Gibbs und der Spanier Sanchez sahen den Dänen mit zwei Zählern vorne.

Dennoch kündigte Manager Sauerland gestern einen offiziellen Protest beim europäischen Verband an. Ringrichter und Arzt hätten die Verletzung vor dem Abbruch nicht mehr untersucht. Weller dachte derweil nicht mehr an Rücktritt: „So gehe ich nicht. Ich fühle mich nach wie vor als Europameister."

**Das Jahr 1986 ist ein wichtiges Jahr für den deutschen Sport. Zwei Jahre nach und zwei Jahre vor Olympischen Spielen muß sich entscheiden, ob die Athleten aus der Bundesrepublik weiter in der Lage sind, ihren insgesamt vierten Platz in der Welt hinter den USA, der Sowjetunion und der „DDR" zu halten. Gleich zwei deutsche Meisterschaften gaben am Wochenende wichtige Hinweise. Das Fazit bei Eiskunstläufern und Fechtern: Die alten Stars sind immer noch die Hoffnungsträger der neuen Saison. Aber ob sie noch für Olympia 1988 zur Verfügung stehen, ist zweifelhaft.**

**Altbekannte Namen, drei Meister: Heiko Fischer und Claudia Leistner im Eiskunstlaufen, Alexander Pusch im Degenfechten. Was sie und den Blick in die Zukunft beides Disziplinen unterscheidet, ist einfach gesagt: Die beiden Eiskunstläufer sehen ihre letzte Chance offensichtlich in den internationalen Titelkämpfen dieses Jahres. Sie reden von Rücktritt und würden große Lücken in einem zerstrittenen Verband hinterlassen. Der 31 Jahre alte Pusch will weitermachen. Aber selbst wenn er es nicht tut, hinter ihm stehen immer Athleten, die ihn ersetzen können.**

**Auch die deutschen Hallenmeisterschaften im Tennis waren eine Bestätigung dafür, wie die Erfolge eines einzigen Talentes eine ganze Sportart nach vorne treiben kann: Nicht nur Boris Becker hat die Alten überflügelt, Talente melden ihre Ansprüche an. Osterthun, Meineke, Jelen oder Kühnen sind plötzlich Namen, die man sich merken muß. Die Konsequenz des 27 Jahre alten Andreas Maurer ist einsichtig, fair und sportlich. Er zieht sich erst einmal zurück aus dem deutschen Team und überläßt seinen Platz einem Jüngeren. Im Tennis scheint tatsächlich eine neue Ära zu beginnen.**

# Claudia Leistner nach einem langen Leidensweg doch wieder Weltklasse

UWE PRIESER, Mannheim

Die Aushängeschilder glänzten. Claudia Leistner, bei der deutschen Eiskunstlauf-Meisterschaft in Mannheim in Weltklasseform, und Heiko Fischer sind für die Europameisterschaft medaillenreif. Im Eistanz mit dem Zwillingspaar Antonia und Ferdinand Becherer gibt es eine konkrete Hoffnung, trotz des Verlustes der EM-Dritten Born/Schönborn an die Revue international erstklassig zu bleiben, im Paarlauf keimt eine vage Hoffnung auf bessere Zeiten. Hinter dieser sportlichen Bilanz steht die Deutsche Eislauf-Union (DEU) als ein von Strukturschwächen (Trainerausbildung, Finanzen, Sportwissenschaft) geplagter Verband, der uneinig und irritiert nach einem Konzept sucht, nach zehn erfolgssatten Jahren ein drohendes Jahrzehnt der Erfolglosigkeit abzuwehren.

Claudia Leistner hat in Mannheim ihre Vergangenheit wieder eingeholt. „Jetzt ist es wieder so schön wie am Anfang", sagt sie. Ihre Vorgängerin Dagmar Lurz, 1980 Olympia-Dritte, sagte laut, was die Siegerin trotz ihres Triumphes kaum zu denken wagte: „So kann Claudia auch Katarina Witt schlagen und Weltmeisterin werden." Diese Zukunft wurde der Mannheimerin schon vor drei Jahren vorhergesagt, als sie nach einem Blitzaufstieg Zweite der Weltmeisterschaft geworden war. Dann raubten Verletzungen, Krankheiten und Konflikte mit dem Trainer ihr die Träume und das Selbstvertrauen und nötigten ihr im letzten März sogar einen Rücktritt auf, den sie im Sommer dann rückgängig machte.

„Ich fühle mich unheimlich wohl", sagt sie heute. Zwei Jahre hindurch sah man nur eine gedrückte, genervte, verunsicherte Claudia Leistner, deren Gefühle meistens zwischen Trotz und Traurigkeit schwankten, auf den Eisbahnen. Unter ihrem neuen Trainer, dem aus Ungarn eingewanderten Georg Havelland, hat Claudia Leistner das Lachen wiedergefunden. Und das Springen. Vier von sechs möglichen verschiedenen Dreifachsprüngen – mehr hat keine andere Läuferin in der Welt zu bieten. Dazu eine Kür-Choreographie, in der sie sich so bewegt, wie sie sich auch in der Disco bewegt, und nicht wie in der Vergangenheit mit einstudierten Tanzfiguren und Armbewegungen, bei denen sie sich selber fremd war.

Dreimal 5,9 und 15mal 5,8 für Claudia Leistners Kür – das war die Hoffnung in Zahlen ausgedrückt. Für die Nächstplacierten, Cornelia Tesch (Stuttgart), Susanne Becher (Mannheim) und Patricia Neske (Dortmund), ist diese Hoffnung blanke Utopie. „Ich weiß nicht, ob ich im nächsten Jahr noch laufen werde", erklärte Claudia Leistner. Hinter ihr droht der Abstieg ins Mittelmaß.

„Ich weiß nicht, ob ich nächstes Jahr weiter laufen werde", erklärte auch Heiko Fischer nach seinem vierten Titelgewinn. Der 25 Jahre alte Stuttgarter denkt zunehmend an sein Informatikstudium – an das Leben nach dem Eiskunstlauf. Seine Kürdarbietung nach dem Musical „Westside Story", die ihm 1985 erstmals weltweit Achtung als künstlerischen Läufer verschaffte, soll in zwei Wochen bei der Europameisterschaft eine neue Fortsetzung erhalten und ihm vielleicht das Happy-End der Karriere bringen: den Platz auf dem Siegertreppchen. Fischer genügte eine solide, aber keineswegs überragende Kür zur Meisterschaft. Fünf verschiedene dreifache Sprünge waren in seinem Programm, nur beim Rittberger hatte er Probleme. Die Preisrichter benoteten seine Leistung im technischen und künstlerischen Teil mit bis zu 5,8 Punkten. Fischer leidet unter Rückenbeschwerden, die ihn zur Einschränkung seines Trainings zwangen.

Für die Nächstplacierten Richard Zander (Wiehl) und Joachim Edel (Frankfurt) sind die Olympischen Winterspiele 1988 in Calgary das erklärte Ziel.

Ohne Fischer und Leistner aber stünde der deutsche Verband in Calgary ohne Medaillenkandidaten da. Eine Tatsache, die die DEU in nervöse Umbruchstimmung versetzt. Im Interessengerangel um eine neue Ausbildungsordnung mußten sich die Eislauflehrer das böse Wort vom „ungelernten Hilfsarbeiter" anhören.

DEU-Vorstandsmitglied und Mannheimer Hausherr Eugen Romminger drohte dem Kölner Sportwissenschaftler und ehemaligen Weltklasseläufer Sepp Schönmetzler, ihn per Polizei aus der Halle werfen zu lassen, nur weil der mit einem Team jene sportwissenschaftlichen Untersuchungen durchführen wollte, an denen es dem deutschen Eiskunstlauf so bitter mangelt. Die DEU hat zu wenig Geld in der Kasse, weil ihr keine internationale Meisterschaft mehr übertragen worden ist. Sie hat international viele Freunde verloren.

Sportdirektor Krick fühlte sich deshalb veranlaßt, die Siegerehrung der Damen einiger Sendeminuten wegen mit Blick auf die Bandenwerbung der Industrie ans Fernsehen zu verscherbeln. *Höhepunkt* der Verbandsdarstellung war ein „Donner-und-Blitz-Rücktritt" von Romminger mit einem beleidigenden Rundumschlag gegen die deutsche Sportführung – und seinem Einlenken, nachdem der Direktor vom Bundesausschuß Leistungssport, Helmut Meyer, die DEU-Forderung nach Entgeltung des immensen Arbeitsaufwandes in den Eislaufleistungszentren als niemals strittig hingestellt hatte. Es geht um 1000 Mark, was denn Helmut Meyer zu den Worten veranlaßte: „Was Romminger fordert, ist doch eigentlich eine Bagatellsumme. Wenn darüber ernsthaft diskutiert wird, was bis zum heutigen Tag nicht geschehen ist, wäre es längst zu einer finanziellen Regelung gekommen. Eine Lösung mit Eugen Romminger ist doch für uns viel besser als eine ohne ihn." Nur Sturm im Wasserglas und einmal mehr verletzte Eitelkeiten?

(dpa)

# Andreas Maurer macht Platz für Jüngeren frei

dpa, Mainz

Die zweite Garnitur nach Boris Becker meldet ihre Ansprüche an. Das ist die Bilanz der 19. deutschen Hallen-Meisterschaften im Tennis. Für Bundestrainer Niki Pilic standen am Ende des siebentägigen Turniers in Mainz die Nominierung des Einzel-Finalisten Eric Jelen als sechster Spieler und die von Ricki Osterthun als Doppelpartner von Boris Becker für die deutsche Daviscup-Mannschaft.

Ohne Becker, Westphal, Maurer und Schwaier fehlten zwar die Topstars, mit denen sich die knapp 10 000 Zuschauer hätten identifizieren können. Aber der überzeugende Auftritt von Steffi Graf aus Heidelberg gab dem Wettbewerb einen Hauch von Weltklasse. Turnierdirektor Peter Dinckels konnte den Etat von 425 000 Mark mit Hilfe von Sponsoren und der Beteiligung des Verbandes (70 000) abdecken und lag aufgrund des hohen Zuschauerinteresses „25 Prozent über der Kalkulation". Die Konsequenz: Bis 1987 wird das Turnier weiter in Mainz ausgetragen.

Den beeindruckenden Siegeszug von Steffi Graf, die ohne Satzverlust das Finale im Damen-Einzel erreichte, konnte auch die 24 Jahre alte Königsteinerin Eva Pfaff nicht stoppen. Die ehemalige Hallenmeisterin (1980/82/83) gab sich nach 63 Minuten mit 1:6, 6:7 geschlagen: „Steffi war für mich einfach zu stark." In der Herrenkonkurrenz zählten die Namen der Altstars wie Gehring, Beutel oder des in der ersten Runde gescheiterten Titelverteidigers Pfannkoch nichts mehr. Das Finale mit dem 20 Jahre alten Jelen und dem ein Jahr älteren Christian Geyer (Hamburg) stand für den Wechsel: Nicht nur Boris Becker hat die älteren Spieler überholt.

Pilic hatte mit seiner frühzeitigen Nominierung des Daviscup-Teams gegen Mexiko mit Becker, Westphal, Schwaier, Maurer, Meinecke und Osterthun für die eigentliche Überraschung in Mainz gesorgt. Der an Nummer eins gesetzte Hamburger Ricki Osterthun „ist einer", so Pilic, „der in Zukunft den Platz neben Boris Becker einnehmen soll". Beckers bisheriger Doppelpartner Maurer reagierte prompt, verzichtete auf seine Nominierung für den Kingscup Ende Januar in London gegen England und die CSSR und „steht auch für den Daviscup im März in Mexiko zurück". Er sagt: „In der aktuellen Situation will ich meinen Platz einem Jüngeren zur Verfügung stellen."

Für Maurer erhielt Jelen (Pilic: „Er hat einen hervorragenden Aufschlag und viel Gefühl") drei Jahre nach seinem letzten Kingscup-Auftritt wieder eine Chance, nachdem er sich im Halbfinale gegen seinen Vereinskameraden Udo Riglewski durchgesetzt hatte. Pilic: „Ich habe vorher entschieden, daß der Sieger dieser Partie nominiert wird." Osterthun („Bisher hat mir das kein Offizieller bestätigt") war von seiner Nominierung ebenso überrascht wie sein ehemaliger Vereinskamerad Meinecke.

Bei der Frage, ob er eine Zukunft für das Doppel sehe, wollte sich Osterthun nicht festlegen. „Ich will im Einzel unter die ersten 50 der Weltrangliste und im Doppel mit Meinekke im Sommer viele Turniere spielen", sagte der 21jährige, der aufgrund seines Doppel-Ranglistenplatzes in der Computer-Rangliste auf Grand-Prix-Turnieren keine Chance hätte, mit Becker in der Hauptrunde zu spielen und für den Daviscup dringend notwendige Praxis zu erwerben. Osterthun/Meinecke – beide spielten zehn Jahre in Hamburg zusammen – gewannen das Doppel-Finale mit 2:6, 6:4, 6:4 und bestätigten ihre Nominierung von Mexiko. Aber mit ihren Kontrahenten Jelen und Kühnen, den Becker-Betreuer Bosch schon lange als großes Talent mit Zukunft *preist, stand vielleicht schon die* Doppelpaarung der Zukunft auf dem Platz.

# Kohde „enorm konstant"

sid/dpa, Washington

Claudia Kohde aus Saarbrücken, Deutschlands Tennisspielerin Nummer eins, stellte ihre Klasse auch beim Turnier von Washington unter Beweis. Im Viertelfinale schlug sie die in Florida lebende Bettina Bunge 6:4, 7:5 und trifft nun auf Navratilova (USA). Bettina Bunge sagte: „Nach dem miserablen letzten Herbst war das schon ganz gut für mich. Wenn ich nochmals ganz nach vorn kommen will, dann muß es wohl in diesem Jahr passieren." Über Claudia Kohde sagte sie: „Sie ist enorm konstant geworden, sie lebt nicht mehr allein vom Aufschlag und den Volleys, sondern hat sich auch in den Passierschlägen stark verbessert."

In hervorragender Form für das morgen in New York beginnende Masters-Turnier präsentierte sich der Weltranglisten-Erste Ivan Lendl. In Atlanta schlug er den Amerikaner Jimmy Connors 6:2, 6:3.

Die Amerikaner Ken Flach/Robert Seguso konnten in London ihren Titel als Doppel-Weltmeister nicht verteidigen. Sie unterlagen in der Vorschlußrunde den Wimbledonsiegern Günthardt/Taroczy (Schweiz/Ungarn) 5:7, 6:3, 3:6 und 6:7.

# „Alexander der Große" oder Zähmung eines Widerspenstigen

SCHIRMER, Tauberbischofsheim

Bundestrainer Emil Beck strahlte wie lange nicht mehr nach einem Sieg von Alexander Pusch. Es war nicht allein der siebte Streich, den der 30jährige der deutschen Degenkonkurrenz bei den Meisterschaften in Tauberbischofsheim gespielt hatte, der das runde Gesicht von Emil Beck gleichsam in Lachfalten auflöste. Es war auch die große Freude über die Zähmung eines lange Zeit Widerspenstigen.

Das Gespann Pusch/Beck aus Tauberbischofsheim bildete einst ein fast unschlagbares Gespann, das durch internationale Erfolge – Olympiasieg 1976, zwei Weltmeistertitel und sechs Weltcup-Erfolge – bestätigt wurde. Spätestens seit dem WM-Gewinn 1978 aber hatte ein Entfremdungsprozeß zwischen den beiden begonnen, der 1985, nur wenige Monate vor der WM in Barcelona, eskalierte. Damals warf Beck seinen Musterschüler vor dem traditionellen Sieben-Nationen-Turnier in Tauberbischofsheim aus dem Nationalteam. In einer fünfstündigen Aussprache Ende letzten Jahres stellte der Bundestrainer Pusch vor die Alternative: Aufhören oder hundertprozentig mitziehen.

Die Wirkung stellte sich ungeahnt schnell ein – zum Auftakt der Weltcup-Saison in Arnheim schlug Pusch bereits die versammelte Degen-Elite. „Früher wollte er gewinnen, um es mir zu zeigen. Jetzt braucht er nur noch den Gegner auf der Fechtbahn zu besiegen", sagt Emil Beck und fügt erleichtert hinzu: „Seit 1978 hatten wir nicht mehr ein so gutes Verhältnis zueinander."

Für Alexander Pusch war der erneute Meisterschaftsgewinn keineswegs eine Routineleistung. „Ich bin sehr stolz darauf, gerade als 30jähriger kann man das wohl sein", erkärte er nach dem 12:11-Finalerfolg gegen Vereinskamerad Stefan Hörger. Mit diesem Erfolg reservierte sich Pusch (Spitzname „Alexander der Große") einen Ehrenplatz in der deutschen Fecht-Geschichte. Als zweiter Fechter nach dem legendären Erwin Casmir wird Pusch jetzt mit sieben Degentiteln in der Meisterliste geführt. Casmir gewann seine Meisterschaften 1921 und von 1923 bis 1928.

Vor 13 Jahren hatte Pusch übrigens mit dem ersten Titelerfolg, gerade 17 Jahre jung, den Grundstein für seine glänzende Karriere gelegt. Zwei Jahre danach, 1975 in Göteborg, holte er schon sein erstes WM-Gold. Bis zu den Olympischen Spielen 1988 in Seoul würde er gern noch einmal ganz oben auf dem Treppchen stehen, dann nämlich könnte sein Traumziel, „Sportler des Jahres" zu werden, in Erfüllung gehen. „Das wäre für ihn etwas ganz besonderes, davon redet er viel", erzählt Ehefrau Ute.

Vorjahressieger Achim Bellmann wollte zwar auch schon immer nach „den Sternen greifen", mußte aber bei den deutschen Meisterschaften mit einem irdischen vierten Platz zufrieden sein. Querelen um seinen gewünschten Wechsel vom Bundesleistungzentrum Bonn nach Tauberbischofsheim hatten dem ehemaligen Modernen Fünfkämpfer eine frostige Atmosphäre in Bonn beschert, die an den Trainingstagen deutlich spürbar war. „Da verging mir die Lust am Training", begründet Bellmann seine Konditions- und Konzentrationsschwäche im Finale.

Max Geuter, Sportwart des Deutschen Fechter-Bundes (DFB), hat nun am Rande der Titelkämpfe entschieden, daß Bellmann rückwirkend vom 1. Januar dem Tauberbischofsheimer Stützpunkt angehört. Bellmann wird jedoch weiter für Bayer Leverkusen starten. „Er verspricht sich von dem Wechsel eine 30prozentige Leistungssteigerung. Zwar kann ich die Rechnung nicht verstehen, aber ich hoffe, daß nun endlich Ruhe herrscht", erklärte Geuter. Trotz des Ärgers bereut der 28jährige Sport- und Anglistikstudent den Übertritt ins Fechterlager nicht. „Der Erfolg hat mir recht gegeben", sagt Bellmann, der mit der deutschen Degen-Nationalequipe 1985 auf Anhieb Weltmeister wurde.

Erfolgreich konnte Jürgen Nolte aus St. Augustin seine Säbel-Meisterkrone verteidigen. Der 27jährige angehende Gymnasial-Lehrer gewann mit 10:5 im Finalkampf gegen Stefan Thönessen (Dormagen) die sechste Goldmedaille seit 1980

## NACHRICHTEN

### Start mit Platz vier

**Carlsbad** (GAB) – Bernhard Langer (Anhausen) begann die neue amerikanische Golf-Tour mit einem vierten Platz beim „Turnier der Sieger" in Carlsbad/Kalifornien. Für seine 69+69+71+70=279 Schläge bei Par 72 kassierte er 22 000 Dollar. Den Sieg und 90 000 Dollar holte sich Calvin Peete mit 68+67+64+68=267 klar vor seinen US-Kollegen Mark O'Meara 70+65+67+71=273 und Phil Blackmar 74+68+66+69=227.

### Diamond Way siegte klar

**Düsseldorf** (sid) – Mit deutlicher Mehrheit wurde „Diamond Way", der Sieger des Deutschen Derbys, zum „Traber des Jahres 1985" gewählt. 81,5 Prozent der Rennbahnbesucher des Jahres 1985 entschieden sich für den Hengst, dessen Anteilseigner Springreiter-Olympiasieger Alwin Schockemöhle ist. „Diamond Way" ist mit 1 188 900 Mark der gewinnreichste deutsche Traber aller Zeiten.

### Mainz erneut Meister

**Mainz** (sid) – Titelverteidiger TV Mainz-Zahlbach steht vorzeitig als deutscher Mannschaft-Meister im Badminton fest. Mainz siegte am vorletzten Spieltag der Bundesliga mit 5:3 bei Bayer Uerdingen und ist mit 25:1 Punkten von der Tabellenspitze nicht mehr zu verdrängen.

### Vienna Wien will Kempes

**Wien** (sid) – Im österreichischen Fußball bahnt sich ein spektakulärer Wechsel an: Mario Kempes, 1978 mit Argentinien Weltmeister und Torschützenkönig, soll den Zweitligaklub Vienna Wien verstärken. Der 31 Jahre alte Kempes steht noch beim spanischen Erstligaverein Hercules Alicante unter Vertrag, könnte aber die Freigabe erhalten, wenn keine Abstiegsgefahr mehr besteht.

### Nur im Finale verloren

**Paris** (sid) – Europameister Alexander von der Groeben aus Wolfsburg war der erfolgreichste unter fünf deutschen Teilnehmern beim internationalen Judo-Turnier in Paris. In der Klasse über 95 Kilogramm verlor er erst im Finale durch Kampfrichterentscheid gegen den Franzosen Christian Vachon.

### Olga Nemes schied aus

**Paris** (sid) – Olga Nemes vom Deutschen Meister ATSV Saarbrücken ist im Einzel-Wettbewerb des Tischtennis-Erdteilkampfes Europa – Asien in Paris im Viertelfinale nach einer 15:21 und 16:21-Niederlage gegen die chinesische Doppel-Weltmeisterin Dai Lili ausgeschieden.

### Noch ein Motorrad-Unfall

**Zinder** (sid) – Nach dem tödlichen Unfall des japanischen Motorradfahrers Yasuo Kaneko ist erneut ein Teilnehmer der 8. Rallye Paris–Dakar schwer verunglückt. Der Franzose Jean-Michel Baron (Honda) liegt nach einem Sturz im Koma. Er war auf der Etappe von Agadem nach Zinder (Niger) bei rund 150 km/h von einem Loch in der geteerten Straßendecke überrascht worden und hatte die Gewalt über sein Fahrzeug verloren.

### Deutlicher Auftakt-Sieg

**Leningrad** (sid) – Zum Auftakt des Granatkin-Fußball-Turniers in Leningrad (UdSSR) siegte die deutsche Fußball-Nationalmannschaft der Junioren (unter 18 Jahre) mit 4:0 über die USA und übernahm damit gleich die Tabellenführung im Feld der sechs Mannschaften. Der Kaiserslauterner Eichenauer erzielte zwei Tore, Möller (Frankfurt) und Laubinger (HSV) trafen je einmal.

### Neuer Vertrag für Götz

**Maspalomas/Gran Canaria** (dpa) – Mittelfeldspieler Falko Götz (23) bleibt bis 1988 beim Fußball-Bundesligaklub Bayer Leverkusen. Der 1983 in die Bundesrepublik Deutschland geflüchtete ehemalige Junioren-Auswahlspieler der „DDR" unterschrieb einen neuen Zwei-Jahres-Vertrag.

# Moskauer Bühne bringt Stück über Juden-Emigration

DW. Moskau

Das Thema der jüdischen Auswanderung aus der Sowjetunion ist in der UdSSR zum erstenmal in einem relativ vorurteilsfreien Stück bühnenreif geworden. Vor ausverkauftem Haus gibt das Moskauer Stanislawsky-Theater zur Zeit das Stück „Scholem Alejchem-Straße 40" des einheimischen jüdischen Autors Arkady Stawitski. Schon der Titel ist symbolisch: Der in der Ukraine geborene Scholem Alejchem ist ein Klassiker der jiddischen Literatur.

„Scholem Alejchem-Straße 40" zeigt eine jüdische Familie, deren beide Söhne – ein Chirurg und ein Wissenschaftler – und deren Tochter wegen beruflicher Unbill gegen den Willen der Eltern nach Israel auswandern und die Eltern mitnehmen wollen. Inszeniert wurde die Aufführung von Alexander Towstonogow, der sich bereits mit „Noe und seine Söhne", einer beißenden Satire auf den verstorbenen Kreml-Chef Leonid Breschnew, hervorgetan hat.

Gleich anfangs proklamiert der Spielleiter, daß „in dieser unruhigen Welt das Theater keine Sorge und kein Leid außer acht lassen darf" und der Inhalt des Stückes „sich bereits zugetragen hat und sich wiederholen kann". Das Stück wimmelt nur so von kritischen Bemerkungen über das Leben in der Sowjetunion, wo „die Zeitungen nicht immer die Wahrheit sagen" und „wo es schwieriger ist, ein Dach reparieren zu lassen, als einen Sputnik zu starten".

Auch die Lage der Juden wird bloßgelegt. Der Chirurg verlor seine Anstellung, nachdem er ein Ausreisevisum beantragt hatte. Er ist überzeugt, daß er es in seinem Beruf nicht weit brachte, „weil ich nicht ganz blond bin". Jenia, der Tochter des Wissenschaftlers, sind „zwei Dinge verhaßt: Auberginen und Anti-Semiten", womit ausgesprochen wird, daß in der Sowjetunion Anti-Semitismus kein leeres Wort ist. Die Nachbarn weigern sich, ein Buffet, von dem die Mutter sich schwer trennen kann, in Obhut zu nehmen, weil das Möbelstück „anti-sowjetisch ist". Fjodor will Jenia an den Flughafen begleiten zum großen Kummer seines Vaters, der ihm zu bedenken gibt, daß dies seiner Karriere schaden kann, denn – so warnt der Vater – „vergiß nicht, daß Du ein Jude bist".

# *Das Kabinett, SDI und der „Limonadenbeschluß"*

P. SCHMALZ/DW. München/Bonn

In der CSU herrscht weiterhin Verstimmung über die Art und Weise, wie der Komplex um das amerikanische SDI-Programm von der Bundesregierung behandelt wird. Der bayerische Koalitionspartner sieht einerseits im FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann nicht den geeigneten Verhandlungsführer, nachdem er bei der CSU eher den Eindruck erweckt, zu SDI in Distanz zu stehen, zum anderen bemängelt die CSU den vom Kabinett vorgegebenen Verhandlungsauftrag als zu schwammig. Es wäre wünschenswert gewesen, so meinte CSU-Landesgruppenvorsitzender Theo Waigel vor der Presse, den Beschluß „etwas klarer und präziser" zu fassen. Auf der Klausurtagung in Kreuth drückte sich Parteichef Franz Josef Strauß drastischer aus und nannte das Kabinettspapier einen „Limonadenbeschluß". Im Deutschlandfunk kritisierte Strauß den Beschluß als „mangelhaft definiert und falsch formuliert".

Die Vorbehalte gegen den freidemokratischen Koalitionspartner spielte Waigel in der Öffentlichkeit mit der Bemerkung herunter, Bangemann habe klar erklärt, er werde sich an seinen Auftrag halten und er, Waigel, habe keinen Anlaß, „an seiner Ehrlichkeit und Lauterkeit bei dieser Aussage zu zweifeln".

## Abschluß noch vor Ostern

Die CSU drängt weiterhin auf Eile. Es sei Geschäftsgrundlage im Kabinett gewesen, meinte Waigel, daß noch vor Ostern ein substantielles Rahmenabkommen abgeschlossen wird. Sollte in dieser Zeit ein allgemeines Technologieabkommen mit den USA nicht möglich sein, dann müßten die SDI-Verhandlungen abgekoppelt und selbständig noch vor Ostern abgeschlossen werden. Waigel beruft sich dabei auf Äußerungen des Bundeskanzlers im Kabinett. Ein SDI-Sonderabkommen sollte Technologietransfer, Preisgestaltung und Geheimschutz regeln.

Strauß beschrieb als das notwendige Ziel deutsch-amerikanischer Verhandlungen über eine Raketenabwehr im Weltraum ein staatliches Rahmenabkommen. Dieses solle nicht nur die Interessen deutscher Firmen abdecken, sondern auch die deutschen Forschungsinteressen einbeziehen. Vor allem aber müßten die militärischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland in den Gesprächen berücksichtigt werden, sagte Strauß. Der CSU-Politiker: „Wir haben doch keinen Grund, unsere militärischen Interessen zu verschweigen." Die Deutschen müßten erkennen, „daß wir in eine größere nationale, kontinentale globale Verantwortung eintreten" müßten. Je mehr die Bundesrepublik Front gegen das amerikanische SDI-Projekt mache, desto mehr würden die Sowjets ermuntert, neue Bedingungen zu stellen.

## „Absurde Abtrennung"

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, nannte die künstliche Abtrennung von Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen „absurd". Man könne nicht technologische Erfolge einheimsen, „ohne die sicherheitspolitische Zeche zu zahlen". Außerdem hätte die USA den Technologietransfer in jüngster Zeit in einer Weise beschränkt, daß „die wirtschaftlichen Sehnsüchte naiv" seien.

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Joachim Langmann, hat die Befürchtung des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Franz Schoser, zurückgewiesen, eine SDI-Beteiligung könnte den Osthandel beeinträchtigen. „Es ist für mich unerfindlich, wie eine Rahmenverständigung mit den Amerikanern aus eigenem Antrieb und vollkommen privatwirtschaftlich handelnder deutscher Firmen die grundsätzliche Position der Bundesrepublik berühren oder das Ostgeschäft tangieren könnte", sagte Langmann in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung".

Er forderte die deutschen Unternehmen auf, eine Mitarbeit an SDI „ernsthaft" zu erwägen. Langmann: „Durch Verweigern können wir SDI nicht stoppen." Er sehe ein Interesse nicht nur bei Großunternehmen, „auch mittleren Unternehmen mit hoher technischer Spezialisierung bieten sich Chancen".

Die Aufforderung der USA zur Mitwirkung an Teilprojekten sei „ein Beweis für die deutsche industrielle und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit", sagte der BDI-Präsident.

# Strauß rät Bonn zu Sanktionen

**Rühe: USA sollten nachdenklich werden / „Gemäßigte im Nahen Osten nicht verprellen"**

DW. Bonn

Anders als die Bundesregierung tritt der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß dafür ein, das Regime Khadhafi in Libyen wegen der Unterstützung palästinensischer Terroraktivitäten mit einem Wirtschaftsboykott zu bestrafen. In einem Interview des Deutschlandfunks widersprach Strauß damit offen der erklärten Absicht der Bundesregierung, die von Präsident Reagan angekündigten Sanktionen nicht zu unterstützen. Die Bundesregierung hatte von einer Wirkungslosigkeit solcher Maßnahmen gesprochen und unter Anspielung auf die rund 1500 Deutschen in Libyen erklärt, es müßten auch die besonderen deutschen Interessen berücksichtigt werden.

Strauß im Deutschlandfunk: „In einem sollten wir die Amerikaner unterstützen, und zwar ohne Wenn und Aber: denen, die den Terrorismus mit Blutbädern an Menschen in Europa und in der ganzen Welt finanzieren, den Geldhahn zuzudrehen durch Nichtabnahme ihrer Produkte." Differenziert, aber nicht generell ablehnend äußerte sich der CSU-Chef zur Frage einer militärischen Aktion der USA. Er erinnerte an die „unglückliche Haltung" der USA im Libanonkonflikt, und erklärte, er glaube nicht, daß die Amerikaner in Libyen denselben Fehler machten. Wenn aber, dann müsse so etwas gründlicher vorbereitet sein.

Diese Äußerung von Strauß und eine andersgeartete Bemerkung des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Rühe zeigen, daß sich die Union in der Bewertung der Reagan-Maßnahmen uneinig, zumindest unsicher ist. Rühe lehnte Wirtschaftssanktionen gegen Libyen entschieden ab. In einem Interview für „Sonntag Aktuell", eine von früheren südwestdeutschen Verlagen herausgegebene Wochenendausgabe, schrieb der CDU-Politiker, es müsse die USA nachdenklich machen, daß sich arabische Regierungen, die ihnen im Prinzip sehr positiv gegenüber stünden, in die Solidarität mit Libyen begeben hätten. Anstelle von Strafmaßnahmen müßten sich Europäer und Amerikaner vielmehr darum bemühen, einen Differenzierungsprozeß im Nahen Osten einzuleiten. Rühe: „Wir müssen die USA davon überzeugen, wie wichtig eine politische Initiative im Nahen Osten ist, die sich an die besonnenen und gemäßigten arabischen Staaten wendet und sie nicht vor den Kopf stößt."

Im Mittelpunkt der Debatte über die Maßnahme gegen Libyen stand am Wochenende die Frage, was es für das amerikanisch-europäische Verhältnis bedeuten würde, wenn die Europäer die Sanktionspolitik nicht mittragen sollten. In einem Interview mit fünf europäischen Zeitungen erklärte Reagan, eine Belastung wäre nicht zu erwarten. Amerikas Partner sollten aber daran denken, daß es sich um eine Frage der Moral handele. „Sehr überrascht" zeigte sich der Präsident über die Bemerkung des Senators Mettenbaum, es sei zu überlegen, ob Khadhafi nicht „eleminiert" werden könne. Reagan: „Man begegnet einem Khadhafi nicht auf seiner Ebene. Man kann nicht Terrorismus mit Terror beantworten."

Unter den europäischen Regierungen hat sich bisher lediglich Italien, zu einem Waffenlieferungsstopp gegen Libyen bereit gefunden. Kanada kündigte eine Reihe von Maßnahmen an, die kanadische Firmen künftig darin hindern, mit Libyen Geschäfte zu machen. Der christdemokratische niederländische Regierungschef Lubbers gab bekannt, sein Land wolle sich auf einer von Frankreich, Griechenland und Italien beantragten Sondersitzung der EG-Außenminister, die voraussichtlich am 21. Januar in Den Haag stattfinden soll, für eine Unterstützung des italienischen Embargos stark machen. Die Niederlande haben derzeit den EG-Vorsitz inne.

# Der Papst warnt vor Vergeltung

**In der Völkergemeinschaft kein Platz für Staaten, die sich „mit dem Terrorismus einlassen"**

DW. Vatikanstadt

Papst Johannes Paul II. hat die Auffassung vertreten, die Vereinten Nationen sollten Staaten, die sich „mit dem Terrorismus einlassen", nicht als UNO-Mitglieder dulden. Sie setzten sich über die Prinzipien und Regeln der UNO-Charta hinweg, sagte der Papst in seiner Jahresansprache zur Außenpolitik vor dem im Vatikan akkreditierten diplomatischen Korps.

Gleichzeitig sprach sich Johannes Paul gegen Vergeltungsschläge nach Massakern an unschuldigen Opfern aus. Repressalien würden „erneut Unschuldige treffen" und die „Spirale der Gewalt" fortsetzen. Vergeltungsakte, so der Papst, vermittelten nur die Illusion einer Problemlösung und verhinderten eine moralische Bloßstellung der Terroristen.

Das Oberhaupt der katholischen Kirche prangerte nachdrücklich den „Terrorismus innerhalb der Länder und den internationalen Terrorismus" an. Er führte aus, heute habe man es mit einem „furchterregenden Netz von Leuten" zu tun, die nicht zögerten, eine große Zahl Unschuldiger zu töten, um Panik zu säen und auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Häufig treffe der Terrorismus Länder, die nicht in diese Probleme verwickelt seien, sagte Johannes Paul in Anspielung auf die jüngsten Anschläge von Rom und Wien. Solche Taten verdienten „absolute und einstimmige Verurteilung", ebenso wie das „barbarische Vorgehen" der Geiselnahme und Erpressung. Alle seien „Verbrechen gegen die Menschheit".

Zur Lage im Nahen Osten sagte der Papst, man stelle immer neue Verhandlungshypothesen auf, ohne daß je der „entscheidende Punkt" erreicht werde, an dem die „Rechte aller betroffenen Völker wirklich anerkannt werden".

Der Papst verurteilte darüber hinaus eine „andere Form des systematischen Terrors". Dieser stütze sich auf ein „ganzes geheimpolizeiliches System" und mache die Freiheit und Bürgerrechte für Millionen von Menschen zunichte. Sie würden als „schuldig" betrachtet, weil sie sich der herrschenden Ideologie nicht unterwerfen wollten.

In diesem Zusammenhang erklärte der Papst, die in Jalta beschlossene Spaltung Europas in Ost und West sei nicht akzeptierbar. Der Geist von Helsinki müsse weiterentwickelt werden.

# Kabul wandelt Geheimpolizei in Ministerium um

rtr, Islamabad

Die afghanische Regierung hat ihre Geheimpolizei Khad zum Ministerium für Staatssicherheit umgewandelt. Nach einer Meldung von Radio Kabul wurde ein entsprechender Erlaß des Präsidiums des Revolutionsrates auf einer Versammlung anläßlich des sechsten Gründungstages des Geheimdienstes in Kabul verlesen. Der Khad ist eine der wichtigsten Waffen der afghanischen Behörden im Kampf gegen den Widerstand.

Seit der sowjetischen Invasion im Jahre 1979 ist die afghanische Geheimpolizei erheblich verstärkt worden. Zu ihren Aufgaben gehört mittlerweile auch die Unterwanderung moslemischer Widerstandsgruppen in Afghanistan.

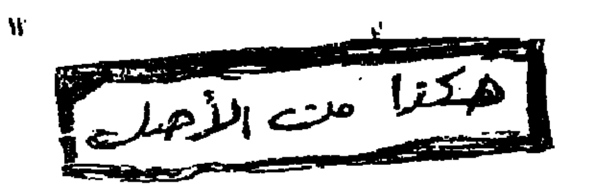
# Walesa: Warschau kann nur zerstören

AFP/AP, Warschau

Das Mitglied der Untergrundführung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" (TKK), Bogdan Barusewicz, ist in Danzig von der Polizei verhaftet worden. Barusewicz, der die TKK in Danzig leitet, wurde nach Angaben der polnischen Nachrichtenagentur PAP wegen seiner „gegen die vitalen Staatsinteressen gerichteten Aktivitäten" festgenommen. Die Verhaftung Barusewiczs ist ein Schlag für die regionale Organisation der verbotenen Gewerkschaft in Danzig. Barusewicz hatte dort die Leitung von „Solidarność" übernommen, nachdem Bogdan Lis, der zuvor die regionale Gewerkschaftsführung innehatte, 1984 ebenfalls verhaftet und zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden war.

Arbeiterführer Lech Walesa bezeichnete in einem Telefongespräch Barusewicz als außergewöhnlichen Kämpfer für die Menschenrechte. Walesa sagte, die Geschichte Polens sei für mehr als ein Jahrhundert vom Kampf der besten Söhne des Landes geprägt, doch drohe ihnen nur Gefängnis oder in jüngerer Zeit sogar der Tod. Nach seinen Worten hat die Führung jedoch weder gesellschaftlichen Rückhalt noch ein Programm, um das Land aus der Krise zu führen. „Sie können zerstören, aber nicht aufbauen", sagte der Friedensnobelpreisträger.





## Verwirrspiel bei Saarstahl

J. G. – Man prüfe die Vorteile, aber ein Konzept sei noch nicht da. Auf so Dilatorisches beschränkte sich jetzt vor der Presse Thyssens Edelstahlchef zu der Frage, ob die fünf großen deutschen Stahlkonzerne eine Beteiligung an Arbed Saarstahl betreiben. Nur auf den ersten Blick paßt das zu der nun im Saarland kursierenden Ansicht, solches Interesse habe sich inzwischen verflüchtigt. Zur Anlehnung der kranken Firma an einen industriellen Partner, den von Frankreichs verstaatlichter Stahlindustrie majorisierten Nachbarn Dillinger Hütte, gebe es keine Alternative.

In Wahrheit sind die „zu prüfenden Vorteile" evident, spielt sich auf öffentlicher Bühne ein Verwirrspiel ab, während in der Kulisse intensiv um eine „deutsche Lösung" für den Saarstahl-Kurs gerungen wird. Denn zumal das Konzern-Quintett hat gute Gründe, den Westwärts-Drift dieses großen Profilstahlproduzenten zu fürchten.

Es gehe darum, heißt es in der Kulisse, den bislang dank haushoher Subventionen bis an die Grenze der Barverluste preisaggressiven Konkurrenten einzufangen. Als Dépendance von Frankreichs verlustreichem Staatsstahl könnte er zu Lasten von Ruhr-Arbeitsplätzen sein Hasardspiel fortsetzen. Doch erst nach Vorlage eines stringenten Saarstahl-Sanierungskonzepts (Entschuldung und Personalabbau) will sich die Ruhr an der Saar engagieren. Vorher wäre es ein Freibrief für Nichtstun in einer auch an der Saar noch auf Kapazitätsabbau angewiesenen Stahlwelt.

## Autokonkurrenz

J. Sch. – Frankreich brachte der ausländischen Automobilindustrie auch letztes Jahr durchweg gute Geschäfte. Obwohl die Pkw-Zulassungen gegenüber 1984 um insgesamt 0,5 Prozent zurückgingen, legten die Importwagen 2,5 Prozent zu. Ihr Marktanteil erhöhte sich dadurch von 35,9 auf 36,6 Prozent und erreichte einen neuen Rekord. Der Einfuhrboom setzte sich also trotz der schlechten Konjunktur weiter fort. Dies ist zum Teil die Folge der auf drei Prozent der Gesamtzulassungen beschränkten Importe aus Japan. Der französische Automarkt ist damit weltweit der einzige geblieben, auf dem es praktisch keine japanische Konkurrenz gibt. Dieser französischen Protektionismus erweist sich nicht zuletzt für die deutsche Automobilindustrie als segensreich. Die monatliche Verluste von über eine Milliarde Franc beim staatlichen Renault-Konzerns sind sicherlich ein Grund für diesen Protektionismus. Der private inzwischen weitgehend sanierte Peugeot-Konzern konnte zwar 5,2 Prozent zulegen. Aber das reichte nicht aus, um die Ausländer in Schach zu halten. Ohne den japanischen Hecht im französischen Karpfenteich dürfte das so bleiben.

KONJUNKTUR / Sparkassenpräsident Geiger zeigt sich ungewöhnlich optimistisch

# Auch die Bauwirtschaft dürfte die Talsohle bald durchschritten haben

Mk. Bonn

**Ungewöhnlich optimistisch über die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr ist der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger. Er rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von 3,5 bis vier Prozent, also gut einem Prozentpunkt mehr als die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und der Sachverständigenrat. Nach seiner Meinung hat selbst die Bauwirtschaft ihr Tief durchschritten. Dabei warnt er davor, sich von der Steuerreform zuviel zu versprechen.**

„Ich glaube, daß das Wirtschaftsjahr 1986 gut laufen wird, weil die deutsche Wirtschaft ihre Situation im Export gefestigt hat, weil auch im Inland das Vertrauen der Verbraucher wieder zunimmt und weil die Gesamtkonstellation im Augenblick recht günstig ist." Das erklärte Helmut Geiger in einem Interview mit dem Sender Freies Berlin. Seine Erwartung eines Wirtschaftswachstums zwischen 3,5 und vier Prozent begründet er damit, daß der Export weiter gut laufe, daß die privaten Verbraucher wieder etwas mehr Mut gefaßt hätten und längerfristige Ausgaben tätigten und daß es in der Bauwirtschaft etwas bergauf gehe.

Allerdings bleibe es bei erheblichen regionalen Differenzierungen in der Bundesrepublik. Berlin, wo sich zukunfts- und exportorientierte Industrien verstärkt niedergelassen hätten, werde mindestens im Bundesdurchschnitt liegen.

Die eigenen Prognosen der Bauwirtschaft hält Geiger für „einen Schlag zu pessimistisch". Da er Einblick in die Planungen der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise habe, könne er feststellen, „daß die Investitionsfreudigkeit bei den kommunalen Körperschaften wieder zunimmt". Da die Wirtschaft verstärkt Erweiterungsinvestitionen vornimmt, müßten auch neue Gebäude erstellt werden.

Die Zinsen, die im mehrjährigen Vergleich relativ niedrig sind, seien für die Investoren und Häuslebauer relativ günstig. Wenn sich diese Erkenntnis weiter herumsprechen sollte, dann könnte die Bauwirtschaft „aus dem Tief wenigstens langsam wieder herausklettern". Jedenfalls müsse in diesem Sektor nicht mehr mit Minuszahlen gerechnet werden, die im vergangenen Jahr die wirtschaftliche Entwicklung nach unten gezogen hätten.

Potentiellen Bauherren rät Geiger, „möglichst rasch ranzugehen", weil es günstiger für ihn kaum noch werden dürfte. Die Baulandpreise hätten sich auf einem vernünftigen Niveau stabilisiert, seien zurückgegangen. Die Baupreise seien relativ stabil, die Zinsen niedrig.

Gefahren im Inland sieht Geiger, falls wieder Arbeitskämpfe aufflakkern würden. Allerdings rechnet er gegenwärtig nicht mit schwerwiegenden Konflikten. Im Ausland sei die Lage nach wie vor außerordentlich unsicher, da nicht feststehe, welche Politik die USA weiter verfolgen werden, wie sie ihre großen Haushalts- und Außenhandelsdefizite unter Kontrolle bringen wollten.

Den gegenwärtigen Sparerfreibetrag von 800 Mark bezeichnete Geiger als zu niedrig. Er müsse bei der nächsten Steuerreform so erhöht werden, daß die Masse der Sparer nicht besteuert werde. „Was dann also mit dem Rest gemacht wird, mit den Leuten, die eben höhere Kapitaleinkünfte haben, das muß im politischen Raum nochmals verhandelt werden." Geiger hält von einer Quellensteuer, also von der Abführung der Steuern wie bei der Lohnsteuer durch die Kreditinstitute, nichts, weil ausländische Erfahrungen zeigten, daß dadurch die Kapitalflucht angeregt würde.

Für die Steuerreform in den 90er Jahren hegt Geiger drei Erwartungen: Zum einen müsse der Eintritt der Besteuerung später, also jenseits des Existenzminimums beginnen. Weiter müßte der Tarif, dessen Progression trotz der jetzt vorgenommenen Korrekturen gerade bei mittleren Einkommen nach wie vor zu steil verlaufe, durch einen durchgehend progressiven Tarif ersetzt werden. Drittens müsse der Spitzensteuersatz gesenkt werden. Denn die steuerliche Belastung vor allem der mittelständischen Unternehmen, die bei 65 bis 70 Prozent liege, sei zu hoch.

US-AKTIENMÄRKTE

# Leichte Nachbeben zeigen: Eruption ist überstanden

H.-A. SIEBERT, Washington

Die US-Aktienmärkte haben eine aufregende Woche hinter sich. Am Dienstag stellte das Edelbarometer, der Dow-Jones-Industrie-Index, mit 1565,71 Punkten einen neuen Rekord auf. Am Mittwoch fiel er wie ein Stein um 39,10 Punkte – in absoluten Zahlen das höchste Minus seit dem „Großen Krach" 1929. Kein Wunder, daß entnervte Kleinanleger ebenfalls ausstiegen, was dann zu Kursstürzen auch bei zweitklassigen Papieren führte.

Zieht man Bilanz, dann ist der populäre „Dow" im Wochenverlauf um 35,67 (Freitag: minus 4,70) auf 1513,53, der Standard & Poor's 500 um 4,92 (minus 0,15) auf 205,96 und der umfassende Nyse-Index um 2,68 (minus 0,05) auf 118,82 Punkte gesunken. Die Einbrüche vollzogen sich mithin auf breitester Front, wobei sogar IBM wieder unter die vorher durchstoßene Schallgrenze von 150 (Freitag: 148,5) Dollar sackte. Aus den leichten Nachbeben ist jedoch zu schließen, daß die eigentliche Eruption erst einmal überstanden ist.

Ein Vergleich mit Oktober 1929 ist aus vielerlei Gründen nicht angebracht. Damals betrug das „Dow"-Niveau 298,97 Punkte. Der Fall auf 260,64 Punkte entsprach 12,8 Prozent, verglichen mit 3,3 Prozent bis einschließlich Freitag. Hinzu kommt, daß Amerikas Bruttosozialprodukt mit 4000 Mrd. Dollar 39mal so groß ist wie vor 57 Jahren, der „Dow" sich aber nur etwa verfünffacht hat. Außerdem entfällt der damalige Auslöser; Aktienkäufe auf Kredite sind heute beschränkt. Legt man die verfügbaren geldpolitischen Instrumente zugrunde, dann ist ein echter Krach nicht mehr vorstellbar.

Vielmehr hat die Börse nach der nun 42 Monate dauernden Hausse ganz normal reagiert. Immerhin gab es in den letzten 14 Wochen, als der „Dow" um insgesamt 230 Punkte anzog, keine nennenswerte Konsolidierung. Zu vergessen ist auch nicht, daß der „Dow" am 25. Oktober 1982 mehr als 35 Punkte einbüßte, danach aber stramm nach vorn marschierte. Was die Nervosität erzeugt, ist das ungewöhnlich hohe Kursplateau, bei dem jeder Einsatz viel Geld kosten kann.

Blickt man nach vorn, dann hat sich die Qualität des Börsenklimas in den USA insofern geändert, als die Spekulation als Unsicherheitsfaktor hinzugekommen ist. Ins Haus stehen also wilde Kursschwankungen. Die Konjunktur- und Zinsszene hat sich indes nicht geändert: Amerikas Wirtschaftswachstum bleibt moderat, die US-Notenbank wird ihre unterstützende Geldpolitik mit Sicherheit fortsetzen. Zweifellos ist es auch das Ziel der Konferenz der Finanzminister der „Großen Fünf" am 18. und 19. Januar in London, weltweit die Zinsen zu drücken. In Bewegung bleibt Washingtons Defizitabbau.

Auf der Empfehlungsliste von Salomon Brothers stehen u. a. Alcan, Hewlett-Packard, Motorola und Digital Equipment.

## Auf langsamer Fahrt

Von ERWIN SCHNEIDER

Alle Prognosen für die Entwicklung des deutschen Güterverkehrs bis zur Jahrtausendwende haben eine optimistische Grundtendenz – die Wachstumsraten sollen die des realen Bruttoinlandprodukts überschreiten und werden mit 30 Prozent angesetzt. Der Schwerpunkt liegt im internationalen Verkehr. Nur für die Binnenschiffahrt ist im nächsten Jahrzehnt Stagnation bis sehr moderates Wachstum vorausgesagt.

Dies geschieht vor dem Hintergrund des Verfalls von Ladung und Schiffraum in den letzten beiden Jahrzehnten. Der Höhepunkt der deutschen Binnenschiffahrt datiert aus den siebziger Jahren, als über 250 Millionen Tonnen Güter befördert wurden. Dann ging es bergab. Zwar wurde der Trend mit dem allgemeinen konjunkturellen Aufschwung 1984 noch einmal gestoppt, aber schon für das letzte Jahr wurde kein Wachstum registriert, so daß das Ladungsaufkommen unter 240 Millionen Tonnen blieb.

Allerdings bei sinkendem Frachtraumangebot. Lag die Kapazität der deutschen Binnenflotte Anfang der sechziger Jahre noch über fünf Millionen Tonnen, so ist sie mittlerweile auf nur noch 3,4 Millionen Tonnen zusammengeschrumpft.

Der Frachteinbruch fand beim Massengutaufkommen statt, das noch weiter an Bedeutung verliert. Andererseits nimmt in der modernen Industriegesellschaft der Anteil an hochwertigen Transportgütern zu, die immer schneller zum Empfänger befördert werden müssen. Um sich an diesem Markt zu profilieren, werden auch in der Binnenschiffahrt die modernen Verkehrstechnologien wie der Container oder RoRo (Roll on/Roll off) forciert.

Aber das Problem der Menge ist gegenüber den Ertragssorgen der noch knapp 1800 deutschen Unternehmen von geringerer Bedeutung. Nur im Binnenmarkt sind die Frachten noch auskömmlich. Aber auch hier drohen dem festen Tarifgefüge Probleme, weil nicht nur die deutschen Seehäfen im Hafenhinterlandverkehr auf freie Frachtaushandlung dringen.

Im grenzüberschreitenden Binnenschiffverkehr dagegen ist durch die Überkapazität – vor allem der hochsubventionierten niederländischen Flotte, die nach dem Motto: „Einheitlichkeit, Freiheit, Gleichbehandlung" der Mannheimer Akte von 1886 freien Zugang zum Rhein hat – die Ertragslage alles andere als rosig. Der Ertragsverfall hat in der traditionell vorwiegend mittelständisch strukturierten Branche ein duales System erzwungen. Auf dem Rhein, der wichtigsten europäischen Wasserstraße, dominieren die großen Verbände der vielfach in Konzernen aufgegangenen Reedereien mit mittlerweile Sechserschubeinheiten, die in diesem Jahr erprobt werden. Die noch gut 1000 Partikuliere, die Einschiffbetriebe, füllen die Marktlücken aus oder fahren in festem Reederauftrag.

Hoffnung setzen die deutschen Binnenschiffer auf den Zwang zur Liberalisierung in Europa nach dem Auftrag der Europäischen Kommission. Bis 1992 soll sie verwirklicht sein. Die Deutschen bieten dafür die Mannheimer Akte, die den Rhein zum einzigen freiheitlichen Verkehrsraum in Europa gemacht hat, als Vorbild an.

Diese einseitige Freiheit auf dem Rhein hat allerdings den ruinösen Wettbewerb noch verstärkt, weil die Bedingungen jenseits der Grenzen nicht mit denen der Bundesrepublik konform gehen. Bundesverkehrsminister Dollinger will deshalb eine Verknüpfung von Liberalisierung und Harmonisierung in Kürze durchsetzen.

Das bedeutet aber, daß eine der Hauptforderungen der deutschen Branche erfüllt werden muß: keine Störung des Marktes von außen, wie zum Beispiel durch den staatlichen Einfluß in den Niederlanden, wo der Neubau von Frachtschiffen mit Prämien zwischen 12 und 18 Prozent der Investitionssumme gefördert wird. Das hat zur Folge, daß in der Bundesrepublik Jahr für Jahr Tonnage abgewrackt wird und bei den Nachbarn die Kapazität in den letzten sechs Jahren noch um eine Million auf mittlerweile fast fünf Millionen Tonnen aufgestockt wurde.

Mit der Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals drohen neue Gefahren. Dann fährt in den neunziger Jahren die rote Flotte des Ostblocks bis zum Rhein durch. Das Unbehagen der deutschen Binnenschiffer ist mit der Aussicht auf neue Konkurrenz natürlich sehr groß.

## AUF EIN WORT

„Die internationale Tendenz, staatliche Unternehmen und Einrichtungen zu privatisieren, ist zu begrüßen. Privatisierung ist ein wirksames Mittel, um Wettbewerbsverzerrungen zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen zu beseitigen, die Staatshaushalte spürbar zu entlasten und langfristig neue produktive Arbeitsplätze zu schaffen."

Dr. Henning von Boehmer, Generalsekretär Deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer.
FOTO: DIE WELT

## Teurer Yen bremst Kapitalzufluß

dpa/VWD, Tokio

Die im Vergleich zur D-Mark überproportionale Verteuerung des japanischen Yen gegenüber dem US-Dollar hat den Zufluß ausländischen Kapitals an Japans Aktienbörsen 1985 stark abgebremst. „Kauforders aus dem Ausland werden bei uns Mangelware", meinte ein Tokioter Börsenmakler. Trotzdem hat das Jahr 1985 die Tokioter Börse in neuem internationalen Glanz erstrahlen lassen. Deutsche Banken sind dabei, sich im Tokioter Aktiengeschäft zu etablieren.

TEXACO–PENNZOIL

# New Yorker Richter kritisiert scharf die Houstoner Instanz

Sbt, Washington

Nicht zu hoch hängen darf die Texaco Inc. ihren Sieg vor dem Bundesdistriktgericht in White Plains, New York. Gegen das Urteil des Einzelrichters Charles L. Brieant, der die Sicherheitsleistung in der Berufung von 12 auf rund 1 Mrd. Dollar verringerte, hat die Pennzoil Co. sofort Einspruch eingelegt. Sie bestreitet nicht nur die Zuständigkeit der Bundesinstanz, sondern verlangt auch die Rückverweisung an das Gericht in Houston, Texas, das dem Unternehmen im Streit um die Getty Oil Co. den höchsten Schadenersatz in der US-Geschichte zugesprochen hatte.

Freuen kann sich Amerikas drittgrößter Mineralölkonzern jedoch über die Atempause, da die Strategie neu überdacht werden muß. Gescheitert sind die Verhandlungen über einen außergerichtlichen Vergleich; völlig zerstritten haben sich die Parteien über Pennzoils enorme Forderungen. Man spricht von etwa 6 Mrd. Dollar. Der offensichtliche Versuch einer freundlichen Übernahme ging ebenfalls daneben. Falls das Urteil nicht revidiert wird, hat Texaco vermutlich die Schlacht, ob ein Versprechen mit einem schriftlichen Kaufvertrag gleichzusetzen ist, zur Hälfte gewonnen.

Eine Sicherheitsleistung in ursprünglicher Höhe würde Texaco zur Einleitung eines Konkursverfahrens zwingen. Dagegen sind 1 Mrd. Dollar ohne Schwierigkeiten zu verkraften. Eher wahrscheinlich ist dann auch ein relativ billiger Vergleich. Bundesrichter Brieant hat das texanische Gericht heftig kritisiert. Er veranschlagte Pennzoils Schadenersatzanspruch auf höchstens 800 Mill. Dollar.

EXISTENZGRÜNDUNGEN

# Immer mehr junge Leute zieht es in die Selbständigkeit

Stü. Bonn

Das vergangene Jahr brachte nach Feststellungen und Hochrechnungen des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn einen neuen Gründungsrekord für die Bundesrepublik. Danach haben 318 000 neue Unternehmer den Schritt in die Selbständigkeit gewagt, 29 000 mehr als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig erreichte 1985 aber auch die Zahl der Firmenstillegungen mit rund 290 000 einen Höchststand, so daß der Saldo aus Gründungen und Schließungen zwar weiterhin positiv, mit 28 000 aber geringer ausfällt als in den letzten Jahren.

Der Auswertung liegen die Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen zugrunde, soweit sie von den Bundesländern erfaßt werden, bereinigt um unechte Gründungen und Stillegungen. Die Hochrechnungsbasis für 1985 (bis September liegen Daten vor) deckt rund die Hälfte aller deutschen Unternehmen ab.

Auf breiterer Basis beruht eine Untersuchung des Instituts für die Jahre 1980 bis 1984 (Clemens/Friede: Existenzgründungen in der Bundesrepublik Deutschland). Danach besteht „ein deutlicher Nachholbedarf" an Gründungen in der Industrie. Stark vertreten seien dagegen Handel, Dienstleistungen und das Handwerk. Im untersuchten Zeitraum nahm die Zahl der Gründungen durchschnittlich um elf Prozent im Jahr zu.

Die Autoren heben hervor, daß die Selbständigkeit gerade für junge Leute mehr und mehr zur beruflichen Alternative werde. Der Anteil der unter 25jährigen an der Gesamtzahl der Existenzgründer stieg von drei Prozent 1980 auf 14,4 Prozent im Jahr 1984. Unverändert blieb der Anteil der weiblichen Gründer: Jedes dritte neue Unternehmen leitet eine Frau.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### China will wieder ins Gatt

**Peking** (rtr) – Die Volksrepublik China will nach 36 Jahren wieder Mitglied des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) werden. Ministerpräsident Zhao Ziyang sagte am Freitag nach einer Meldung der amtlichen nachrichtenagentur Neues China, die Wirtschaftsreformen des Landes würden die bestehenden Unterschiede zu den meisten Gatt-Mitgliedern, wie zum Beispiel bei den Preisen, den Wechselkursen sowie im Außenhandlessystem und den Außenhandelspraktiken reduziert. Gegenüber Gatt-Generaldirektor Arthur Dunkel hatte Zjao der Agenturmeldung zufolge erklärt, der Wunsch nach einer Rückkehr in das Gatt, das China 1950 verlassen hatte, sei im Zusammenhang mit der Politik der Öffnung seines Landes, die unter anderem in einer Steigerung der Im- und Exporte resultieren werde, zu sehen.

### US-Herstellerpreise

**Washington** (Sbt.) – In den USA erhöhten sich die Herstellerpreise im Dezember um 0,4 Prozent, verglichen mit 0,8 und 0,9 Prozent in den beiden Vormonaten. Im Jahr 1985 machte die Teuerung auf Produzentenebene nur 1,8 (1984: 1,7; 1983: 0,3) Prozent aus. Während die Nahrungsmittelpreise in den vergangenen zwölf Monaten um 3,5 Prozent stiegen, verbilligte sich Energie, darunter vor allem Heizöl und Erdgas. Von Januar bis November nahmen die Verbaucherpreise in den USA um 3,2 Prozent zu, gegenüber vier Prozent im Gesamtjahr 1984.

### Schleswig-Holstein-Anleihe

**Kiel** (VWD) – Das Land Schleswig-Holstein will Mitte Januar eine neue Anleihe über ein Bankenkonsortium unter Führung der Landesbank und Girozentrale Schleswig-Holstein auflegen. Volumen und die Ausstattung der Anleihe sollen Ende kommender Woche festgelegt werden. Die Anleihe kann in Teilbeträgen ab 100 Mark spesen- und börsenumsatzsteuerfrei bei allen Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken erworben werden.

### Neuer Generaldirektor

**Bonn** (rtr) – Neuer Airbus-Generaldirektor und damit zweiter Mann des europäischen Luftfahrt-Konsortiums soll der bisherige Manager der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) Heribert Flosdorff werden. Darauf haben sich nach Angaben aus Kreisen der deutschen Luftfahrtindustrie die Airbus-Konsorten Aerospatiale aus Frankreich, Deutsche Airbus, British Aerospace und Casa aus Spanien im Beisein des Airbus-Aufsichtsratsvorsitzenden, des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, geeinigt. Ein Bericht des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" darüber wurde damit von den Industriekreisen am Sonntag in München bestätigt.

### Informationsaustausch

**Peking** (dpa/VWD) – China möchte mit der Bundesrepublik auf Expertenebene einen engen Meinungs- und Informationsaustausch über Methoden der wirtschaftlichen Globalsteuerung und andere Probleme der wirtschaftlichen Strukturreformen in der Volksrepublik führen. Das regte Ministerpräsident Zhao Ziyang in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Bonner Sachverständigenrats, Prof. Hans K. Schneider, an. Wie Schneider am Wochenende nach der Begegnung mit Zhao mitteilte, bat ihn dieser auch um einen Bericht über Aufbau, Funktionsweise und Management von Kapitalgesellschaften aufgrund von deutschen Erfahrungen.

### Investitionshilfe der EG

**Brüssel** (dpa/VWD) – Die EG-Kommission hat der fischverarbeitenden Industrie der Europäischen Gemeinschaft Investitionshilfen von umgerechnet 34,76 Millionen DM aus dem EG-Agrarfonds gewährt, darunter 1,7 Millionen DM für sieben Vorhaben in der Bundesrepublik. Nach Angaben der Kommission handelt es sich dabei um die zweite Tranche der Gesamtausgaben des Haushaltsjahres 1985 in diesem Bereich. Sie betrugen insgesamt 54,47 Millionen DM, wovon 4,05 Millionen DM (7,4 Prozent) auf die Bundesrepublik entfielen. Weitaus größtes Empfängerland für die Gelder aus dem Agrarfonds war Italien mit 15 Millionen DM (27,5 Prozent), vor Irland mit 12,7 Millionen DM (23,3), Großbritannien mit 8,1 Millionen DM (14,8) und Dänemark mit 6,2 Millionen DM (11,4 Prozent).

### EG-Lastwagen auf Schiene

**Den Haag** (AFP) – Österreich hat die EG um Mitarbeit an einem kombinierten Transportsystem ersucht, mit dem Lastwagen bei der Durchfahrt durch das Land von Zügen transportiert werden sollen. Wie die Botschaft österreichs in Den Haag bekanntgab, hat der österreichische Verkehrsminister Ferdinand Lancina seine Mitte der Woche in Den Haag versammelten Amtskollegen aus EG-Ländern um Unterstützung der Bemühungen Wiens in dieser Richtung gebeten. Nach Angaben des Ministers leiden die östereichische Bevölkerung und die Umwelt durch die unaufhörliche Zunahme der Lastwagen auf dem Straßennetz des Landes, dessen Unterhaltungskosten enorm gestiegen sind, vor allem seit die Schweiz die Durchfahrt von Lastern über 28 Tonnen durch ihr Territorium verboten hat.

### Erdbebenhilfe für Mexiko

**Washington** (dpa) – Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat Mexkio rund 320 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, um die Devisenlage des hochverschuldeten Landes nach den beiden schweren Erdbeben im September 1985 zu erleichtern. Mexiko ist mit rund 96 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet.

### Streit um Fischfangquoten

**Tokio** (dpa/VWD) – Japans Forderungen nach erweiterten Fischereirechten im Nordpazifik stoßen sowohl in Moskau als auch in Washington auf taube Ohren. Mit der UdSSR handeln die Japaner alljährlich abwechselnd in Tokio und Moskau neue Fischfangquoten innerhalb der Sibirien vorgelagerten sowjetischen Zweihundertmeilenzone aus. Die Quoten für 1986 werden in Moskau festgelegt. Die Sowjets verlangen von den Japanern für Fänge von über 200 000 Jahrestonnen ein sogenanntes Kooperationsgeld in Höhe von zehn Milliarden Yen (etwa 122 Millionen Mark). Am 20. Januar wollen beide Seiten nach einer Unterbrechung weiterverhandeln.

WETTBEWERB

# SPD befürchtet Umkehr in der Ordnungspolitik

hg. Bonn

Eine Abkehr von bewährten ordnungspolitischen Grundsätzen in der Wettbewerbspolitik befürchtet der SPD-Abgeordnete Uwe Jens, Wirtschaftsexperte seiner Partei. Bedenken habe er vor allem bei Äußerungen aus dem Bundeskartellamt, „daß ein bißchen Konzentration ja nicht schadet". Jens wiederholte jetzt in Bonn seine Forderung nach einer schärferen Fusionskontrolle.

Dazu gehöre eine Herabsetzung der 25-Prozent-Schwelle, von der an ein Zusammenschlußvorhaben vom Kartellamt überhaupt erst geprüft werde, auf zehn Prozent. Außerdem sollte eine absolute Umsatzgrenze installiert werden, oberhalb derer Fusionen nicht mehr möglich seien, unabhängig von den Märkten, auf den die betreffenden Unternehmen tätig sind. Schließlich möchte Jens auch den Versicherungen, die kartellrechtlich ein Ausnahmebereich sind, mehr Wettbewerb verordnen.

Während Großunternehmen „nahezu vor dem Konkurs gefeit sind", sei das Risiko für kleine und mittlere Unternehmen außerordentlich groß, sagte Jens weiter. Um dieses Risiko zu vermindern, müsse für den Mittelstand mehr getan werden; so müsse dem Reorgansiationsverfahren bei der Konkursrechtsreform höchste Priorität zukommen.

Jens wiederholte in diesem Zusammenhang die alte mittelstandspolitische Forderung nach einer steuerstundenden Investitionsrücklage; außerdem müßten Eigenkapital und Fremdkapital steuerlich gleich behandelt werden. Darüber hinaus sei es erforderlich, die Beratungshilfen für Existenzgründer zu verbessern.

TOURISMUS / Konjunkturbarometer steht auch in diesem Jahr auf Schönwetter

# Der Urlauber wird heftiger umworben

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Für den Tourismus steht auch im Jahre 1986 das Konjunkturbarometer auf Schönwetter, wofür nicht zuletzt die insgesamt günstigen wirtschatlichen Perspektiven den Rahmen liefern. Kein Wunder, daß der deutsche Urlauber von allen Seiten heftig umworben wird. Die ausländischen Ferienregionen rechnen im kommenden Sommer mit mindestens fünf Prozent mehr deutschen Touristen als in 1985, meinte Claudio Bonvecchio, Präsident des Corps Touristique, bei der Eröffnung der CMT '86 in Stuttgart. Diese Internationale Ausstellung für Caravan, Motor und Touristik (11. bis 19. Januar), auf der sich 54 Länder und 150 Feriengebiete präsentieren, ist schon von der Terminierung her eine Art Pilotveranstaltung für die ganze Tourismusbranche.

Daß man hierzulande gewillt ist, sich nicht die Butter vom Brot nehmen zu lassen, machte der baden-württembergische Wirtschaftsminister Martin Herzog, der zugleich Präsident des Landesfremdenverkehrsverbandes im Südwesten ist, deutlich. Seiner Meinung nach kann der deutsche Fremdenverkehr vom zweifellos vorhandenen Trend zum Auslandsurlaub ebenfalls profitieren, wenn er sich verstärkt um ausländische Gäste bemühe. In den vergangenen Jahren hätten die Hochkonjunktur in den USA, der hohe Dollarkurs und die sinkenden Flugpreise auf der Nordatlantik-Route die Akquisition vor allem amerikanischer Gäste leichtgemacht.

Wolle man an die Erfolge anknüpfen, so seien zwei Voraussetzungen zu erfüllen: Die deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) müßte finanziell besser ausgestattet werden. Ferner müßten die deutschen Anbieter touristischer Leistungen und die deutschen Fremdenverkehrsorganisationen in Zusammenarbeit mit der DZT auf den ausländischen Märkten noch aktiver werden. Herzog ist zuversichtlich, daß die deutschen Feriengebiete ihren Anteil an den Urlaubsreisen der Deutschen durch ein verbessertes Marketing und den Aufbau eines modernen Vertriebs stabilisieren können. Er hält es aber auch für höchste Zeit, daß man zu einer gemeinsam getragenen Werbung für den Urlaub in Deutschland kommt.

Hatten in 1960 noch 69 Prozent der Bundesbürger bei ihren Haupturlaubsreisen ein Reiseziel im Inland gewählt, so schrumpfte dieser Anteil 1970 auf 46 Prozent und dürfte 1985 auf weniger als ein Drittel zurückgegangen sein. Dennoch hält Herzog Pessimismus für nicht angebracht. Denn schließlich ziehe es nicht nur die Deutschen im Urlaub ins Ausland. Auch außerhalb der Bundesrepublik gebe man immer mehr dem Auslandsurlaub den Vorzug.

AUTOMARKT

## Hersteller bieten günstige Kredite

VWD, Hamburg

Mit subventionierten Kreditangeboten bis hinunter zu 0,99 Prozent effektiver Jahreszins wetteifern derzeit – und verstärkt seit Jahresbeginn – Autohersteller und -importeure um Kunden. Daneben gibt es verkaufsfördernde Leasing-Angebote, die sich oft nur im Namen von Kauffinanzierungen unterscheiden. Einige Hersteller unterstützen mit Billigzinsen auch den Gebrauchtwagenverkauf ihrer Händler ohne Rücksicht auf die Marke, um die Gebrauchtwagenläger für die im Neuwagengeschäft des Frühjahrs durch Inzahlungnahme hereinkommenden Fahrzeuge zu entlasten. Der günstige Kredit wird meist nicht in Höhe des gesamten Kaufbetrages angeboten, sondern die Kunden müssen eine kräftige Anzahlung von bis zu 40 Prozent leisten.

Der Hersteller ersetzt der herstellerabhängigen oder – im Fall der meisten Importeure – unabhängigen Bank ihren Zinsverlust. Die Fiat Kredit Bank bietet Kredit zu 3,9 Prozent effektiver Jahreszins für Neu- oder Vorführwagen bis 36 Monate Laufzeit ohne Anzahlung an, bei 37 bis 46 Monaten Laufzeit mit 30 Prozent Anzahlung. Gebrauchtwagen vom Fiat-Händler werden bei bis zu 30monatiger Laufzeit und 25 Prozent Anzahlung ebenfalls zu 3,9 Prozent kreditiert. Bei VW/Audi hat die V. A. G. Kredit Bank nur für Scirocco-Modelle (außer 16-Ventiler) ein Sonderangebot zu 3,9 Prozent Effektivzins bei 30 Prozent Anzahlung und 12, 24 oder 36 Monaten Laufzeit. Die Renault Credit Bank finanziert Gebrauchtwagenkäufe bis 47 Monate zu 3,9 Prozent bei 25 Prozent Anzahlung.

Ford-Händler werben mit Ford-Credit-Bank-Darlehen für Gebrauchtwagen ohne Anzahlung zu 4,9 Prozent bis 47 Monate Laufzeit. Auch BMW fördert über die BMW Kredit Bank Gebrauchtwagenverkäufe mit einem Sonderzins von effektiv 3,9 Prozent p. a. bei 36, 42 oder 47 Monaten Laufzeit. Bei Vorführwagen werden 33, bei Gebrauchtwagen 25 Prozent Anzahlung verlangt. Opel bietet derzeit keine Sonderkonditionen. Die meisten Importeure ohne eigene Bank arbeiten mit der Absatzkreditbank (AKB), Hamburg, zusammen. Toyota bietet über die AKB einen Zins für Neuwagenkredite zu effektiv 3,33 Prozent bei 33 Prozent Anzahlung und 12, 24 oder 33 Monaten Laufzeit an.

GROSSBRITANNIEN / Lord Hanson erregt immer wieder durch seine aggressiven Übernahmeangebote Aufsehen

# Zigarettenkonzern Imperial das nächste Opfer

WILHELM FURLER, London

In Großbritannien steht ein Unternehmer im Blickpunkt der Öffentlichkeit, der sein Imperium mit einer aggressiven Übernahme-Strategie zusammengekauft hat: Lord Hanson (63), von Hanson Trust plc, Chef einer der größten Mischkonzerne Großbritanniens. In dem im vergangenen September zu Ende gegangenen Geschäftsjahr konnte Hanson den Gewinn vor Steuern um immerhin 50 Prozent auf 233 Mill. Pfund (knapp 920 Mill. DM) bei einer Umsatzsteigerung um zwölf Prozent auf 2,67 Mrd. Pfund (9,7 Mrd. DM) erhöhen.

Kurz vor Weihnachten wurde die Geschäftspolitik des Hauses unter Führung von Lord Hanson einmal mehr deutlich: Hanson Trust unterbreitete das bislang höchste Übernahmeangebot in der britischen Unternehmensgeschichte.

Für 1,9 Mrd. Pfund will der Industriekonzern, der dem Umsatz nach zu den 20 größten britischen Unternehmen zählt, den Zigaretten- und Brauereikonzern Imperial Group plc (John Player, Courage-Bier) übernehmen. Das sind gut 13 Mrd. DM. Das besondere an der Situation ist, daß Hanson den Imperial-Konzern zu einem Zeitpunkt schlucken will, als der selbst gerade den Versuch unternimmt, für 1,22 Mrd. Pfund United Biscuits, einen der größten Hersteller von Süßwaren und Partygebäck der Welt, zu übernehmen.

Imperial hat das Übernahmeangebot von Hanson Trust als völlig unzureichend und höchst unwillkommen zurückgewiesen. Doch das ficht Lord Hanson nicht an. Er hat schon so manche Übernahmeschlacht erfolgreich geschlagen, seit er 1948 mit weniger als 3 Mill. Dollar seine Unternehmer-Karriere begann. Das Geld stammte damals aus der Verstaatlichung des Fuhrunternehmens seines Vaters.

Seine großen Schachzüge in der jüngeren Vergangenheit schließen die Übernahme der United Drapery Stores und im Zusammenhang damit die Eröffnung der Warenhauskette Allders, die erste Neugründung einer Warenhaus-Unternehmung in Großbritannien nach 40 Jahren, ebenso ein wie den Aufkauf der Batterie-Gruppe Ever Ready im Jahre 1982 und die Übernahme des Ziegelei-Großunternehmens London Brick im vergangenen Jahr. Alle seine Übernahmen zog Hanson trotz erbitterten Widerstandes der gekauften Unternehmen durch. In der Londoner City gibt es nur ganz wenige, die ihr Geld für eine Hanson-Niederlage im Kampf um die Imperial Group verwetten würden.

Gegenwärtig führt der Mischkonzern auch in den USA ein Übernahmegefecht, nämlich um das New Yorker Chemie-, Schreibmaschinen- und Nähmaschinen-Unternehmen SCM, das Hanson für 930 Mill. Dollar (2,35 Mrd. DM) kaufen will.

Bereits jetzt liegt er mit einem Börsenwert von rund 3 Mrd. Pfund auf Platz zehn der entsprechenden Financial-Times-Tabelle. Broker-Schätzungen in London gehen davon aus, daß sein Vorsteuergewinn bis zum Geschäftsjahr 1987 auf 600 Mill. Pfund geklettert sein wird. Die Zahl der Aktionäre von Hanson Trust hat sich gegenüber dem Vorjahr von 55 000 auf 85 000 erhöht.

Die Geschäftsinteressen von Hanson Trust diesseits und jenseits des Atlantiks sind nahezu gleich verteilt. Der Vorsteuergewinn (vor Zinsen und außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 28,4 Mill. Pfund) stieg in Großbritannien von 121,1 auf 149,5 Mill. Pfund, in den USA von 102,7 auf 131,7 Mill. Pfund.

Das Großbritannien-Geschäft erstreckt sich von der Batterie-Herstellung für Verbraucher und Industrie (British Ever Ready ist die Nummer eins unter den Batterie-Produzenten des Landes) über Warenhausgeschäfte, Duty-free-Läden, Baumaschinen, Energie-bezogene Produkte und Tankstellen bis hin zum größten Geschäftszweig, Bauziegel und Baumaterial (London Brick).

In den USA liegen die Schwerpunkte in den Bereichen Beleuchtung, USI Lighting ist die drittgrößte Beleuchtungsfirma der Welt, Verbraucherprodukte, Textilien, Möbel und Büroausstattung, Öl- und Maschinenindustrie sowie Baumaterialien.

Für Hanson mit stellt die Imperial Group ein geradezu klassisches Übernahmeobjekt dar: Bestens mit Aktiva ausgestattet und in gute Märkte eingebettet.

FRANKREICH / Unternehmer zur Arbeitslosigkeit

# Kurieren an Symptomen

J. Sch. Paris

Die französische Regierung hat bisher weniger die Ursachen als die Folgen der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen versucht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des „Unternehmensinstituts", die unter der Leitung von IBM-France-Präsident Jacques Lemonnier erstellt worden ist. Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit könnte durch die Reform der Berufsausbildung „nach deutschem Vorbild" überwunden werden.

In dieser Beziehung sind die französischen Verhältnisse besonders kritisch: Von den 2,44 Millionen Arbeitslosen (September 1985) waren 0,97 Millionen oder 40 Prozent jünger als 25 Jahre. Demgegenüber erreicht die deutsche Jugendarbeitslosigkeit dank des dualistischen Ausbildungssystems (Lehrzeit/Berufsschule) nur 10 Prozent.

Das Haupthindernis für die Einstellung von Jugendlichen ist nach Ansicht des Instituts der für alle Alterskategorien und Berufsgruppen von der Regierung einheitlich festgesetzte garantierte Mindestlohn (Smic). Er müßte künftig – wie in der Bundesrepublik – in jedem Unternehmen, wenn nicht sogar in jedem einzelnen Betrieb entsprechende Ertragsentwicklung und der Kompetenz der Jugendlichen vertraglich vereinbart werden, während die strikten Entlassungsschutzbestimmungen entsprechend den EG-Regeln durch Sozialverträge abzulösen seien, heißt es in dem Bericht.

Das zweite große Sonderproblem ist die Dauer der Arbeitslosigkeit. Von allen französischen Erwerbslosen waren im letzten Jahr 42 Prozent länger als ein Jahr ohne Arbeit.

Das Institut wendet sich gegen die einheitliche Reduzierung der Arbeitszeit, die 1982 mit der 39-Stunden-Woche (statt 40 Stunden) bei vollem Lohnausgleich begonnen worden war. Und durch die soziale Behandlung (vorzeitige Pensionierung und so weiter) wurde das Arbeitslosenproblem nur in sehr kostspieliger Weise hinausgeschoben.

Daß der technische Fortschritt, das Wachstum der Bevölkerung, die angebliche Sättigung der Märkte und die Ölkrise für die Arbeitslosigkeit hauptverantwortlich seien, wird von dem Institut bestritten. Viel stärker schlagen die Starrheit des französischen Arbeitsmarktes und die hohen Lohnnebenkosten zu Buche.

MAILÄNDER BÖRSE / Im letzten Jahr ist der Kurszettel länger geworden – Ausländisches Interesse gestiegen

# Weiter aufwärts – aber mit vermindertem Tempo

GÜNTHER DEPAS, Mailand

An der Mailänder Wertpapierbörse wird damit gerechnet, daß der Aufwärtstrend auch im neuen Jahr anhalten wird. Experten erwarten, daß die im vergangenen Jahr erreichten Positionen überwiegend konsolidiert werden dürften, wobei eine weitere Zunahme von 20 bis 30 Prozent als wahrscheinlich gilt. 1985 stieg der Kurs-Index der Mailänder Börse um etwas über 100 Prozent.

Außer der Aktivität der seit Mitte 1984 zugelassenen italienischen Investmentfonds trug dazu vor allem auch das wiedererwachte Interesse ausländischer institutioneller Anleger bei. Grundlage für das während des ganzen Jahres andauernde Kauffieber waren die auf der ganzen Linie verbesserten Ertragsergebnisse der Unternehmen. Infolge gezielter Rationalisierungsmaßnahmen gelang es nicht nur den großen Konzernen, sondern auch der Mehrzahl der mittleren Börsengesellschaften, ihren Cashflow zu erhöhen und ihre Aktionäre mit entsprechenden Dividenden-Ausschüttungen zu bedienen.

Dank dieser Entwicklung konnten während des vergangenen Jahres mehr als 60 Kapitaloperationen erfolgreich abgewickelt werden, während eine Reihe von Gesellschaften erstmals zur Börsennotiz angemeldet wurden. Auf diese Weise kamen 6500 Mrd. Lire an frischen Aktien auf den Markt, 76 Prozent mehr als im Jahr vorher. Gleichzeitig wurde etwa ein Dutzend neuer Unternehmen zur Börsennotiz zugelassen.

Die lebhafte Emissionstätigkeit und die Kurszunahme auf breiter Front ließen die Börsenkapitalisierung innerhalb von zwölf Monaten von 49 800 auf beinahe 100 000 Mrd. Lire hochschnellen. Damit erreichte die Mailänder Börse, die in den Jahren vorher unter den europäischen Börsen eher ein Schattendasein fristete, erstmals ein der internationalen Position der italienischen Wirtschaft angemessenes Volumen.

Im laufenden Jahr erwarten Börsenexperten eine weiter nach oben gerichtete Kurs- und Umsatzentwicklung, wenn auch nicht mehr mit den gleichen Steigerungsraten wie im vorigen Jahr. Übereinstimmung herrscht darüber, daß die Geschäftstätigkeit noch stärker als in den letzten Monaten des vergangenen Jahres durch eine ausgeprägte Selektivität gekennzeichnet sein wird. Börsenrenner werden diesen Erwartungen zufolge nur Unternehmen, die eine solide Ertragsbasis aufweisen. Diese Voraussetzungen erfüllen vor allem die großen Industrieunternehmen, die allgemein eine weitere Ertragszunahme erwarten.

Dazu gehören nicht zuletzt der Fiat-Konzern und das Informatik-Unternehmen Olivetti, die 1985 zusammen mehr als 50 Prozent der 2643 Mrd. Lire verdient haben, die sämtliche italienischen Börsengesellschaften 1984 als Gewinn auswiesen.

Den allgemeinen Erwartungen zufolge werden starke Impulse auch im laufenden Jahr von den in- und ausländischen Investment- und Rentenfonds ausgehen. Bezeichnend ist hierbei, daß im Ausland erstmals Investmentfonds entstehen, die in italienischen Aktien anlegen.

Dieser Trend zur Aktie stützt sich nicht nur auf die weiter positive Ertragsentwicklung der italienischen Wirtschaft, sondern auch auf die im Gange befindliche Verbesserung der technischen Institutionen der Börse. Als sehr effektiv erweist sich die amtliche Börsenaufsichtskommission. Sie hat damit demonstriert, daß sie zur Transparenz und zum ordnungsgemäßen Funktionieren des Marktes jetzt immer besser beitragen kann.

Korrekturen zeichnen sich auch bei der größten Schwäche der Mailänder Börse ab, ihrer Marktenge mit nur 150 notierten Titeln. Zur Stunde sind es bereits über ein Dutzend Gesellschaften, die eine Börsennotiz planen, beziehungsweise Antrag dazu gestellt haben. Mehr als 30 bereits notierte Unternehmen haben Kapitalaufstockungen beschlossen.

RENTENMARKT / Leichter Zinsrückgang

# Der Trend ist nicht klar

Der Rentenmarkt macht seit einigen Tagen einen etwas richtungslosen Eindruck. Zinssenkende Einflüsse, die von Auslandskäufen (Spekulation auf eine D-Mark-Aufwertung im EWS) ausgehen, wechselten sich in der letzten Woche mit der Ausstahlung des Wiederanstiegs der Zinsen in den USA ab. Per Saldo sind die deutschen Kapitalmarktzinsen zwar geringfügig gesunken, aber die bis zum Mittwoch aufgelaufenen Kursgewinne haben sich später nicht ganz behauptet. Zeitweilig wurde auf eine Senkung von Diskont- und Lombardsatz spekuliert, was ebenso unfundiert ist wie die Mark-Aufwertungsspekulation. (cd.)

| Emissionen | 10.1. 86 | 3.1. 86 | 30.12. 85 | 28.12. 84 | 30.12. 83 |
|---|---|---|---|---|---|
| Anleihen von Bund, Bahn und Post | 5,83 | 5,89 | 5,91 | 6,58 | 7,88 |
| Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände | 6,19 | 6,22 | 6,24 | 6,72 | 7,72 |
| Schuldverschreibungen von Sonderinstituten | 5,93 | 5,97 | 5,99 | 6,56 | 7,83 |
| Schuldverschreibungen der Industrie | 6,30 | 6,33 | 6,31 | 6,94 | 8,29 |
| Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften | 5,98 | 6,03 | 6,04 | 6,65 | 7,90 |
| Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit | 5,55 | 5,62 | 5,64 | 6,34 | 7,64 |
| Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit | 6,70 | 6,72 | 6,73 | 7,14 | 7,30 |
| Inländische Emittenten insgesamt | 5,97 | 6,02 | 6,03 | 6,64 | 7,89 |
| DM-Auslandsanleihen | 6,75 | 6,78 | 6,82 | 7,20 | 8,08 |

Dr. Andreas W. Dreyhaupt

* 30. Juni 1945 † 28. Dezember 1985

Ein Leben voller Hilfsbereitschaft ist zu Ende gegangen. Sein Leben war Güte und Kampf.

Wir trauern um ihn in Liebe.

Lena Dreyhaupt
geb. Åström
502 Park Avenue
New York, N. Y. 10022, USA

Dr. med. Günther Dreyhaupt
und Frau Margarete
Strombergstraße 10
7030 Böblingen

Die Beisetzung erfolgte im engsten Familienkreis.

Ein Gedenkgottesdienst findet am Samstag, dem 25. Januar 1986, um 11.30 Uhr in der Heiliggeistkirche in Frankfurt am Main, Dominikanergasse 5–7, statt.

Es wäre im Sinne des Verstorbenen, wenn die Med. Universitäts-Poliklinik Heidelberg, Professor Dr. W. Hunstein, in Verbindung mit Beileidsbekundungen unterstützt würde.

(Sonderkonto „Forschungsprojekt Knochenmark-Transplantation", Konto-Nr. 020 6519 002 bei der Citibank AG, BLZ 502 109 00, Frankfurt am Main.)

Der Tod ist groß.
Wir sind die Seinen
lachenden Munds.
Wenn wir uns mitten im Leben meinen,
wagt er zu weinen
mitten in uns.
Rilke

Dr. rer. pol.
Karl-Ernst Hasenkämper

Wirtschaftsprüfer
* 3. 8. 1929 Velbert † 4. 1. 1986 Mössingen

Dr. Inge Hasenkämper
Helga Kittelberger geb. Hasenkämper und
Dr. Gerhard Kittelberger mit
Antje, Katrin und Mareike
Curt Schmitt

7406 Mössingen, Albblickstraße 5
7404 Ofterdingen, Heimgartenstraße 3

Die Trauerfeier zur Einäscherung sowie die Urnenbeisetzung finden im engsten Familienkreis in Reutlingen und Velbert statt.

LANDWIRTSCHAFT / Bauernverband: Agrarpreise in der Europäischen Gemeinschaft real um zwei Prozent anheben

# „Stimmung auf den Höfen hat Nullpunkt erreicht"

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Zielvorstellungen der Landwirte in der Europäischen Gemeinschaft liegen auf dem Tisch. Wenn die EG-Kommission Ende Januar/ Anfang Februar ihre Ankündigung wahrmacht und eine Senkung der Getreidepreise vornimmt, werden zumindest die Bauern in der Bundesrepublik zum Sturm blasen. Dies kündigte der Präsident des Niedersächsischen Landvolks, Friedrich Rode, in Hannover an.

Die deutschen Bauern fordern für 1986 eine Erhöhung der Preise um real zwei Prozent. Diese Zahl, so Rode, gelte nicht für alle Länder. Ihm seien Forderungen bekannt, die bis zu 4,5 Prozent reichten. Ob sich die Vorstellungen für alle Produkte realisieren lassen, sei zumindest zweifelhaft, meinte Rode. EG-Kommissar Andriessen habe erkennen lassen, daß die Getreidepreise über den Währungsausgleich verringert werden sollen. Davon wären die deutsche und die niederländische Landwirtschaft betroffen. Ohne Frage wäre dann die Bundesregierung gefordert, um für einen Ausgleich zu sorgen.

Neben den Preisproblemen sind nach den Worten Rodes auch die fehlenden agrarpolitischen Perspektiven der Grund, warum „die Stimmung auf den Höfen den Nullpunkt erreicht" habe. Die Bauern seien zu sinnvollen Opfern bereit; sie erwarteten jedoch erkennbare Tendenzen, daß es in absehbarer Zeit wieder aufwärts gehe. Die zweifellos vorhandenen Markt- und Mengenprobleme dürften nicht allein auf dem Rücken der Bauern gelöst werden.

Nach Berechnungen des Bauernverbandes würde eine zehnprozentige Preissenkung den deutschen Landwirten Einkommensverluste von rund 4,5 Mrd. DM bescheren. Der dann erforderlich werdende Ausgleich sei eine „unnütze und gigantische Geldausgabe". Vernünftiger und billiger sei eine Reduzierung der Mengen, um wieder Spielraum für eine aktive Preispolitik zu erhalten. Schließlich, so Rode, sei auch den Verbrauchern, die jahrelang vom Preisverfall der Agrarprodukte profitiert hätten, eine mäßige Preiserhöhung zuzumuten.

Die Wiederherstellung des Marktgleichgewichts werde ohne weitere administrative Eingriffe kaum zu lösen sein. Allerdings seien Quotenregelungen wie bei der Milch, bei Getreide nicht praktikabel. Um die Getreideüberschüsse abzubauen, schlägt Rode eine stärkere Verfütterung, den Einsatz von Getreide als nachwachsende Rohstoffe und schließlich die Herausnahme von Getreideflächen aus der Produktion vor. Alle Maßnahmen müßten jedoch EG-weit regional gleichwertig und freiwillig erfolgen.

Die Europäische Gemeinschaft sollte sich auf ein durch eine Verordnung festgelegtes Programm „Nachwachsende Rohstoffe und Bio-Energie" verständigen. Dieses Programm sollte vorerst für zehn Jahre mit jährlich 5 bis 6 Mrd. DM ausgestattet werden. Die Mittel sollten sowohl zur Verbilligung des Getreides als auch für Forschungsarbeiten verwendet werden. An die Bundes- und Landesregierungen appellierte Rode, der einheimischen Landwirtschaft und der Industrie im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe eine günstige Ausgangsposition zu verschaffen. Hierzu gehöre der Einstieg in die Ethanol-Produktion und ein verstärktes Engagement bei der Stärkeherstellung.

Mit irreparablen Schäden für die niedersächsische Landwirtschaft müsse gerechnet werden, wenn die Bundes- und Landesregierung nicht umgehend Maßnahmen für finanzielle Stärkung der Betriebe ergreifen. Der Eigenkapitalverlust der bäuerlichen Betriebe gehe kontinuierlich weiter. Unter anderem forderte Rode die Schaffung eines Vorruhestandsprogramms für ältere Landwirte.

## BÜCHER DER WIRTSCHAFT

**Ernst Schmacke, Alfred Weber (Hrsg.): Schlüssel zur modernen Wirtschaft: Begriffe, Funktionen, Zusammenhänge, Econ Verlag GmbH, Düsseldorf und Wien 1985, 335 S., 12,80 Mark.**

Das Buch will die Scheu vor der Welt der Wirtschaft nehmen und ein solides Basiswissen vermitteln. Die Aufteilung in Lektionen kommt diesem Ziel entgegen. Bekannte deutsche Wirtschaftsjournalisten bearbeiten die grundlegendsten Fragen der Ökonomie: Geld, Markt, Wettbewerb, internationaler Handel, Banken und Börsen. Die Sprache ist einfach und verständlich, so daß insbesondere der Laie – angesprochen sind vor allem jüngere Menschen – Chancen und Probleme der modernen Industriegesellschaft besser in den Griff bekommt.

**Foto, Film: Märkte, Informationen für die Werbeplanung, Axel Springer Verlag AG, Marketing Anzeigen, Berlin 1985, 102 S., 75 Mark.**

Der deutsche Amateurfotomarkt steckt in einer Krise. Der Umsatz schrumpfte von 5 Mrd. DM im Rekordjahr 1980 auf 4,3 Mrd. DM 1984. Damit scheint aber die Talsohle erreicht zu sein. Die Hersteller haben die Bedrohung erkannt und diversifizieren in Richtung auf Produkte für professionelle und industrielle Anwender. Die Analyse bringt Daten zur Lage der Branche, untersucht Produkte, Dienstleistungen, Nachfrage, Vertriebswege und Werbung. Firmeninformationen runden die Analyse ab – interessante Fakten für einen Werbemarkt von über 80 Mill. Mark.

**Hartmut Sommer (Hrsg.): Aus- und Fortbildung: Zeit und Geld, Expert-Verlag, Sindelfingen 1985, 180 S., 34,80 Mark.**

In der Kalkulation eines Unternehmens oder einer Institution sind die Aufwendungen für Aus- und Fortbildung ein fester Posten. Während aber bei anderen Investitionen strenge Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsmaßstäbe angelegt werden, wird bei Ausbildungsmaßnahmen oft noch nach dem Daumenmaß gepeilt. Gerade die Schwierigkeit, den Nutzen von Aus- und Fortbildung durchsichtig und bewertbar zu machen, ermöglicht es einer Reihe von Lehrveranstaltern, unrealistische Angebote und Lernmethoden zu verkaufen. Das Buch gibt brauchbare Hilfestellung bei der nüchternen Ermittlung von Nutzen und Kosten einer Ausbildungsmaßnahme.

**Koezkas, Betriebspsychologisches Taschenbuch, Sauer-Verlag Heidelberg, 183 Seiten, 29 Mark.**

Jede Führungskraft muß vielfältigen psychologischen Anforderungen genügen, um die Aufgaben im Betriebsalltag optimal zu erfüllen. Von der Auslese der Mitarbeiter über die Gruppenpflege bis zur richtigen Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der Beseitigung von Arbeitshemmnissen, der Beseitigung von Spannungsfeldern treten täglich Probleme an den Vorgesetzten heran, die nur bei Kenntnis der grundlegenden psychologischen Faktoren gelöst werden können. Hervorzuheben ist, daß die Autorin bewußt auf Psychologenterminologie verzichtet.

## NAMEN

**Wolfgang Barke**, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes (ZDB), wird am 14. Januar 60 Jahre alt.

**Gustav Knippschild**, Chef der Firmen Gustav Knippschild KG, Sprockhövel, und Gustav Knippschild KG, Rinteln, vollendet am 14. Januar sein 75. Lebensjahr.

**Peter H. Meyer** (35), zuletzt Marketingleiter der Mustering International Josef Höner GmbH & Co. KG, Rheda-Wiedenbrück, ist zum kaufmännischen Geschäftsführer der Duropal-Werk Eberh. Wrede GmbH & Co. KG, Arnsberg, berufen worden.

**Geerd Stünkel**, im Vorstand der Norddeutschen Genossenschaftsbank AG zuständig für den Niederlassungsbereich Oldenburg, ist Ende 1985 in den Ruhestand getreten. Zu seinem Nachfolger ist Dr. **Christopher Pleister** berufen worden.

Zum Produktionsleiter ihres Reifenwerkes Philippsburg hat die Deutsche Goodyear GmbH, Köln, **Theo W. Famulok**, der zuletzt als Manager Technical Service in Philippsburg verantwortlich war, ernannt.

**Hans Schmitz**, Ehrenpräsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), verstarb am 8. Januar im Alter von 89 Jahren.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

### Verhandlungen

**Bonn** (DW.) – Gespräche über eine mögliche Zusammenarbeit auf den Gebieten Elektronik und Telekommunikation haben zwischen der Nixdorf Computer AG, Paderborn, und der Robert Bosch GmbH, Stuttgart, stattgefunden. Dies bestätigte Heinz Nixdorf, Gründer und Vorstandsvorsitzender des Paderborner Unternehmens, gegenüber der International Herald Tribune, Paris, mit dem Hinweis, daß keinesfalls an eine Beteiligung von Bosch an seinem Unternehmen gedacht sei. Die vor einigen Monaten erfolgten „informellen Treffen" mit Marcus Bierich, dem Vorsitzenden der Bosch-Geschäftsführung, seien seitdem nicht mehr fortgesetzt worden. Eine Wiederaufnahme der Gespräche mit der Stuttgarter Firma oder anderen interessierten Unternehmen aus Europa, den USA und Japan über mögliche Joint Ventures wollte Nixdorf nicht ausschließen.

### Kapitalerhöhung

**Berlin** (VWD) – Vom 16. bis 29. Januar 1986 wird die Kapitalerhöhung der Berliner Elektro-Beteiligung AG, Berlin, um 1 Mill. auf 11 Mill. DM vorgenommen. Sie dient der Finanzierung von zwei Beteiligungskäufen. Den Aktionären werden die jungen Aktien im Verhältnis 10 zu 1 angeboten. Der Bezugspreis je 50-DM-Stamm- oder Vorzugsaktie beträgt 230 DM. Die jungen Aktien sind für 1986 dividendenberechtigt. Die Plazierung haben die Deutsche Bank AG, Frankfurt, und die Deutsche Bank Berlin AG, Berlin, übernommen. Für 1985 will das Unternehmen eine Dividende von 12,50 DM je Vorzugs- und von 11,50 DM je Stammaktie ausschütten. Den Angaben zufolge hat der Umsatz der Beteiligungsgesellschaft 1985 um etwa 20 Prozent auf rund 35 Mill. DM zugenommen. Der Bezugsrechtshandel wird über den geregelten Freiverkehr an den Börsen von Berlin und Hannover erfolgen. Die erste Preisfestsetzung der jungen Aktien soll am 31. Januar 1986 erfolgen.

### Boom bei Hypotheken

**Hamburg** (rtr) - Die zur Dresdner Bank AG gehörende Norddeutsche Hypotheken- und Wechselbank AG (Nordhypo) hat 1985 ihr bisher bestes Ergebnis im Hypothekengeschäft verzeichnet. Die Zusagen seien gegenüber dem Vorjahr um 57 Prozent auf 445 (248) Mill. DM gestiegen. Die aufgenommenen Mittel seien bei der anhaltend schlechten Baukonjunktur hauptsächlich zur Modernisierung, Instandsetzung und Umschuldung eingesetzt worden. Insgesamt hätten sich die Abschlüsse bei den Realkrediten im vergangenen Jahr auf 545 (521) Mill. DM erhöht.

### Huber zur Reh-Gruppe

**Trier** (Nea.) – Adolf Huber, der im Oktober überraschend ausgeschiedene geschäftsführende Gesellschafter der Pieroth-Gruppe, Burg Layen, übernimmt am 15. Februar die Funktion eines Generalbevollmächtigten bei der Trierer Firmengruppe des Weinkaufmanns Günther Reh. Reh hat sich in den letzten Jahren auf unterschiedlichen Feldern erfolgreich betätigt, zum Beispiel bei der Saar-Sektkellerei Faber, dem Marktführer auf dem Gebiet der preiswerten Sekte, oder dem von der Gründerfamilie erworbenen Spitzenweingut Reichsgraf von Kesselstatt. In der Branche wird der Eintritt von Huber, der vor Jahren auch bei der Rosenthal-Gruppe tätig war, mit neuen Expansionsplänen der Reh-Gruppe auf dem deutschen und ausländischen Weinmarkt in Verbindung gebracht.

## Wochenschlußkurse

### New York

| | 10.1. | 3.1. |
|---|---|---|
| Adv. Micro Dev. | 27 | 28,75 |
| Aetna Life | 52,75 | 53 |
| Alcan Aluminium | 29,25 | 29 |
| Alcoa | 38,75 | 38,125 |
| Allied Chemical | 46 | 46,875 |
| AMR Corp. | 40 | 40 |
| Amax | 14,125 | 13,5 |
| Am. Cyanamid | 55 | 57,25 |
| Am. Express | 51,25 | 53 |
| Am. Motors | 2,875 | 2,875 |
| Am. Tel. & Telegr. | 23,75 | 24,75 |
| Amoco Corp. | 62 | 63,5 |
| Asarco | 19,75 | 18,75 |
| Atlantic Richfield | 61,875 | 64 |
| Avon Products | 26,875 | 27,375 |
| Bally | 17,625 | 16,5 |
| Bk. of America | 14,5 | 15,75 |
| Bethlehem Steel | 15,25 | 15,625 |
| Black & Decker | 20,25 | 21,125 |
| Boeing | 48 | 53,25 |
| Brunswick | 45,625 | 44,875 |
| Burroughs | 62,75 | 63,375 |
| Caterpillar | 41,125 | 41,5 |
| CBS | 115,25 | – |
| Celanese | 144,75 | 151,25 |
| Chase Manhattan | 73 | 73,125 |
| Chrysler | 42,5 | 46,125 |
| Chicorp | 51,75 | 50,375 |
| Clorox | 45,625 | 47,25 |
| Coca-Cola | 81,375 | 83,5 |
| Colgate | 31,25 | 31,875 |
| Commodore | 9,75 | 10,875 |
| Comwth. Edison | 29,25 | 29,625 |
| Comm. Satellite | 35,375 | 34,75 |
| Control Data | 21,25 | 21,375 |
| CPC Int. | 48,75 | 51,375 |
| Curtiss Wright | 44 | 45,625 |
| Deere | 27,75 | 28,75 |
| Delta Airlines | 39,125 | 38,5 |
| Digital Equipm. | 134,25 | 132,5 |
| Dow Chemical | 40,75 | 40,625 |
| Du Pont | 63,625 | 66,75 |
| Eastern Gas-Fuel | 24,25 | 24,5 |
| Eastman Kodak | 46,625 | 51,125 |
| Exxon | 54 | 55 |
| Firestone | 22 | 23,125 |
| Fluor | 15 | 15,625 |
| Ford | 55,625 | 57,125 |
| Foster Wheeler | 12,375 | 12,75 |
| Fruehauf | 24,5 | 25,25 |
| GAF Corp. | 51,75 | 55,375 |
| General Dynamics | 65,75 | 70,75 |
| General Electric | 69,75 | 71,75 |
| General Instr. | 16,25 | 17,125 |
| General Motors | 70,25 | 71,625 |
| Gen. T. & E. | 47,625 | 45,625 |
| Global Nat. Res. | 3,625 | 3,625 |
| Goodrich | 33,375 | 32,625 |
| Goodyeartire | 30 | 30,875 |
| Grace | 51,625 | 47,25 |
| Halliburton | 27 | 27,5 |
| Heinz | 30,5 | 31,5 |
| Hewlett Packard | 36,125 | 36,875 |
| Homestake | 25,875 | 25,375 |
| Honeywell | 72 | 72,625 |
| IBM | 148,375 | 154,375 |
| Int. Tel. & Tel. | 37,75 | 38,125 |
| Int. Harvester | 8,5 | 8,375 |
| Int. Paper | 49 | 50 |
| Int. North. Inc. | 45,125 | 46,25 |
| Jim Walter | 42,75 | 42,75 |
| Litton Industries | 80,5 | 84 |
| Lockheed Corp. | 47 | 49,25 |
| Loew's Corp. | 54,25 | 54,75 |
| Lone Star | 30,125 | 31,125 |
| Louisiana Land | 32,125 | 31,625 |
| LTV Corp. | 6,625 | 7,375 |
| Mc Dermott | 17,5 | 22,5 |
| Mc Donnel Doug. | 75,25 | 78,375 |
| Merck & Co. | 135,5 | 140,5 |
| Merrill Lynch | 37,125 | 34,75 |
| Mesa Petroleum | 2,75 | 3 |
| MGM (Film) | 21 | 22,625 |
| Minnesota M. | 88,375 | 88,5 |
| Mobil Oil | 32 | 30,25 |
| Monsanto | 45,5 | 47 |
| Morgan J.P. | 63 | 63,75 |
| Nat. Semiconductor | 12,5 | 13 |
| NCR | 38,875 | 39,75 |
| Newmont | 49,5 | 47,375 |
| PanAm World | 8 | 7,625 |
| Pantry Pride | 9,625 | – |
| Pfizer | 49 | 50,375 |
| Phibro | 42 | 43,75 |
| Philip Morris | 92,25 | 89,125 |
| Phillips Petroleum | 12,5 | 12,125 |
| Pittston | 12,625 | 12,375 |
| Polaroid | 48,25 | 43,125 |
| Prime Computer | 21,375 | 22 |
| Procter & Gamble | 65 | 69,75 |
| RCA | 62,75 | 61,5 |
| Reynolds Ind. | 31,5 | 31,75 |
| Rockwell Int. | 34,875 | 36,75 |
| Rorer Group | 36,625 | 36,5 |
| Schlumberger | 36,875 | 36,25 |
| Sears, Roebuck | 37 | 38,375 |
| Singer | 40 | 41,875 |
| Sperry Corp. | 50 | 53,5 |
| Stand. Oil Calif. | 37,5 | 37,875 |
| Storage Techn. | 2,75 | 1,875 |
| Tandy | 38,25 | 41 |
| Teledyne | 317 | 340 |
| Telex Corp. | 58,5 | 59,25 |
| Tesoro | 9,5 | 10 |
| Texaco | 30,125 | 31 |
| Texas Instrum. | 103,5 | 106,625 |
| Tosco | 3,625 | 3,875 |
| Trans World Corp. | 36,5 | 39,25 |
| Transamerica | 32,375 | 33,75 |
| Travellers | 45,5 | 47 |
| UAL | 46,25 | 48,75 |
| Ucal Corp. | 16,125 | 17,75 |
| Union Carbide | 74,125 | 75,375 |
| Union Oil of Calif. | 27,75 | 27,875 |
| US Gypsum | 45,5 | 50,375 |
| US Steel | 25,625 | 26,5 |
| United Technologies | 45,875 | 45,125 |
| Walt Disney | 114,25 | 113,5 |
| Warner Comm. | 38 | 38,75 |
| Westinghouse El. | 42,625 | 44,5 |
| Weyerhaeuser | 30,375 | 30,875 |
| Whittaker | 21,75 | 20,375 |
| Woolworth | 59,625 | 59 |
| Xerox | 57,875 | 59,5 |
| Zenith Radio | 19 | 19,75 |
| Dow Jones Index | 1513,53 | 1549,20 |
| Stand. & Poors | 205,96 | 210,88 |

### Toronto

| | 10.1. | 3.1. |
|---|---|---|
| Abitibi-Price | 15,625 | 16 |
| Alcan Alu. | 40,625 | 40,625 |
| Bk. of Montreal | 33 | 33,625 |
| Bk. of Nova Scotia | 13,25 | 14,125 |
| Bell Cda Enterprises | 39,5 | 41,625 |
| Bluesky Oil | 3,3 | 3,35 |
| Bow Valley Ind. | 15,75 | 13,75 |
| Brenda Mines | – | – |
| Brunswick M & Sm. | 13,25 | 13 |
| Cda. Imperial Bk. | 41 | 42,25 |
| Cda. Pacific Ltd. | 17,875 | 18,875 |
| Cominco | 12,25 | 11,625 |
| Coseka Res. | 2,4 | 2,5 |
| Denison Mines | 14,625 | 15,5 |
| Dome Petroleum | 3 | 3,1 |
| Domtar | 22,125 | 22,875 |
| Falconbridge Ltd. | 20,625 | 20,125 |
| Great Lakes Forest | 18,5 | 19,5 |
| Gulf Canada | 20,625 | 20,875 |
| Gulfstream Res. | 0,95 | 1,01 |
| Hiram Walker Res. | 30,5 | 32 |
| Hudson Bay Mng. Sp. | 7,25 | 6,75 |
| Husky Oil | 10 | 10,5 |
| Imperial Oil -A- | 49,25 | 51,5 |
| Inco | 18,625 | 18,375 |
| Inter City Gas Ltd | 16,125 | 16,5 |
| Interprov. Pipeline | 42,375 | 42,375 |
| Kerr Addison | 16,625 | – |
| Lac Minerals | 38 | 36,625 |
| Massey Ferguson | 2,91 | 3 |
| Moore Corp | 26,75 | 27,75 |
| Noranda Mines | 16 | 15,5 |
| Norcen Energy Res. | 16,125 | 16,5 |
| Northgate Expl. | 4,8 | 4,9 |
| Northern Telecom. | 45,25 | 46,75 |
| Nova An Alberta 'A' | 7 | 7,25 |
| Nu West Group | 0,39 | 0,42 |
| Oakwood Petrol | – | 8 |
| Placer Development | 24,125 | 23,625 |
| Provigo Inc. | 15,5 | 16,25 |
| Ranger Oil | 4,8 | 4,95 |
| Revenue Properties | 2 | 2,05 |
| Rio Algom | 22,75 | 22,25 |
| Royal Bk. of Can. | 32 | 33,675 |
| Seagram | 63,5 | 65,75 |
| Shell Canada | 22,875 | 22,625 |
| Sherritt Gordon | 7,875 | 7,75 |
| Stelco -A- | 23,375 | 22,75 |
| TransCda. PipeLines | 20,5 | 21,5 |
| Westcoast Transm. | 17,125 | 18 |
| Index: TSE 300 | 2817,60 | 2881,40 |

### Tokio

| | 10.1. | 4.1. |
|---|---|---|
| Alps. | 1690 | 1740 |
| Bank of Tokyo | 745 | 760 |
| Banyu Pharma | 710 | 686 |
| Bridgestone Tire | 517 | 524 |
| Canon | 1100 | 1130 |
| Daikin Kogyo | 619 | 638 |
| Daiwa House | 908 | 900 |
| Daiwa Sec. | 755 | 775 |
| Eisai | 1340 | 1530 |
| Fuji Bank | 1530 | 1550 |
| Fuji Photo | 1960 | 2040 |
| Fuji Radio | 590 | – |
| Hitachi | 742 | 777 |
| Honda | 1190 | 1190 |
| Ikegai Iron | 352 | 350 |
| Isetan | 705 | 780 |
| Ito Yokado | 3020 | 3060 |
| Japan Air | 9230 | 9440 |
| Japan Met. | 350 | 345 |
| Japan Syn. Rubber | 425 | 412 |
| Kajima | 489 | 476 |
| Kansai Elec.P | 1990 | 2140 |
| Kao Soap | 995 | 1020 |
| Kawasaki H | 165 | 164 |
| Kawasaki S | 135 | 136 |
| Kirin Brewery | 757 | 727 |
| Komatsu | 510 | 524 |
| Kubota Iron | 352 | 362 |
| Kyocera | 4150 | 4550 |
| Makita El. | 976 | 985 |
| Marui | 1690 | 1550 |
| Matsushita El. Ind. | 1240 | 1280 |
| Matsushita El. Wks. | 865 | 860 |
| Mitsubishi CP | 598 | 535 |
| Mitsubishi El. | 348 | 343 |
| Mitsubishi Estate | 1110 | 1180 |
| Mitsubishi Heavy I. | 363 | 380 |
| Mitsui Co. Ltd | 420 | 434 |
| Mitsukoshi | 615 | 675 |
| Mitsumi El | 820 | 875 |
| Nichicon | 760 | 851 |
| Nihon Cement | 344 | 361 |
| Nikko Sec. | 690 | 725 |
| Nippon El | 1260 | 1320 |
| Nippon Kokan | 131 | 133 |
| Nippon Oil | 815 | 855 |
| Nippon St. | 154 | 153 |
| Nippon Yusen | 310 | 318 |
| Nissan Motor | 572 | 575 |
| Nomura Sec. | 1040 | 1070 |
| Olympus | 995 | 1010 |
| Penta-Ocean | 360 | 549 |
| Pioneer | 1680 | 1740 |
| Renown | 718 | 722 |
| Ricoh | 1000 | 1070 |
| Sankyo | 1110 | 1080 |
| Seiyu Stores | 1080 | 799 |
| Sekisui Pref. | 845 | 850 |
| Sharp | 894 | 917 |
| Shiseido | 1390 | 1430 |
| Sony | 4000 | 4120 |
| Sumitomo Bank | 760 | 1700 |
| Taisei Corp. | 317 | 322 |
| Taisho Marine | 518 | 540 |
| Takeda Chem. | 985 | 1050 |
| Teijin | 481 | 495 |
| Tokyo Elec. | 1200 | 1290 |
| Tokyo Gas | 282 | 307 |
| Tokio Marine | 880 | 910 |
| Tokyo El. Power | 2720 | 2900 |
| Toray Ind. | 510 | 521 |
| Toshiba Elec. | 368 | 370 |
| Toto | 855 | 1050 |
| Toyo Kogyo | 393 | 401 |
| Toyota Motor | 1250 | 1240 |
| Yamaichi | 695 | 750 |
| Yamanouchi | 3150 | 3020 |
| Yamaha | 646 | 644 |
| Yamazaki | 790 | 850 |
| Index | 1029,90 | 1049,15 |

Spielfilm-Trilogie aus Sri Lanka: „Dorf im Wandel"

# Ferne Familien-Saga

Selten bietet sich für Filmemacher aus Sri Lanka die Möglichkeit, international bekannt zu werden. Erschwerend ist dabei, daß Nachbarländer wie Indien oder Hongkong massenweise billige Produktionen auf den Markt bringen und zudem die technischen Voraussetzungen in Sri Lanka schwer konkurrenzfähig sind.

Trotzdem schaffen Filmemacher wie Peries oder Jayatilake es immer wieder, international auf sich aufmerksam zu machen. 1982 sendete die ARD drei Filme von Peries. In diesem Jahr hat der Zuschauer das Glück, sich an einer Trilogie „Dorf im Wandel" (Gamperaliya) dieses Filmemachers zu erfreuen.

Der erste Teil der Trilogie, „Die schöne Nanda" erzählt vom Schicksal der schönen Tochter eines Großgrundbesitzers in einem Dorf auf Sri Lanka, dem früheren Ceylon. Diese Episode endet damit, daß Nanda (Punya Heendeniya) – nach dem Tod ihres ersten Ehemannes Jinadasa (Gamini Fonseka) – eine zweite Ehe eingeht mit Piyal (Henry Jayasena), ihrem Hauslehrer, in den sie schon früher verliebt gewesen ist.

Der erste und auch der zweite Teil spielen zur Zeit der englischen Kolonialherrschaft. Bemerkenswert ist, daß zwischen den Dreharbeiten zum ersten und denen zum zweiten Teil 17 Jahre lagen, die hauptdarstellerische Besetzung aber gleich blieb. Der zweite Teil, „Der Rebell" (Kaliyugaya), enthält Rückblenden als variierte Sequenzen des ersten Teils. Die bunten und stillen Szenen des ersten Teils weichen nach und nach den sachlicheren, wie sie vom Regisseur eindrucksvoll im zweiten Teil inszeniert wurden.

Hier wird Nanda als selbstzufriedene Frau dargestellt, die mit Piyal, dem jetzt einflußreichen Geschäftsmann, verheiratet ist. Beide führen ein Leben, das ihnen eigentlich fremd ist, orientiert an dem Vorbild der britischen Kolonialherren. Die vorherrschende Sprache in der Familie ist nicht mehr die Muttersprache, sondern Englisch. Die Kinder werden auf ein Leben hin erzogen, in dem Leistung und Karriere im Mittelpunkt stehen sollen.

So bringt diese zweite Ehe Nanda zwar endlich den lange erhofften materiellen Wohlstand: die einstige Dorfschönheit kann jetzt auch mit dem Besitz ihres Mannes glänzen. Aber der Preis dafür hoch: Die selbstzufriedene Frau kann ihre Kinder nur kaltherzig ins „Glück" bringen. Ihre Erziehung scheitert, erreicht das Gegenteil. Zwischen Kindern und Eltern bleibt nur eine große Entfremdung.

Dies kritisiert später ihr Sohn Alan, der in London studiert und erst nach dem Tod seiner Frau brieflich wieder Kontakt mit seinen Eltern aufnimmt. Er wirft ihnen vor, alle Untugenden der Kolonialherren übernommen und die Tugenden des eigenen Volkes vergessen zu haben. Diese Vorwürfe treffen die Eltern – besonders Nanda – tief. Alan kehrt nach Sri Lanka zurück. Bald sitzt er auf demselben Stuhl wie sein Vater. Er beginnt das elterliche Leben zu verstehen. Seine damalige Beurteilung der Eltern empfindet er nicht mehr als gerechtfertigt. Die gefühlsmäßigen Verletzungen der Eltern sind jedoch nicht wiedergutzumachen.

Der dritte Teil, „Der Streik" (Yuganthaya), spielt in den Anfängen der Unabhängigkeit Sri Lankas. Alan ist inzwischen ein einflußreicher Fabrik- und Plantagenbesitzer. Genau wie er in seiner Jugend, studiert nun sein Sohn Simon in London und wird zu einem Marxisten. Nach Hause zurückgekehrt, engagiert er sich verstärkt für die Arbeiterklasse. Selbst in der Fabrik seines Vaters organisiert er einen Streik, um Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Der 67jährige Lester James Peries stellt in seinem „Dorf im Wandel" die Höhen und Tiefen im Leben dreier Generationen auf Sri Lanka dar, die durch kolonialherrschaftliche Einflüsse verstärkt hervortreten. Peries weist mit seinem Film auch auf die Gefahr hin, daß durch das Sich-Verlieren in extremem Verhalten – Anpassung an die Engländer einerseits, revolutionäre Haltung andererseits – letztendlich auch die singhalesischen kulturellen Werte aufs Spiel gesetzt werden. Der Regisseur verstand es meisterhaft, die Erzählung der Trilogie in eine Form zu bringen, die den Zuschauer von Anfang bis Ende nicht nur neugierig macht, sondern auch mitfühlen läßt.

Lester ist als Sri Lankas Pionier in der Filmwelt anerkannt. Er wurde oft verglichen mit Ray Bresson und Ozu. Genau wie beim ersten und zweiten Teil verbindet er auch den dritten mit dem zweiten Teil durch Rückblenden und unterstreicht so die Kontinuität des Geschehens, gibt dem Ganzen eine spannungsvolle Grundstruktur.

LALITH GANHEWA

„Der Rebell" am 13. 1. und „Der Streik" am 20. 1. jeweils um 23.00 Uhr im Ersten Programm.

## KRITIK

# Tod eines Dauer-Helden

Erwin Köster ist tot, es lebe Siegfried Lowitz! Da haben es die Männer aus dem Mainzer Kanal wirklich fertigbekommen, eine Figur sterben zu lassen, die seit genau einhundert Besuchen bei uns Hausrecht in Anspruch nehmen konnte. Der pummelige Kripomensch, der so anheimelnd raunzen konnte, Köster war sein Name und Lowitz der seines Darstellers, der „Alte" wurde in der Jubiläumsfolge schwer angeschossen, aber erst nachdem er den letzten Fall gelöst hatte, erfuhr seine Gemeinde auf und vor dem Schirm: Nun weilt er nicht mehr unter uns. Er weilt jetzt dort, wohin er so oft seine Klientel zur Identifikation begleitet hatte, der Hauptkommissar Erwin K. Es ist also wirklich die letzte Folge, unwiderruflich wie der Tod. Sein Nachfolger im Amt wird Herr Schimpf werden, er selber, wenn schon nicht mehr „Der Alte", so doch der alte Lowitz, wird Theater spielen, wie er voller Freude hofft: nach Lust und Laune. Wie schön muß es sein für einen so feingesponnenen Komödianten, nunmehr auf eigene intellektuelle Rechnung spinnen zu dürfen, mal himmelhoch jauchzend, mal zu Tode betrübt, wie der deutsche Dichter es so richtig sagt. Nicht mehr nur als lauer Moderator zwischen Schuld und Sühne sich höchstens zu einem wehen Lächeln steigern zu dürfen, das ist doch was? Die letzte „Alte"-Folge mit Lowitz gab ihm denn auch zum ersten Mal das Spiel frei, zog ihm die engen Dekorationen zur Seite, daß man sich mit ihm an der Entfaltung mitfreuen konnte, wenngleich mit dem kleinen Raunzer: Warum nicht gleich so? Diese jüngste Folge von „Der Alte" hieß **Zwei Leben** (ZDF). Also: Auf das zweite Leben denn dieses unverwüstlichen Herrn Lowitz!

VALENTIN POLCUCH

## STUDIO

Die Bertelsmann AG, Deutschlands größter Medienkonzern, will sich, wie jetzt mitgeteilt wurde, an der **Produktion eines überregionalen Radioprogramms** für künftige lokale Rundfunkstationen beteiligen.

„Darüber wird derzeit zusammen mit Radio Luxemburg ernsthaft nachgedacht", versicherte der Chef des Unternehmens, Mark Wössner, am Wochenende in einem dpa-Gespräch in Gütersloh. Erste Informationen dazu waren in der „Stuttgarter Zeitung" veröffentlicht worden.

Vorgesehen sei – ähnlich wie bei Zeitungskooperationen – eine Art „Mantelprogramm" für Radiosender, die von Verlagen „vor Ort" betrieben werden würden.

Bei ihnen würde naturgemäß Beschaffung und Produktion von Sendungen aus dem In- und Ausland mit großer Sicherheit auf erhebliche finanzielle und personelle Probleme stoßen. Hier nun setzten die Überlegungen bei Bertelsmann ein, eine Konzeption zu schaffen, die diese Lücke in dezentralen Hörfunknetzen schließen könnte.

Der Vorstandsvorsitzende verwies darauf, daß sich Bertelsmann schon seit längerer Zeit über „RTL-plus" am privaten Fernsehen beteilige. Immerhin habe Bertelsmann auch zwölf Monate lang in München ein selbständiges Radioprogramm betrieben. Angestrebt werde jedoch kein Alleingang, sondern auf jeden Fall eine Kooperation mit den Zeitungsverlagen in der Bundesrepublik Deutschland.

Federführend für die Programmproduktion wird die Bertelsmann-Tochter UFA Film- und Fernseh-GmbH Hamburg sein. Sie werde den regionalen Sendern Mantelprogramme anbieten, die auf die Bedürfnisse der Lokalsender zugeschnitten seien, unterstrich Manfred Harnischfeger, Chef der Gesellschaft, in einem Gespräch mit dpa. Er berichtete auch, daß Chefredakteurin Barbara Dickmann, früher Tagesthemen-Moderatorin und Stern-TV-Mitarbeiterin, derzeit bereits erste Gespräche über Mantel- und Spezialteile der künftigen Produktion führe.

Der „Mantel" für jene Zeiten, die die Stationen nicht aus eigenen Beiträgen ausfüllen können, reiche von Berichten und Interviews aus allen Bereichen der deutschen Politik bis hin zu Magazinteilen und zu einer allwöchentlichen Hit-Liste.

Die speziellen Produktionen seien so offen, daß sie die örtlichen Sendungen beispielsweise durch Umfragen oder aktuelle Stellungnahmen zu „heißen" Themen unterstützen und jederzeit lokal „angereichert" werden könnten. dpa

ARD



## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

**9.45 ARD-Ratgeber**
**10.00 heute**
**10.03 Die Schwarzwaldklinik**
Der Wert des Lebens
**11.55 Wenn schon, denn schon**
Amouröser Schwank
**12.55 Presseschau**
**13.00 heute**

### ARD

**16.00 Tagesschau**
**16.10 Unglaublich – aber auch wahr?**
Reportagen und Gespräche über Legenden und Tatsachen
Arminius, ein cheruskischer Fürst, hat an der Spitze germanischer Truppen die römischen Legionen des Feldherrn Varus im Jahr 9 nach Christus vernichtend geschlagen. Später haben ihn die Deutschen in Hermann umgetauft und ihn als Befreier Deutschlands gefeiert. Taten sie das zu Recht?
**17.20 Pan Tau**
Elefantenjagd
**17.50 Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Engels & Consorten**
2. Folge: Ohne Auftrag
**21.15 Ziele**
Freiheit für Nelson Mandela
Annäherung an einen Mythos
Film von Ebbo Demant
**22.00 Ein Mann macht klar Schiff**
Ägäisgeschichten mit Hans Joachim Kulenkampff
7. Folge: Die Schwiegertochter
Auf Martin Olden kommt in Bodrum eine neue Aufgabe zu, denn er hat sich von Elsa Mattschies überreden lassen, für einen erkrankten Kollegen vorübergehend Reisegruppen zu betreuen.
**22.30 Tagesthemen**
**23.00 Das Nacht-Studio**
Dorf im Wandel
Spielfilm aus Sri Lanka (1982)
2. Teil: Der Rebell
**0.20 Tagesschau**
**0.25 Nachtgedanken**
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

### ZDF

**16.00 heute**
**16.04 Biotechnologie**
2. Folge: Delikates – vom Fließband!
**16.35 Die Musikrevue**
Neue Serie mit Musik und Poesie
**17.00 heute / Aus den Ländern**
**17.15 Tele-Illustrierte**
**17.50 Ein Colt für alle Fälle**
**19.00 heute**
**19.30 Du oder ich**
Fernsehfilm um Radrennsport und Liebe
Buch, Regie: Hans Henning Borgelt
**21.00 Tierporträt**
Skorpione
**21.15 WISO**
Wirtschaft & Soziales
Themen u. a.: Verdienen Zahnärzte, was sie „verdienen"? / Lohnsteuer-Jahresausgleich für Vorruheständler
Moderation: Hans-Ulrich Spree
**21.45 heute-journal**
**22.05 Die Deutschen sterben aus**
Eine nicht unwahrscheinliche Reportage von Thomas Bellut, Wolfgang Fandrich, Heinz Hemming und Volker Herres
Die Wissenschaftler des Statistischen Bundesamtes haben es ausgerechnet: In 45 Jahren werden 15 Millionen weniger Deutsche auf dem Gebiet der Bundesrepublik leben, „wenn der Trend anhält". Der Trend: Das sind seit Jahren sinkende Geburtenzahlen.
**22.50 Kampftag**
Fernsehfilm von Manfred Grunert
Mit Josef Bierbichler, Monika Baumgartner u. a.
**0.45 heute**

## III.

**WEST**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Lindenstraße**
6. Folge: Die Heimkehrer
**20.45 Auslandsshow**
Diesmal aus Venedig
**22.15 Bronze-Zeit**
Der Bildhauer Bernhard Kleinhans
**22.45 Thema des Monats**
Joschka Fischer
Anschl. Letzte Nachrichten

**NORD**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Das Montagsthema**
**21.00 Hobbythek**
**21.45 Das internationale TV-Kochbuch**
**22.00 Asphalthyänen**
Amerikanischer Spielfilm (1958)
**23.15 Nachrichten**

**HESSEN**
**20.00 Heilauf zum Leben!**
Landkommunen in den 20er Jahren
**20.45 Die Sprechstunde**
Die Seele des Neugeborenen
**21.30 Drei aktuell**
**21.45 Magnum**
**22.30 Aus einem interessanten Leben**

**SÜDWEST**
**19.26 Sandmännchen**
**19.30 Bonanza**
**20.15 Das Vermächtnis der Wälder**
Erinnerungen an einen europäischen Lebensraum
**21.00 Klimbim**
**21.45 Die Buben von Catskill**
oder: Boxen als Lebenshilfe
**22.30 Jazz am Montagabend**
**23.40 Nachrichten**

**BAYERN**
**20.45 Körpergeruch – Die vergessene Sprache**
**21.30 Rundschau**
**21.45 Blickpunkt Sport**
**22.45 Z. E. N.**
**22.50 Mata Hari (2)**
**23.50 Rundschau**

## SAT 1

**15.00 Kimba, der weiße Löwe**
**15.30 Lassie**
**16.00 Musicbox**
**17.00 Ufo**
Tödliche Träume
**18.00 Westlich von Santa Fe**
oder Regionalprogramme
**18.30 APF Blick**
Nachrichten und Quiz
**18.45 Extrablatt**
Ein kunterbuntes Unterhaltungsmagazin mit Prominenten und Beiträgen aus aller Welt
Moderation: Christiane Krüger und Uli Pramann
**19.45 Erinnerungen an die Zukunft**
Deutscher Dokumentar-Film (1969) nach dem gleichnamigen Bestseller von Erich von Däniken
Regie: Harald Reinl
Eindrucksvolle Dokumentaraufnahmen aus Mittel- und Südamerika, Nordafrika und Vorderasien illustrieren die kühnen Thesen des umstrittenen Autors, der zu beweisen versucht, daß die Vorfahren des Menschen aus dem All kamen und hier unübersehbare Spuren hinterließen.
**21.30 APF blick**
**22.15 WM – Das Wirtschaftsmagazin**
**22.45 JuxBox Extra**
Der Drache
**23.00 Matt Houston**
**23.55 APF blick**
Letzte Nachrichten

## 3SAT

**18.00 Mini-ZiB**
**19.00 heute**
**19.20 3SAT-Studio**
**19.30 Na, sowas!**
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
**20.15 Sport-Zeit**
**21.15 Zeit im Bild 2**
**21.35 Kulturjournal**
**21.45 Montagskino**
Der Kommissar und sein Lockvogel
Franz.-ital. Spielfilm (1969)
Mit Lino Ventura u. a.
Regie: José Giovanni
**23.30 Kennwort: Kino**
Ansch. 3SAT-Nachrichten

## RTL-plus

**18.05 Augenclip**
Die internationale Pop-Szene mit Bernd Schumacher
**18.53 7 vor 7 - Die Bilder des Tages**
**19.22 Karlchen**
**19.30 Alias Smith and Jones**
**20.20 Filmvorschau**
**20.30 Killer frei Haus**
Mit Meg Foster, Claude Akins, Nick Mancuso u. a.
Regie: Nick Havinga
**22.15 RTL-Spiel**
**22.20 Eine Diva der Nostalgie**
**23.05 Wetter / Horoskop / Betthupferl**

# Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Brennstoffe und Wald

„Auf ein Wort"; WELT vom 3. Januar

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

in der WELT stellt der Bayerische Staatsminister Alfred Dick in der Kolumne „Auf ein Wort" einen Zusammenhang her zwischen den Waldschäden und der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle und Öl. Seine Aussage wirft zwei Fragen auf:

Weiß der Minister wirklich, daß die Waldschäden auf die Emissionen zurückzuführen sind, die bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe entstehen?

In Ihrer Zeitung und in anderen seriösen Publikationen kann man immer wieder lesen, daß die Ursachen für die Waldschäden noch nicht aufgeklärt sind.

Wenn der Minister die Zweifel über die wirklichen Ursachen der Waldschäden beiseite schiebt und die Verbrennung fossiler Energieträger für ursächlich erklärt, weshalb nennt er dann nur Kohle und Öl und nicht auch Erdgas?

Will er die Gasheizung fördern, indem er die Kohle- und Ölheizung in einem Zuge nennt und beide – auch die in Wirklichkeit umweltfreundliche Ölheizung – schlechtmacht?

Wenn wirklich Stoffe für das Waldsterben verantwortlich sind, die bei der Verbrennung fossiler Energieträger ausgeworfen werden, dann sind es die Stickoxide. Stickoxidemissionen aber werden in erster Linie vom Kraftfahrzeugverkehr mit einem Spitzenanteil von 45 Prozent produziert, gefolgt von den Kraftwerken und der Fernheizung (!) mit zusammen 31 Prozent und den Industriefeuerungen mit 19 Prozent. Auf Hausbrand und Kleinverbraucher – dazu zählen die privaten Öl- und Gasheizungen – entfallen dagegen nur fünf Prozent.

Denkt man wie der Minister Dick an den Schutz der Wälder, so tragen die Öl- und Gasheizungen also relativ wenig zur Belastung bei; sie wirken sich aufgrund niedriger Kamine wenn überhaupt nur sehr lokal aus. Da die Höhe der Stickoxidemissionen auch von der Verbrennungstemperatur abhängt, liegen die Stickoxid-Abgaswerte der Ölheizung sogar noch unter denen der Gasheizung.

Unter diesen Umständen ist die Äußerung des Ministers irreführend und unrichtig. Sie wird nicht dadurch richtig, daß sie von einem Minister stammt.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. Wilhelm Isenburg,*
*Breckerfeld*

## Vorwand für Bürgerkrieg?

„Polizei räumt Hüttendorf"; WELT vom 8. Januar

*Sehr geehrte Herren,*

Grüne, Alternative und Chaoten haben sich in Wackersdorf wieder zu einer Aktionsgemeinschaft zusammengefunden. Bäume werden gefällt, um als Baumaterial für ein „Umweltschutzdorf" zu dienen.

Geht es eigentlich hier wirklich um Umweltschutz? Die „Umweltschützer" geben sich große Mühe, die Realisierung des Entsorgungskonzepts in Gorleben und in Wackersdorf zu verhindern, damit man weiter behaupten kann, die Entsorgung sei ja noch nicht gelöst.

Interessanterweise haben die Franzosen auf dem Gebiet der Kernenergie heute einen Vorsprung von rund zehn Jahren, nachdem sie soeben den Nachfolgetyp des bei uns immer noch umstrittenen Schnellen Brüters in Betrieb genommen haben.

Es gibt da keine Probleme mit der Entsorgung, obwohl Frankreich keine Salzstöcke besitzt, die für die Lagerung der radioaktiven Abfälle optimale Voraussetzungen bieten.

Es ist zu befürchten, daß es hier schlicht darum geht, einen Bürgerkrieg zu provozieren. Menschen rotten sich zusammen, um gegen die Gesetze und die rechtmäßigen Organe unseres demokratischen Staates Gewalt anzuwenden. Die Entscheidung, diese für eine positive wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik notwendige Anlage in Bayern zu errichten, war richtig.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. J. Müller-Schwartz,*
*Ehningen*

### Wort des Tages

„Man möge bedenken, was der andere ertragen soll, wie man selber zu ertragen wünscht."

**Jeremias Gotthelf, Schweizer Autor (1797–1853)**

## Anerkennung

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

es muß einmal gesagt werden: Allen, die an den wöchentlichen Beilagen Geistige WELT und „Kleines Welttheater" arbeiten und so zu ihrem Gelingen beitragen, gebührt höchstes Lob, Dank und Anerkennung, wobei ich besonders an die Essayisten und an die Karikaturisten denke.

Was hier an Humor dargeboten wird, ist meist so umwerfend herrlich, daß einen ganze Lachsalven überfallen.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Kurt Schneider,*
*Ebstorf*

## Ein Monopol

„Bei Ihnen fiel noch kein Meister vom Himmel"; WELT vom 28. Dezember

*Sehr geehrte Herren,*

eine clevere Lobby hat sich einen Naturpark geschaffen, in dem sie frei von den Zwängen des Wettbewerbs die Mitbürger dezent zur Kasse bittet. Über die dabei erbrachte Leistung kann man streiten. Eine Leiter und den Kehrbeutel wird man bei den schwarzen Herren nicht mehr finden, sie sind auf Kosten der Hausbesitzer wegrationalisiert worden. Ein Schuhkarton muß ihn oft ersetzen, und auch der Gang zum Mülleimer ist nicht mehr inbegriffen.

Mit der Übernahme der Emissionsmessung ist ihnen ein Meisterstück geglückt. Hier haben sie eine Geldquelle angebohrt, die dank der Pumptätigkeit des Staates mühelos sprudelt. Warum allerdings der schwarze Geselle zuverlässiger sein soll als der Monteur von der Heizungsfirma, ist nicht recht einzusehen. Wann kippt die Bundesregierung das Schornsteinfegermonopol?

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. E. Stern,*
*Königsbronn*

## Teilschuld

„Serie: Kriminalität in Deutschland"

Die Aufsatzreihe von Professor Schreiber enthält so viele Wahrheiten, daß sie in einem Leserbrief gar nicht alle unterstrichen oder gar wiederholt werden können. Der WELT sei Dank, daß sie sie gebracht hat, wie auch kürzlich „Die lautlose Katastrophe".

„Die gezielte Form von Staats- und Obrigkeitsverachtung" hat ein unerträgliches Ausmaß angenommen, der Normenzerfall sich seuchenhaft ausgebreitet. Aber was nützt die Erkenntnis? Schulterklopfen und sagen „recht hat der Mann" bringt nichts, und daß einige wenige diese Wahrheiten teilen, veranlaßt weder Medien noch Erzieher zur Änderung ihrer unheilvollen Wühlarbeit.

Liegt nicht mindestens eine Teilschuld bei denen, die deren Tätigkeit unter dem Mantel des „rechten Demokratieverständnisses" jahrzehntelang geduldet haben, nur ängstlich bemüht, nicht in den Verdacht der Intoleranz zu kommen?

Mit dem Spruch „Wehret den Anfängen!" ist man sofort bei der Hand, wenn irgendein Halbidiot Hakenkreuze an Hauswände schmiert. Den Anfängen des Anarchismus hat aber leider niemand wirksam gewehrt, trotz der Erkenntnisse Einzelner, wie jetzt von Professor Schreiber. Ist unsere Demokratie vielleicht doch nicht so kämpferisch, wie sie sich gern hinstellen läßt, daß sie ihren eigenen Selbstmord verhindern kann?

Man kann nur hoffen, daß Professor Schreibers Forderung sich endlich durchsetzt: „Wer Freiheiten aktiv kämpferisch benutzt, um Freiheiten anderer abzuschaffen, muß daran gehindert werden."

*Mit freundlichen Grüßen*
*Berthold Kriebel,*
*Groß Grönau*

## Völkermord

*Sehr geehrte Redaktion,*

mit massiver sowjetischer Unterstützung führt Vietnam, welches den Sowjets den ehemaligen US-Stützpunkt Cam Ranh übergeben hatte, einen brutalen Krieg gegen die Bevölkerung von Laos und Kampuchea. Durch die brutale „Vietnamisierungspolitik" soll vor allem der Bevölkerung von Kampuchea die nationale Identität genommen werden. Hanois Aggressionskrieg zur Errichtung seiner Indochina-Föderation geht bereits ins achte Jahr.

Hanoi kann aber den Widerstand des kampucheanischen Volkes unter der Führung der Koalitionsregierung nicht brechen, wie die fehlgeschlagenen Trockenzeitoffensiven gezeigt haben.

Wir dürfen diesen Krieg in Indochina genau so wenig vergessen wie den von der expansionistischen Sowjetunion am Hindukusch praktizierten Völkermord. Für ein nicht-kommunistisches, unabhängiges, freies, blockfreies Kampuchea und Laos!

*Mit freundlichen Grüßen*
*Gerd Wedemayer,*
*Wiesbaden*

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

# Personalien

### GEBURTSTAG

Erzbischof **Guido Del Mestri**, Diplomat im Dienste des Papstes und zuletzt Apostolischer Nuntius in Bonn, wird heute 75 Jahre alt. Der Sohn eines italienischen Adligen und einer österreichischen Gräfin, für den Deutsch die zweite Muttersprache ist, sammelte seine ersten Deutschlanderfahrungen zwischen 1953 und 1959 an der Nuntiatur in Bad Godesberg. Nach seiner Ernennung zum Erzbischof 1961 wurde Del Mestri Apostolischer Pro-Nuntius in Nairobi/Kenia. Weitere Stationen seines diplomatischen Weges waren die Nuntiaturen in Mexiko und Kanada. Als Nachfolger des heute emeritierten Kardinals **Corrado Bafile** erwarb sich Del Mestri in den acht Jahren seiner Amtszeit als Apostolischer Nuntius und Doyen des Diplomatischen Korps den Ruf eines unauffälligen, zurückhaltenden und vorsichtigen Diplomaten. Für die katholische Kirche und die Bischofskonferenz war er ein ausgezeichneter Vermittler zum Vatikan. Nur ungern ließen Staat und Kirche den allseits beliebten Nuntius im Herbst 1984 ziehen, als Guido Del Mestri mitteilte, der Papst habe sein aus Gesundheitsgründen eingereichtes Rücktrittsgesuch angenommen.

### EHRUNGEN

Der Inspizient Wehrpharmazie der Bundeswehr, Generalapotheker **Hanns Heidemanns**, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet. Heidemanns – 1927 in Aachen geboren – trat 1959 in die Bundeswehr ein. Er war maßgeblich beteiligt am Auf- und Ausbau der Sanitätsmaterialversorgung im Bereich des Heeres, war von 1969 bis 1977 Referent im Bundesministerium der Verteidigung und anschließend Leiter der Apotheke des Bundeswehrzentralkrankenhauses in Koblenz. Hier leistete er Pionierarbeit bei der Herstellung von Arzneimitteln für die Bundeswehr und bei der Einführung eines EDV-Systems für Bundeswehrkrankenhausapotheken. Heidemanns ist Herausgeber des „Handbuch für Sanitätsmaterial der Bundeswehr".

*

Für seine besonderen Verdienste um den Dialog zwischen Christen und Juden wird der an der Gesamthochschule Duisburg lehrende evangelische Theologieprofessor **Heinz Kremers** mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet. Die Verleihung der Auszeichnung erfolgt bei der Eröffnungsfeier der „Woche der Brüderlichkeit" am 2. März in Duisburg. Die Laudatio wird der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Johannes Rau** halten. Mit der Buber-Rosenzweig-Medaille würdigt der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit seit 1968 Verdienste um die christlich-jüdische Verständigung. Die Auszeichnung ist nach **Martin Buber** und **Franz Rosenzweig** benannt, die gemeinsam die Heilige Schrift ins Deutsche übertragen haben. Zu den bisherigen Preisträgern gehören unter anderen Bischof **Kurt Scharf, Eugen Kogon, Friedrich Dürrenmatt, Helmut Gollwitzer, Friedrich Heer, Schalom Ben-Chorin** und **Isaac Bashevis Singer**.

*

Dr. **Hanns Jürgen Küsters**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln, wurde für eine Reihe zeitgeschichtlicher Befragungen über Leben und politisches Wirken **Jean Monnets**, des Gründervaters der Europäischen Gemeinschaft, mit der Jean-Monnet-Medaille ausgezeichnet. Die von der Fondation Jean Monnet pour l'Europe (Lausanne) und der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Stiftung (Basel) verliehene Auszeichnung wurde Dr. Küsters im Rahmen der Veranstaltung zur Verleihung des Jean-Monnet-Preises vom Präsidenten des französischen Senats, **Alain Poher**, überreicht. Durch zahlreiche Interviews, die der Wissenschaftler in den beiden letzten Jahren mit bekannten Bonner Politikern wie Professor **Karl Carstens**, Dr. **Kurt Georg Kiesinger**, Dr. **Rainer Barzel**, Dr. **Erich Mende** und hohen Beamten geführt hat und die jetzt Zeitgeschichtsforschern zur Einsicht zur Verfügung stehen, ist die Monnet-Forschung um wichtige neue Akzente aus der Sicht deutscher Europapolitiker bereichert worden.

*

Mit der „Kommunalen Verdienstmedaille in Gold" wurde in München der Publizist **Heinz Burghart** anläßlich seines 60. Geburtstags ausgezeichnet. Bayerns Innenminister **Karl Hillermeier** betonte in seiner Gratulationsrede, der Jubilar brilliere als sorgsam abwägender Kritiker „nicht nur durch Verrisse, sondern durch behutsames Abwägen von Argument und Gegenargument". Er habe als Programmbereichsleiter für die „Bayern-Information" eine Schlüsselposition für die Meinungsbildung im Freistaat Bayern. Die herausragende Stellung Burgharts als journalistischer Kommunalpolitiker wurde bereits mit der bayerischen kommunalen Verdienstmedaille in Silber und dem Konrad-Adenauer-Sonderpreis in Gold gewürdigt.

### WAHL

Der bayerische Senat, die zweite Kammer des Freistaats, wählte den ehemaligen Oberbürgermeister von Bad Kissingen, **Hans Weiß**, zum drittenmal für zwei Jahre zu seinem Präsidenten. Der 66jährige CSU-Politiker erhielt 55 von 60 abgegebenen Stimmen und erzielte damit sein bisher bestes Ergebnis. Zu seinem ersten Stellvertreter wurde der katholische Theologie-Professor **Audomar Scheuermann** wiedergewählt. Für das Amt des zweiten Vizepräsidenten konnte sich der frühere bayerische Arbeitgeberpräsident **Ernst Wrede** gegen Bayerns DGB-Vorsitzenden **Jakob Deffner** mit 38 zu 17 Stimmen durchsetzen.

### KIRCHE

Zum Weihbischof geweiht wird im März der Regensburger Domkapitular **Wilhelm Schraml**. Die Berufung des 50jährigen Priesters zum dritten Bischof in der größten bayerischen Diözese wurde jetzt vom Vatikan bekanntgegeben. Papst **Johannes Paul II.** verlieh ihm den Titel eines Bischofs von Munaziana. Wilhelm Schraml wird Nachfolger des Bischofs **Karl Flügel**, der sein Amt aus Gesundheitsgründen niederlegen mußte. Der neue Bischof kam 1935 in Erbendorf (Landkreis Tirschenreuth) zur Welt und wurde nach Abschluß des Theologiestudiums 1961 im Regensburger Dom zum Priester geweiht.

*

Prälat **Franz Nitsche**, langjähriger Caritas-Direktor in Breslau, Kattowitz und Erfurt, ist von Papst **Johannes Paul II.** zum Apostolischen Protonotar ernannt worden. Nitsche, der 80 Jahre alt ist und in Oberschlesien geboren wurde, lebt in Erfurt im Ruhestand.

*

Der Dechant der Katholischen Kirchengemeinde Göttingen, Professor Dr. **Joob Bergsma**, ist vom Hildesheimer Bischof Dr. **Josef Homeyer** zum 1. Juli dieses Jahres mit der neuen Aufgabe im Pfarramt der Stadt Hannover als Probst und als Regionaldechant für sechs Dekanate im Großraum Hannover betraut worden. Bergsma, gebürtiger Niederländer, hatte während seiner fast zehnjährigen Zeit in Göttingen die Pfarrstelle St. Paulus in der Innenstadt betreut.

# Pankraz, M. Kundera und die neuen Medien

Nun hat sich auch der tschechische Exil-Schriftsteller Milan Kundera unter die Generalkritiker an den modernen Medien eingereiht. Im Januarheft von „Westermanns Monatsheften" reitet er eine furiose Attacke gegen das „System des Vergessens", das durch diese Medien etabliert worden sei. Als unheilvollen Motor des Systems macht er die „Aktualitätssucht" aus. Indem die Medien wie verrückt der Aktualität hinterherliefen, einerlei, wie wichtig oder unwichtig sie sei, fragmentierten und zerhackten sie den ursprünglich einheitlichen kulturellen Zusammenhang, lieferten ihn insgesamt dem Vergessen aus.

Kundera konstruiert eine regelrechte „Dichotomie", einen prinzipiellen, alle Facetten trennenden Abgrund zwischen Medien und Kultur. Die Kultur sei individuell, die Medien seien uniformistisch; die Kultur baue Komplexität auf, die Medien bauten Komplexität ab; der Hauptmodus der Kultur sei die Frage, der Hauptmodus der Medien die (leicht gemachte) Antwort; die Kultur sei schließlich der Freund der Künstler und Dichter, die Medien ihr Feind.

So verführerisch solche Kontrapunkte klingen – Pankraz möchte dringlich vor ihnen warnen. Bei aller Wertschätzung für Kundera kann er ihm den Vorwurf nicht ersparen, um der rhetorischen Wirkung willen selber kräftig zu vereinfachen, Komplexität abzubauen. Kundera nennt die Kultur eine „Hüterin der Erinnerung". Aber wie wird Erinnerung denn transportiert, wenn nicht durch die Medien? Liefern die modernen Medien mit ihrem ewigen „Wahrnehmen" von Gedenktagen nicht schon seit längerem gerade zu viel Erinnerung, werden durch das Übermaß von Erinnerung und Musealisierung nicht allmählich die Kanäle verstopft, so daß innovative Unternehmungen gar nicht mehr ihre Adressaten erreichen?

Die neuen Medien eröffnen gewaltige, bis vor kurzem noch kaum für möglich gehaltene Chancen der Datenspeicherung und des Datenabrufs, die vielen bereits wieder viel zu weit gehen, so daß der Ruf nach der „Gnade des Vergessens" erschallt. Was macht es da schon, wenn Boulevardzeitungen die „allerletzte Neuigkeit" hinausposaunen und das Fernsehen allabendlich einen Rebus aus Ereigniskürzeln und Symbolbildern als Aktualitätenschau anbietet? Die Archive werden dadurch weder kleiner noch unwichtiger, im Gegenteil. Und was das so finster beschworene Zerhacken des kulturellen Zusammenhangs betrifft, so wäre zunächst einmal festzuhalten, daß auch die Erinnerungsstrecke der Kultur selbst ein kompliziertes Ineinander von Kontinuität und Diskontinuität darstellt, das nur in homöopathischen Dosen rezipiert werden kann.

Pankraz kann sich des Verdachts nicht erwehren, als ziele Kundera mit seiner Philippika auf etwas ganz anderes als auf Zerhacken und Vergessen, als wünsche er sich heimlich, was er beklagt: nämlich die Anwesenheit von Journalismus, Aktualität und Diskontinuität innerhalb von Literatur und Kunst. Er kommt ja aus dem kommunistischen Osten, wo der Journalismus von Partei wegen zu einem Schatten- und Verlautbarungsdasein verdammt ist und die Regierung bestimmt, ob ein aktueller Vorgang, beispielsweise ein Flugzeugabsturz oder ein Erdbeben, in die Zeitung kommt oder nicht. Journalismus und Aktualität wandern dort, soweit es möglich ist, in die Belletristik ab, das heißt: die Dichter kommen in die stolze Lage, gleichzeitig Hüter der Erinnerung wie Verteiler von Aktualität zu sein.

Diese Lage wird, wie man weiß, bitter erkauft, mit überdimensionaler Aufmerksamkeit seitens der staatlichen Organe, mit gesellschaftlicher Diskriminierung, Druckverbot und Schlimmerem. Aber es ist dennoch eine privilegierte Lage. Sie macht etwa aus einem Romancier zusätzlich noch einen Kommentator aktueller politischer Ereignisse, einen konkurrenzlosen Artikulierer oppositioneller Unterströme. Scheinbar „zeitlos" angelegte Texte schillern in vielfältiger Bedeutung, die Kunst der Anspielung blüht, die Sklavensprache offenbart ungeahnte semantische Möglichkeiten.

Wer als Meister solcher Sklavensprache in den Westen kommt, der ist meistens zuerst einmal tief schockiert von der hier üblichen Offenheit und brutalen Direktheit der politischen Auseinandersetzung. Er trifft auf ganze Horden gewiefter Politkommentatoren von der unterschiedlichsten Couleur, die jedem politisierenden Romancier allein schon durch ihre Schnelligkeit und mediale Reichweite weit überlegen sind. Alle nur irgendwie bemerkenswerten Ereignisse werden sofort registriert und konsequent vermarktet. Der Belletrist sieht sich auf das Grundsätzliche und Private zurückgeworfen. Er hat das Gefühl, daß ihm etwas weggenommen oder kaputtgemacht wird.

In der persönlichen Perspektive mag es sich dann so ausnehmen, als wären Kultur und Medien, Dauer und Aktualität, Dichtung und Journalistik grundsätzlich Feinde und Kontrahenten. In Wirklichkeit durchdringen sie sich gegenseitig, beeinflussen sich, wechseln manchmal auch die Plätze. So mancher Journalist enthüllt sich den Nachgeborenen als Chronist des Dauerhaften, als eigentlicher Hüter der Erinnerung, und so mancher Romancier ist schon nach einem Jahr nicht mehr verständlich, weil er allzu willig der vergänglichsten Aktualität geopfert hat.

Das Verhältnis ist also nicht spannungslos und nicht ohne Risiken. Aber es ist kein Verhältnis der Erbfeindschaft. Und es kann auch keine Rede davon sein, daß das Übel ausschließlich in der Modernisierung der Medien liegt. Das elektronische Tempo, der Zug zur bildhaften Abbreviatur sind unser aller Schicksal. Vielleicht sollten die Kulturwarte, statt sich ostentativ von diesem allgemeinen Zug abzukoppeln, einmal darüber nachdenken, was vom Standpunkt der Belletristik aus getan werden kann, um eine eventuelle Entgleisung zu verhindern.







**Verlust der ewigen Jugend: Szenen aus Roland Petits „Der Blaue Engel" (links) und aus Pina Bauschs „Nelken"** FOTOS: VERLAGE

# *Die schwere Kunst, einen Goldfisch zu zähmen*

Wer hat Angst vor alten Tänzern?" fragt Horst Koegler in der Einleitung zu „Ballett 1985 – Chronik und Bilanz des Ballettjahres" (Orell Füssli + Friedrich, 128 S., 29,80 Mark) und schneidet damit das zentrale Thema des Annuals an: die allmähliche ästhetische Verschiebung vom Tanz als einer Kunst der ewigen (wenigstens vorgetäuschten) Jugend zu einer Charakterkunst, die nicht einfach auf ganze Generationen von Ausdrucksfähigkeit verzichten kann.

Ob John Neumeier und Marçia Haydée in den „Stühlen" nach Ionesco, ob Roland Petit als Professor Unrat in Berlins „Blauem Engel", Hans van Manen als Falstaff in Basel: die Bühne hat sich angefreundet mit solchen Persönlichkeiten, bei denen das Nachlassen körperlicher Fertigkeiten keinen Verlust von künstlerischen Fähigkeiten bedeutet. Von den Jungen als Perspektive, von den Alten im Rückblick, von Tanzlehrern und Sportmedizinern wird dieses Thema in allen seinen Facetten beleuchtet – auf bedenkenswerte Art.

Den Fehlbedarf an deutscher Tanzliteratur, die sich nicht bloß auf Hochglanzfotos beschränkt, baut seit einiger Zeit der Kölner Verlag „Ballett international" ab. „International" ist keine Makulatur: Fast alle Publikationen erscheinen zweisprachig, so auch die monatliche Zeitschrift „Ballett international", die dazu noch regelmäßig Zusammenfassungen in französischer Sprache beiheftet.

Die Redaktion hat nun auch ein Jahresheft vorgelegt: „zeitgeist handbook '86" (20 Mark), ein Titel, der weniger verspricht, als er hält. Denn hier greift der Tanz noch weiter aus, über das Theater hinaus. Das Heft versucht, in den Tanz-Produktionen jenes neue, illiterarische Denken wiederzufinden, das von der Literatur zwangsläufig kaum formuliert werden kann, oder auch jene neue Ästhetik, die von der zeitgenmössischen Kunst vorgeprägt wird.

Den beiden Galionsfiguren eines solchen Tanz-Verständnisses, Kurt Jooss und Pina Bausch, hat man zwei hervorragende Separat-Publikationen angedeihen lassen: „Jooss" (38 Mark), eine von den Erben Anna und Hermann Markard herausgegebene Dokumentation des Choreographen und seiner Compagnie, sowie von Norbert Servos und Gert Weigelt „Pina Bausch Wuppertal Dance Theater" oder „The Art of Taming a Goldfish" (252 S., 60 Mark), das die Stücke der Bausch seit dem „Sacre" in Texten und Fotos nachzeichnet. ebi.

Was darf, was muß verboten werden? Biotechnologie, Recht und Ethik bei den 16. Bitburger Gesprächen

# Man kann keine Völker verschrotten

Was ist möglich auf dem Gebiet der „Biotechnologie", und wo kann und soll man es rechtlich einschränken? Bei den 16. Bitburger Gesprächen, mit dieser Frage vom Spiritus rector der Gesellschaft für Rechtspolitik, dem früheren Mainzer Justizminister Otto Theisen, eröffnet, gelangte ein illustrer Gelehrtenkreis nicht überall zu Konsens.

Zusammen behandelt wurde sowohl die Möglichkeit der Genmanipulation durch „Herausschneiden" und Ersetzen von Erbfaktoren im DNS-Strang mittels Enzymen als auch die entfernt verwandte Frage der künstlichen Befruchtung. Professor Hansgeorg Gareis, stellvertretendes Hoechst-Vorstandsmitglied, beschrieb den Stand der Wissenschaft und hob hervor, daß die etwa für die Herstellung von Insulin oder Interferon oder andere Zwecke veränderten Mikroorganismen in keinem Fall außerhalb der Laboreinrichtungen überleben könnten, also auch ein Unfall bislang keine Gefahr einer „Verbreitung neuer Lebewesen" bedeute.

Gareis' Schlußfolgerung: „Der Mensch hat die Möglichkeit, in die Erbinformation gezielt und nach seinem Willen einzugreifen. Vielleicht darf man sagen, er hat sich mit diesem Schritt wirklich die Welt untertan gemacht." Verbote, meinte er, könnten nicht durchgesetzt werden; es bleibe nichts übrig, als immer wieder die Verantwortung der Wissenschaftler zu betonen und den Consensus omnium zu suchen. Eingriffe in die Keimbahn lehnte er aber grundsätzlich ab: „Wir können keine genetischen Versuche am Menschen machen."

Damit waren die zentralen Fragen bereits angerissen. Verantwortung vor wem? Bundesverfassungsrichter Professor Helmut Steinberger und andere hoben hervor, daß schließlich nur die Verantwortung vor Gott bleibe. Von der Kirche, sagte der frühere Verfassungsgerichtspräsident Ernst Benda, sei zu diesen Problemen nicht allzuviel beigesteuert worden. CDU-Generalsekretär Geißler bemerkte in seinem Schlußwort: „Ich halte es für wichtig, daß in der Politik wieder über Gott gesprochen wird – und daß in der Kirche wieder über Gott gesprochen wird."

Zwar herrschte Einigkeit, daß man nicht versuchen dürfe, einen „neuen", „besseren" Menschen zu schaffen. Und Benda warnte, daß Eingriffe in die Keimbahn unwiderruflich seien: „Man kann nicht Personen zurück ins Werk liefern oder Bevölkerungen verschrotten." Aber der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Roman Herzog, warf nach Erfahrungen seiner Frau – sie arbeitet für eine Gruppe todgeweihter junger Menschen – die Frage auf, ob man wirklich nicht versuchen dürfte, schwere Erbkrankheiten zu beseitigen.

Der Streit um die In-vitro-Fertilisation (Befruchtung außerhalb des Mutterleibes) führte einerseits zu der Frage, ob man die „überzähligen" befruchteten Embryonen einfach töten dürfe, und andererseits, welche Rechtsprobleme sich für Kinder ergäben, die mit nur einem Elternteil oder aber mit gar vier Elternteilen geschaffen würden. „Klonen", warnte Professor Albin Eser vom Max-Planck-Institut (Strafrecht), ist heute schon insofern möglich, als man ein befruchtetes Ei beliebig spalten und, wenn man mit dem so erzeugten Kind „zufrieden" ist, mehrere andere Kinder derselben Anlage entwickeln kann.

Ungeklärt blieb, wie Versuche am eigens dazu erzeugten Embryo im Licht der Kant-Regel zu beurteilen sind, daß der Mensch nicht zum Objekt des Menschen werden dürfe. Und: Soll die Anonymität der Samenspende wirklich untersagt und ein „künstlich" gezeugtes Kind, wie gefordert, mit dem 16. Lebensjahr erfahren, wer sein Erzeuger ist (seine Erzeuger sind)? Was ergibt sich daraus an Unterhaltsansprüchen des Kindes gegen den genetischen Vater (Väter) – und welche ergeben sich umgekehrt?

Sarkastisch merkte Professor Josef Isensee (Bonn) unter Hinweis auf die erleichterte Abtreibung an, wie einerseits der „konventionell erzeugte Embryo" den heutigen Hedonismus störe und andererseits der „technisch erzeugte Embryo" in unserer industriefeindlichen Gesellschaft hervorragend geeignet sei für „gefahrlose Aktivierung von Ethik".

Der allgemeinen Sorge setzte der Berliner Senator Professor Rupert Scholz eine „grundsätzlich etwas andere", optimistischere Einschätzung entgegen: Man solle weniger auf Skepsis und Verbote setzen und mehr darauf, was die neuen Technologien an Positivem böten. Zum Gegensatz zwischen Forschungsfreiheit und Risiken warnte Scholz vor einer „gefälligen Anpassung an eine mehr oder weniger verwirrte Öffentlichkeit". Regelungspflichten seien nur bei „evidenten" Verstößen gegeben.

Auch Professor Eser empfahl strafrechtliche Zurückhaltung, bis man jeweils genauer wisse, womit man es zu tun habe. Immerhin wies Professor Rüthers (Konstanz) auf eine Wende in der wissenschaftlichen Arbeit hin: Früher habe man Forscher machen lassen und gewartet, ob das Ergebnis nützlich sei; heute könnte schon die Forschung gefährlich werden und Kontrolle erfordern.

In einer vielapplaudierten Untersuchung zivilrechtlicher Aspekte der Gentechnologie stellte Professor Dagmar Coester-Waltjen (Hamburg) zu Klagen über „die Frau als Gebärmaschine" klar, daß die Frauen zur Selbstbestimmung über den eigenen Körper durchaus fähig seien: „Die Frau muß nicht vor sich selbst geschützt werden." Die In-vitro-Fertilisation sei nicht sittenwidrig; wohl aber hält Frau Coester-Waltjen hier jede „Kommerzialisierung" für sittenwidrig und daher Verträge über Bezahlung von Ersatzmutterschaft usw. für nichtig.

Unklar blieb, ob, wo kein internationaler Konsens erzielt werden kann, nationale Regelungsvorschriften sinnvoll seien oder nur dazu führten, daß Versuche in anderen Ländern ausgeführt würden. Nicht einmal im Patentrecht herrscht Klarheit, welche Gentechniken schließlich geschützt werden können und welche nicht, wie Professor Friedrich Karl Beier vom Max-Planck-Institut (Urheberrecht) erläuterte. Die Gesellschaft für Rechtspolitik wird, wie Theisen ankündigte, der Gentechnologie noch einmal in einem Symposion im September nachgehen.

ENNO von LOEWENSTERN

## JOURNAL

### Davies wird endgültig Chefdirigent in Bonn

lnw, **Bonn**

Gegen den Willen des Orchesters wird Dennis Russell Davies von August 1987 an bis 1992 neuer Generalmusikdirektor in Bonn. Er habe nach dem Gespräch mit der Findungskommission, keinerlei Zweifel mehr daran, sagte Davies in Bonn. Offiziell fällt der Stadtrat die Entscheidung am 5. Februar. Die Fraktionen, vor allem die mit Mehrheit regierende CDU, signalisierten nach der Sitzung bereits ihre Zustimmung. Zum Konflikt mit dem Orchester, dessen Vorstand aus Protest zurückgetreten war, meinte Davies, er sei sicher, die Bedenken durch klärende Gespräche und vor allem durch fruchtbare gemeinsame Arbeit ausräumen zu können. Als „sehr deprimierend" bezeichnete dagegen Bernd von Scheel, Sprecher des Orchestervorstands, die Entscheidung. In einem Gespräch mit dem Vorstand habe Davies „die Bedenken des Orchesters nicht akzeptiert".

### Rekordpreis für neuen Roman von Clavell

dpa, **New York**

Für den Rekordpreis von fünf Millionen Dollar haben die amerikanischen Verlage William Morrow und Avon Books die nordamerikanischen Rechte für den neuen Roman von James Clavell, „Whirlwind" (Wirbelwind), erworben. Das Buch, das zur Zeit des Falls des Schah-Regimes im Iran spielt, soll im Herbst erscheinen.

### Thyssens Abkommen mit sowjetischen Museen

**AFP, Moskau**

Baron Hans-Heinrich von Thyssen-Bornemisza hat mit dem sowjetischen Kulturminister Pjotr Demitschew zwei Abkommen über einen Kunstaustausch mit den Museen von Moskau und Leningrad unterzeichnet. Wie Thyssen mitteilte, werden über 150 Kunstgegenstände aus seiner Sammlung vom 1. Juli bis 20. November dieses Jahres in Leningrad und anschließend in Moskau ausgestellt werden. Parallel sind in der „Villa Favorita" in Lugano Leihgaben aus den sowjetischen Museen zu Gast. Ein zweiter Austausch ist für 1987 geplant.

### *Michel de Certeau†*

**AFP, Paris**

Der französische Philosoph und Historiker Michel de Certeau ist in Paris nach langer Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Certeau war Jesuit. Er machte sich vor allem auf dem Gebiet der Erkenntnistheorie einen Namen. Als Historiker erforschte er die Mystik und als Anthropologe das Alltagsleben.

### *Lucia Chase gestorben*

**AFP, New York**

Die amerikanische Tänzerin und Choreographin Lucia Chase, Mitbegründerin des „American Ballet Theater", ist in New York im Alter von 78 Jahren gestorben. Lucia Chase wurde 1940 Mitbegründerin des ABT, das sie bis 1979 leitete und zum wichtigsten Gegenpol des New York City Ballet machte, indem sie einerseits das klassische Repertoire pflegte, andererseits junge Choreographen förderte.

Sächsische Intimität: Zur Ausstellung „Dresden heute" im Ulmer Kunstverein

# Symbolische Akte des Weiterlebens

Städte in der geographischen Größenordnung Dresdens haben, in Ost und West, heute je an die tausend organisierte Künstler. Stefan George würde sagen: „Schon ihre Zahl ist Frevel". Die Ausstellung „Dresden heute" im Kunstverein Ulm begnügt sich mit Malerei, Zeichnung und Druckgraphik von 15 Künstlern und Künstlerinnen. Die Plastik bleibt ausgespart. Es ist die mittlere und die jüngere Generation, vom 57jährigen Gerhard Kettner – dem Inspirator der Veranstaltung – bis zur 28jährigen Gudrun Trendafilov, Generationen, die beide zusammen an Stelle der alten, heute fast ausgestorbenen getreten sind und das ausmachen, was Dresden „heute" ist.

Von den Alten leben nur noch Glöckner, Rosenhauer, Heuer (der letzte der Kokoschka-Schüler), Gussy Hippold-Ahnert (wohl die letzte Dix-Schülerin) und vielleicht noch der eine oder andere, der nicht mehr hervortreten mag. Im letzten Jahr starben Helmut Schmidt-Kirstein und Willy Wolff. Beide wurden von den Jungen sehr beachtet, aber vielleicht fühlen jene sich – so bitter das ist – erst jetzt eigentlich „frei", fühlen die Verantwortung, Dresden zu „sein". Gudrun Trendafilov, eine neue Expressionistin, arbeitet heute im einstigen Atelier Schmidt-Kirsteins – ein fast symbolischer Akt des Weiterlebens.

Es ist in dieser Ausstellung kein Name zuviel, eher hätte man noch den einen oder anderen hinzufügen können: Lutz Fleischer und Andrea Türke, die einen zeichnerisch vitalen Art-brut-Realismus pflegen, beispielhaft das „Kleine-Leute-Milieu" festhalten; dazu beider Gegenteil, die Sensibilisten, die von der sprichwörtlichen Dresdner Malkultur herkommen: Helmut Gebhardt, der mit seinen farbigen Linolschnitten ein willkommenes Pendant zu Werner Wittigs japonistischen Holzrissen bildet, und Klaus Dennhardt, der mit seinen Papierfaltungen eine Synthese aus Dresdner Peinture und Glöckners Konstruktivismus pflegt. Dennhardt mußte bedauerlicherweise wegfallen – weil er einen Ausreise-Antrag laufen hat.

Der mit vielen Farbtafeln bestückte Katalog enthält ohnehin mehr, als die vier Wände des Ulmer Kunstvereins aufnehmen konnten. Die Ausstellung zeigte jedoch zum einen, wie bewundernswert Tradition fortgeführt wird, zum anderen, welche neuen expressiven Tendenzen sich Bahn brechen, die aber, sieht man genauer hin, durchaus auch ihre spezifisch dresdnerischen Wurzeln haben. Denn hier hatten nicht nur die Expressionisten der „Brücke" von 1905, nicht nur der Apokalyptiker Ludwig Meidner, sondern um 1919 auch die jungen Wildlinge Dix und Felixmüller gewirkt, und Kokoschka hat Dresden erst 1924 verlassen.

Am ungebärdigsten ist die 29jährige Angela Hampel, die eigentliche Entdeckung der Ausstellung; sie malt und zeichnet irre bunte Typen, beruft sich unliterarisch auf Literatur, „Die Schöne und das Tier" der Madame Leprince de Beaumont und Christa Wolfs „Kassandra".

Der Radius der Ausstellung ist groß: vom kantigen Expressionismus Stefan Plenkers', seinen leeren, zugigen Kammern, bis zum „weichen Stil" Peter Grafs, der die zerlaufenden Dinge Salvador Dalis ins Dresdnerische zu übersetzen scheint, überhaupt etwas „Spanisches" hat, geheimkultisch, totenwachenhaft.

Auf der 11. Bezirks-Kunstausstellung im Herbst vorigen Jahres stellte Wolfgang Smy (in Ulm nicht dabei) einen Siebdruck in der Strichmännchen-Manier Pencks aus – Penck selbst aber hatte vor ein paar Jahren seine Heimat verlassen müssen.

Hubertus Giebe ließ in einem Privatdruck, der Radierungen zu Texten der Weltliteratur enthält, ein Gedicht des einst verpönten Gottfried Benn erscheinen, ein Gedicht übrigens, das von Reise-Sehnsucht, von Trelleborg und von griechischem Glück spricht.

„Expressivität heute" war letztes Jahr eine Ausstellung im Ostberliner Alten Museum benannt, daran waren auch einige junge Dresdner beteiligt, die wir hier wiedersehen. „Dresdner Kunst heute" hieß 1977 eine Ausstellung in dem rührigen kleinen Dresdner Leonhardi-Museum. Seit 1977 hat sich in der Kunstwelt einiges verändert; es war das Jahr, da die Leipziger zum erstenmal in die Kasseler „documenta" einbezogen wurden – ein folgenreicher Vorgang. Seit da wird Leipzig, von Penck abgesehen, gern von der Kritik gegen Dresden ausgespielt. Die Dresdner sind mit ihrer Schmähung Leipzigs an der Umkehrung freilich nicht unschuldig. Leipzig hat sächsisches Pathos, Dresden sächsische Intimität; Leipzig führt im Figurenbild, im monumentalen Format. Dresden bescheidet sich.

So ist auch der Dresdner Max Uhlig im kleinen Format eigentlicher als im großen. Kettner, der sich ohnehin aufs Format und Medium der Zeichnung beschränkt, verweist in einem Katalogtext auf den Schweizer Otto Meyer-Amden, einen Miniaturisten auch des Seelenlebens, einen Robert Walser der bildenden Kunst. Kettner gibt auch ein Wort seines Lehrers Hans Theo Richter wieder, es käme darauf an, mit fünfzig noch Talent zu haben!

Wie sich die neue Wildheit in West und Ost bewähren wird, muß sich zeigen. Es gab in Dresden nach dem Kriege einen jungen Wilden, Walter Prescher, der von den Auguren der Malkultur beargwöhnt wurde; er schuf eruptiv, vernichtete alle acht Tage seine letzten Arbeiten – und war mit Ende dreißig ausgebrannt, ließ nichts mehr von sich hören. Die Jugend in „Dresden heute" hat wohl mehr Selbstvertrauen.

DIETER HOFFMANN

**Bis 19. Jan.; Singen: 4. bis 20. April; Ravensburg: 9. Mai bis 4. Juli; Gelsenkirchen: 13. Juli bis Ende August; Katalog: 20 Mark.**



**Gudrun Trendafilov: „Akt. Aussprengung", aus der Ulmer Ausstellung** FOTO: KATALOG

Ein Kolloquium über den Dichter Paul Celan an der Universität von Haifa

# Tigersprung in die Vergangenheit

Im Turm der Universität Haifa versammelten sich deutsche und israelische Literaturwissenschaftler, um über den Dichter Paul Celan zu diskutieren. Daß es kein Reden im Elfenbeinturm wurde, dafür sorgte die geschichtliche Realität, die in Gestalt von Jugendfreunden und Leidensgefährten des Dichters gleichsam mitanwesend war.

Die von Chaim Shoham (Haifa) und Bernd Witte (Aachen) geleitete Tagung mit den Schwerpunkten: Sprachform, Spätwerk und Übersetzungsproblematik knüpfte an das letzte Symposium in Seattle an, zum Beispiel in der Frage, ob das Celansche Frühwerk das Schreckliche in eine Aura des Schönen hülle. Theo Bucks neue Interpretation der „Todesfuge" gipfelte in der Feststellung, daß diese raffinierte „Wortklang-Partitur" den „Schein des Schönen gleichsam von innen heraus sprengt". Es sei gerade kein Gedicht über Auschwitz, sondern eine Fuge des Erinnerns. Der Erinnerungsvorgang gelinge im gleichen Maße, wie die dichterische Form gelingt. Die Ansicht, daß Lyrik dieser Art dennoch eine unerträgliche Ästhetisierung des Grauens darstelle und hier „mit Entsetzen Sprache getrieben" werde, vertrat Tuvia Rübner (Merchavia) in seinem Gegenreferat. Die sich anschließende Diskussion ergab, daß Celans Gedichte auch als „Prozeß einer Sprachreinigung vom Hitlerfaschismus" verstanden werden können.

Als ästhetische Zäsur erschien die „Todesfuge" Manfred Winkler (Jerusalem) in seinem Vortrag über die „dichterische Wandlung Celans". Entgegen der Forschungsmeinung sieht er im Spätwerk keine Steigerung, sondern eher eine Verhärtung und Verarmung des dichterischen Sprechens. Mit Winkler kam zugleich ein Übersetzer zu Wort, der auf ganz praktische und aufschlußreiche Übertragungsprobleme hinwies.

In die kühlere Luft der Theorie führte dagegen Winfried Menninghaus (Berlin) mit seinem Referat zum „Anspielungs- und Beziehungswahn bei Celan und seinen Interpreten". Celans gegenwendige Zitation von Kirchenliedern wie die aktuelle Forschung zum Spätwerk wurden einer Kritik aus neostrukturalistischer Perspektive unterzogen. Während Menninghaus eine „Zerstreuung des Celan-Gedichts in disparate Textelemente" behauptete, ging Israel Chalfen – wie andere auch – von einer Sinn-Einheit des Gedichts aus. Chalfen betrachtete das Gedicht „einmal" aus der Sicht von Platons Überlegungen zur Sprache. Der Vers „Licht war. Rettung" sei lesbar als „Hinwendung aus dem Dunkel der unfreien Dingwelt zum Hellwerden des Bewußtseins".

Gegensätzliche Methoden der Gedichtinterpretation führten Thomas Sparr (Hamburg) mit linguistischem, Barbara Klose (Gießen) mit hermeneutisch-semantischem Ansatz vor, während zwei zentrale Prosatexte Celans von Karin Lorenz-Lindemann und Esther Camron (Jerusalem) untersucht wurden: Lorenz-Lindemann las das „Gespräch im Gebirg" vielleicht allzu eindeutig als „Palimpsest", als „Übermalung" von Büchners Lenz-Erzählung, Camron deutete in einem konfessionalen Beitrag „Das Dunkle und das Helle der Meridian-Rede". Ruth Dinesen aus Kopenhagen war die kompetente Interpretin der ästhetischen Beziehung von Nelly Sachs und Paul Celan. Anhand bisher unbekannter Briefe rekonstruierte sie die mehr als zehnjährige Freundschaft. Nelly Sachs' Identifikation mit dem „Dichter-Bruder" entspricht Celans „Poetische Transfiguration" von Themen der Lyrikerin: Schließlich sei im „Du" des Zyklus „Atemkristall" Nelly Sachs sogar selbt zu identifizieren.

Dem Übersetzungsproblem widmeten sich die beiden letzten Vorträge. Fred Lönker (Göttingen) suchte den „Ort der Übersetzungen in Celans Poetik" auszumachen. Das Gedicht „Nachmittag mit Zitadelle" nenne nicht nur den russischen Dichter Mandelstam, sondern sei selbst, was es vorführt: ein Tigersprung in die Vergangenheit.

Mit seiner Deutung von Celans Baudelaire-Übertragung „Der Tod der Armen" lenkte Bernd Witte noch einmal auf die Anfangsdiskussion zurück: Baudelaires Poem stehe gleichsam „vor dem Tod", während Celans Nachdichtung das Faktum des millionenfachen Mordes trage. Dennoch bleibe, wie ein Blick auf das Gesamtwerk lehre, der Triumph des Todes in Celans Schaffen nicht unangefochten, ja es könne als sein eigentlicher Überwindungsprozeß gelesen werden. Die besondere Bedeutung dieses Kolloquiums lag in der Teilnahme überwiegend jüngerer Celan-Forscher sowie in der Tatsache, daß es das erste Symposion in Israel war, das einen deutschen Nachkriegsautor behandelte.

HANS-MICHAEL SPEIER

# Kollisionen auf der Elbe reißen nicht ab

## Eine der sichersten Routen der Welt bangt um ihren Ruf

DIETER F. HERTEL, **Hamburg**

Eine Serie von fünf Unfällen zwischen dem 3. und dem 11. Januar auf der Unterelbe zwischen Hamburg und Cuxhaven beunruhigt die Schiffahrt. Bisher galt die Elbe als eine der sichersten Seefahrtsstraßen der Welt mit – statistisch gesehen – einem Unfall pro Monat. Der gesamte Verkehr kann vom Hamburger Hafen bis weit in die Deutsche Bucht hinaus mit Hilfe einer Kette von Radarstationen überwacht werden. Ist jetzt der gute Ruf des jährlich von 60 000 Schiffen befahrenen Stromes in Gefahr?

Dreimal kollidierten je zwei Schiffe, ein siebentes Schiff rammte ein schwimmendes Seezeichen, und ein achtes stieß gegen eine Lösch- und Ladebrücke. Nach den ersten beiden Unfällen war noch von Duplizität der Ereignisse die Rede. Doch nach dem fünften Unfall? Immerhin scheint festzustehen, daß bei zwei Unfällen menschliches Fehlverhalten ursächlich war.

Begonnen hatte die Unglücksserie in den Morgenstunden des 3. Januar. Der elbabwärts fahrende britische Stückgutfrachter „Waylink" (3449 Bruttoregistertonnen/BRT) rammte nahe Brunsbüttel den elbaufwärts fahrenden panamaischen Tanker „Brady Maria" (997 BRT). Der Tanker schlug leck. Mehr als 250 Tonnen besonders schweres Bunkeröl liefen aus. Fünf Spezialschiffen gelang es zwar, die Elbe von dem Öl, das sofort verklumpt, zu befreien. Doch trieben am südlichen Elbufer große Mengen Ölklumpen an, die das Wildvogel-Europa-Reservat im niedersächsischen Nordkehdingen bedrohen. Noch liegt das Öl unter Schnee und Eis. Sobald es aber taut, droht den Tieren der Öltod. Schon jetzt wurden erste verölte Vögel an den Ufern der Inseln Neuwerk, Scharhörn und Helgoland gesichtet.

Lotse Reinhardt F. von der „Waylink" ist inzwischen vom Dienst suspendiert worden. Seine Blutproben sollen um zwei Promille ergeben haben. Gegen ihn wird wegen Gefährdung des Schiffsverkehrs durch Trunkenheit ermittelt. Übrigens das erste Mal in der Geschichte der Elblotsen-Bruderschaft, daß einem der ihren im Dienst eine Blutprobe entnommen wurde, sagte dazu Lotsenältermann Horst Weber. Sollte die Schuld des Lotsen festgestellt werden, drohen ihm nicht nur Freiheitsstrafe und Schadenersatzforderungen in Millionenhöhe – F. wäre auch sein Patent los. Zu den Reparaturen der beschädigten Schiffe kommen noch die Kosten für die Ölbekämpfung, die allein auf niedersächsischer Seite schon mit mehr als zwei Millionen Mark beziffert werden.

Am Tag nach diesem Unglück kam es nahe Cuxhaven zur nächsten Kollision. Bei Schneetreiben und Sicht unter 50 Metern rammte der elbabwärts fahrende zyprische Frachter „Orange Carol" (35 578 BRT) das dänische Küstenmotorschiff „Beatrines" (300 BRT). Es war mit 500 Tonnen Koks unterwegs nach Bornholm durch den Nord-Ostsee-Kanal. Die „Beatrines" sank sofort. Die vier Besatzungsmitglieder, darunter eine Frau, konnten gerade noch eine Rettungsinsel besteigen, aus der sie eine halbe Stunde später erschöpft geborgen wurden. Noch während die beiden riesigen Schwimmkräne „Magnus 1" und „Bär" das Wrack der „Beatrines" zu bergen versuchten,. krachte es am Abend des 10. Januar ganz in der Nähe zum dritten Male.

Der in Emden beheimatete Kleintanker „Emstank 10" (164 BRT), überlief die Leuchttonne 32 nördlich des Cuxhavener Wahrzeichens Kugelbake und schlug dabei leck. Glück im Unglück: Nur der Maschinenraum lief voll Wasser, die mit 200 Tonnen Heizöl gefüllten Tanks blieben unbeschädigt.

In den frühen Morgenstunden des 11. Januar krachte es schon wieder. Unterhalb der Ostemündung überholte der nach See gehende liberianische Erzfrachter „Saar Ore" (51 655 BRT), der in Hamburg 80 000 Tonnen Eisenerz aus Kirkenes gelöscht hatte, den deutschen Tanker „Bernd" (438 BRT) aus Bremen. Dabei entstand ein so starker Sog, daß sich beide Schiffe leicht streiften, ohne daß es freilich zum Ölaustritt kam. Doch auch damit immer noch nicht genug: Wenig später knallte der Flensburger Küstenfrachter „Hans-Georg" (299 BRT) mit voller Fahrt in Höhe von Stadersand gegen die Rohrleitung einer Baggerstation sowie gegen eine Lösch- und Ladebrücke. Allein an dieser beträgt der Schaden 100 000 Mark. Nach Angaben der Polizei war der Kapitän auf der Brücke eingeschlafen ...

## Berliner Presseball: Glückslos vom Bundespräsidenten / Kompliment vom Kanzler



**Prominenz tanzt: Richard Burt und Frau Kohl sowie der Kanzler und Frau Burt. Amüsierte Beobachter: Richard von Weizsäcker und Frau Marianne.** FOTOS: DPA / DIE WELT

# *‚Capitale' Ballnacht in Berlin*

H.-R. KARUTZ/D. DOSE, **Berlin**

Wo Super-Boris noch vor einer Woche seine Aufschlag-Kracher zündete, wogte und walzte am Wochenende Deutschlands High Society aus Politik, Wirtschaft und Medien über das Berliner Presseball-Parkett: Roben, Rüschen und rustikalere Gewänder der 3300 „puppenlustigen" Gäste schimmerten umhüllt vom Duft ligurischer Rosen und heimischen Flieders. Die ersten Männer des Staates schwärmten unisono: „Eine sehr legere Stimmung", Bundeskanzler Helmut Kohl, „herrlich", Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Frau Marianne.

Das monströse „Raumschiff" des Internationalen Congress-Centrums hatte sich unter kundiger Künstlerhand abermals in eine Kulissenlandschaft verwandelt: Schinkel-Motive, Goldrahmen, Blumenmotive, Kerzenlicht – nur Wiens Opernball mag am Ende genußvoller sein. Getreu dem Motto zum Autogeburtstag „Von Null auf Hundert" gab's kein Tempolimit für das Amüsement. Am Prominententisch 104 bewies von Weizsäcker seine soziale Ader und schenkte seinem Nachbarn Kohl ein Los der Tombola. „Hier, Helmut, hast Du eins." Prompt erwies sich die Gabe als Gewinn. „Wenn es ein Fahrrad ist, muß er mir das aber geben", hatte der Bundespräsident allerdings zur Bedingung gemacht. Über die Maßen bester Stimmung steckten Kohl und von Weizsäcker öfter die Köpfe zusammen. „Es läuft zwischen den beiden auch politisch vorzüglich", wußte ein Bonner Insider denn auch zu berichten.

Nach Wilhelm Buschs Motto „An den Füßen milde Schuh und im Antlitz Seelenruh" verbreitete Kohl im nächtlichen Lokalfunk Komplimente: „Ohne die Bonner zu beleidigen, aber der Berliner Presseball ist wesentlich schöner." Zu Klängen der hessischen Funkband mußte der Kanzler auch tanzen: „Hier kann man aber höchstens schieben", kommentierte er die Fülle auf dem Parkett.

Im übrigen fand er größten Gefallen an der Fachsimpelei mit Fußballtrainer Rudi Gutendorf, dem Coach von Berlins einstigem Lieblingskind Hertha BSC. Man sprach über selige Zeiten, als Kohl noch bei „Phönix Ludwigshafen" stürmte und Gutendorf in der Pfalz kickte.

Die First Ladies zeigten sich „très chic" – Marianne von Weizsäcker in einem schwarz changierenden Seidenkleid mit Kelchkragen („selbst entworfen") und langen Puffärmeln nebst Brosche von Kaiser Haile Selassie, Hannelore Kohl in einer glitzernd-weißen Spitzenrobe. Ohnehin spielte man den Modewalzer „Gold und Silber" in allen Facetten, Varianten, in Pailletten und gestäubt. Reimer Claussen, Deutschlands berühmter Mode-Designer, war vom modischen Gesamt-Niveau indes nicht übermäßig angetan: „Sehr deutsch!" Wobei nicht Wunder nahm, daß der Männer-Mut vor Mode-Thronen ohnedies, wie immer, schwach entwikkelt war – eine goldfarbene Schleife, ein Trachten-Janker und viel „Denver"-Kragen (der gute alte „Vatermörder") – das war's denn schon.

Desto beachtlicher das Niveau der Tombola. Gewinne im Wert von einer runden Million lockten. Die Arme der Losverkäufer mit Hundertmarkschein-Bündeln reckten sich den Interessenten entgegen. Die kapitalste Ausschüttung in deutschen Landen reizte, und man entfaltete, wie üblich, auch Leibeskräfte, um an die 10-Mark-Röllchen zu gelangen. „Soviel Glück hatte ich noch nie", konstatierte Bonns Vertreter in Ost-Berlin, Staatssekretär Hans-Otto Bräutigam. Er „probte" schon für den heutigen Neujahrsempfang bei Erich Honekker – wenngleich es dort weit weniger ausgelassen zugehen dürfte.

Liberale und Bayern machten sich in dieser Fest-Nacht rar: Alle blau-gelben Spitzengardisten feierten beim zeitgleichen „Ball der Liberalen" an der Isar – so blieb Stammgast Hans-Dietrich Genscher fern. Vom Kabinettstisch feierte nur Heinrich Windelen in Berlin mit – frisch gestärkt nach einer Manfred-Köhnlechner-Kur. Dauer-Tänzer Biedenkopf amüsierte sich in der Bier-Bar. Die Ball-Nacht standen auch Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau, Oppositionschef Hans-Jochen Vogel, die drei alliierten Botschafter mit dem neuen Star Richard Burt und seiner Frau Gahl, die WELT-Chefredakteure Manfred Schell und Peter Gillies und der bärtige Astronaut Reinhard Furrer samt den Medien-Königen von ARD und ZDF durch. Eine Soirée à la Fontane im Ball-Almanach 1884: „In vergnügtem Jagen, immer schneller tragen uns die Töne wonnig hin und her ...

Berlin war, wieder einmal, eine Wonne wert.

# *Ein Quanten-Genie mit Gefühl in Hüfte und Knie*

PETER SCHMALZ, **München**

Wenn ein Außenminister zu einem Faschingsball nach München fliegt, darf er sich bei der Begrüßung des Beifalls sicher sein. Besonders dann, wenn sich das Fest unter dem Motto „Nacht der Liberalen" als eine FDP-Veranstaltung ausweist. So wurde denn auch Hans-Dietrich Genscher unter der venezianischen Faschingsdekoration im Deutschen Theater eifrig beklatscht. Dann aber kam einer, der den „Mann mit den Ohren" phonetisch weit in den Schatten stellte: Klaus von Klitzing, Physiker und Nobelpreisträger.

Weshalb er zusammen mit seiner Frau Renate von Stuttgart herüber an die Isar gefahren war, blieb Vermutungen vorbehalten; ein organisierter Liberaler ist er nicht. Kam er, um die Feste der bayerischen Landeshauptstadt zu testen, in der so eifrig mit Millionenbeträgen nach ihm gewunken wird? Vorerst werde er doch in Stuttgart bleiben, wich das Quanten-Genie aus.

Womöglich war er nur gekommen, um sich zu amüsieren, was er denn auch reichlich tat: er tanzte mit Gefühl in Hüfte und Knie und erzählte bei Samba und Walzer von den Nöten, die einen Nobelpreisträger überfallen. Denn wie muß wohl die Fliege aussehen, mit der einer dem schwedischen König entgegentritt? Wie soll gar der Smoking geschnitten sein? Der Damen Herzen schmolzen dahin angesichts solch menschlicher Regungen.

Wo der Physiker eine kesse Sohle aufs Parkett legte, gab sich Bundesjustizminister Hans Engelhard, ein gebürtiger Münchner, seiner gewohnten Bewegungsverzögerung entsprechend geruhsam. Doch dann traf ihn mitten auf der Tanzfläche das Schicksal, als die Kapelle vom Slow Fox zum quirligen Twist wechselte. Doch das kann einen Engelhard nicht erschüttern: Er schwenkte ein wenig die Handgelenke und ertrug das Gewurrle in der Gewißheit, daß auch die schnellsten Bewegungen sich unweigerlich dem Stillstand wieder nähern werden.

## LEUTE HEUTE

### *13 Vorgänger*

Zum Beginn des Faschings in München ist der Oberleutnant der Schweizer Armee **Steinberger**, besser bekannt als **Emil**, mit dem Karl-Valentin-Orden ausgezeichnet worden. Die Liste seiner 13 Vorgänger mit Namen wie **Werner Finck, Vicco von Bülow** alias **Loriot, Franz Josef Strauß** „und sogar **Helmut Kohl**", habe es ihm schmackhaft gemacht, die Ehrung anzunehmen, sagte der Kabarettist.

### *400 Häftlinge*

Früher als befürchtet können sich 400 Franzosen aus dem Gefängnis verabschieden. Prominentester Nutznießer einer Strafverkürzung, die Staatspräsident **François Mitterrand** erlassen hat, ist **Claude Lang**. Ein Schwurgericht hatte den heute 46jährigen 1983 für schuldig befunden, einen Hotelbesucher in Nancy durch Messerstiche tödlich verletzt zu haben. Der Bruder von Kulturminister **Jack Lang** kann nun im Juni einen Antrag auf bedingte Freilassung stellen.

# Bei aller Entzauberung der Magie – diese Kunst muß undurchsichtig bleiben

B. F. SCHNEIDER, **Böblingen**

Es ist ein weiter Weg, den die Magie von ihren religiösen Ursprüngen über die Taschenspieler des Mittelalters bis zu den Zauberern von heute mit Frack und Zylinder zurückgelegt hat. Das wurde auf dem Fachkongreß „The Magic Hands" deutlich, zu dem sich am Wochenende rund tausend Adepten der Zauberkunst in der Kongreßhalle von Böblingen versammelt hatten. Wer nun erwartete, daß zur Eröffnung mit dem großen Abrakadabra die Geister berühmter Magier von Zarathustra bis Kalanag beschworen und herbeigerufen würden, der sah sich getäuscht.

Zwei seriöse Herren im dunklen Anzug, Wolfgang Brumme, Oberbürgermeister von Böblingen und Manfred Thumm, Hersteller von Zauberutensilien und Ausrichter des Kongresses, hielten ihre Ansprachen, und auch aus einer Flasche entstieg keineswegs ein Geist, sondern floß ganz normaler Sekt, mit dem die beiden auf das Ereignis anstießen.



**Auch wenn beim Spiel mit dem Feuer nicht mehr die Rede von Geistern und Dämonen ist – ein klein wenig soll doch bleiben vom Zauber des Illusionären.** FOTO: WOLFGANG ZIEGLER

Auf diesem Kongreß, bei dem sich öffentliche Vorführungen, Seminare, Autogrammstunden und Fachdemonstrationen ablösten, erinnerte nichts mehr daran, daß die Urahnen dieser Zauberkünstler, die Magier waren – ein Volksstamm aus dem ersten Jahrtausend vor Christus, der in den altiranischen Religionen die Priesterämter inne hatte. Die Magie selber aber, entstanden aus dem uralten Wunsch des Menschen, sich übernatürliche Kräfte dienstbar zu machen, ist noch unendlich viel älter und fand schon in den eiszeitlichen Höhlenzeichnungen ihren Niederschlag.

Diesen frühen Abschnitt ihres Stammbaums mit seinen Wurzeln im Geister- und Dämonenglauben aber haben die Magier von heute kurzerhand gekappt und dabei auch gleich Schößlinge wie die Mantik, die Wahrsagekunst und den Okkultismus, das heißt den Glauben an die unmittelbare Einwirkung menschlichen Willens auf die Natur, mit eliminiert. In den Statuten des magischen Zirkels von Deutschland wird den etwa 2000 Mitgliedern aller Grade der Perfektion sogar die strikte Distanzierung von allem zur Auflage gemacht, was eine parapsychologische Anmutung hat.

Allerdings reicht auch diese Entzauberung der Zauberei schon bis ins 16. Jahrhundert zurück, als der Engländer Reginald Scot in seinem Buch über die „Entlarvung der Zauberei" die Tricks erklärte und den Magier seiner übernatürlichen Aura entkleidete. „Es sind zweifellos nicht die Schamanen und Geisterbeschwörer, von der sich unsere Kunst herleitet, sondern eher die Gaukler und Taschenspieler des späten Mittelalters, die zum fahrenden Volk gehörten", meint Eberhard Riese, Gymnasiallehrer und Hobby-Magier von hohen Graden. Und wenn dann die Zauberkünstler in der Kongreßhalle mit ihren stabilen, dickleibigen Handköfferchen umherziehen, und ihre Kollegen an Theken und Tischen mit ihren neuesten Tricks überraschen, dann wird dieser Eindruck bestätigt. Gleich ob beim Mittagessen oder während der Kaffeepause und selbst beim Frühstücksei im Hotel verschwinden Karten, werden deutsche in holländische Münzen verwandelt und Würfel verzaubert. Natürlich geht es außer um Schnelligkeit und Geschicklichkeit auch um ein wenig Psychologie, wenn die Zuschauer beim Tischzaubern durch Gestik und durch Plauderei abgelenkt werden, oder wenn ein attraktives Girl auf der Bühne seinen hochgeschlitzten Rock im richtigen Augenblick einsetzt um die Blicke der Zuschauer von den Händen des Meisters abzuziehen.

Von den historischen Ursprüngen seiner Kunst hat sich auch der Nachwuchs völlig abgenabelt und er betrachtet sie als eine Mischung aus Sport und Entertainment. Die Tatsache, daß es Weltmeister in verschiedenen Sparten und Wettbewerbe in einzelnen Tricks gibt, die wie beim Eiskunstlauf nach verschiedenen Kategorien wie Technik und Präsentation mit Punkten bewertet werden, gibt ihnen sogar recht. Aber auch das Publikum scheint offensichtlich der Illusion vom Magier, als dem Gebieter übernatürlicher Kräfte nicht zu bedürfen. Der Wunsch nach Unterhaltung scheint zu überwiegen. So antwortet Rüdiger Deutsch, ein Halb-Profi, der mit einer Art Zauberparodie durch die Lande zieht, daß das Lachen für ihn der schönste Applaus ist. So war denn selbst bei den Veranstaltungen des Gala-Abends, z. B. dem eleganten Duo „Les Cattarius" in Frack und Abendkleid mit Tauben und Kaninchen, dem jungen Amerikaner James Brandon mit seinen Feuertricks und dem Japaner Shimada im Kampf mit seinem riesigen Drachen, immer ein kleines Augenzwinkern, ein ganz klein wenig Selbstironie im Spiel.

Angesichts wachsender Zuschauerzahlen und eines regen Nachwuchses scheint also die Welt der Magier in Ordnung zu sein; und wenn diesen Meistern der Gänsehaut und der Verblüffung einmal selber ein Schauer über den Rücken läuft, dann höchstens, wenn handwerklich perfekte Zauberer wie Uri Geller durch die Vortäuschung übernatürlicher Kräfte die ganze Zunft in Verruf bringen. Allerdings auch ein französischer Produzent, der ein elektronisch gesteuertes bühnenreifes Skelett konstruiert hat, lehrt sie das Fürchten, diese Entertainer, die sich dann an die Steuerpulte verbannt sehen. Aber letztlich entscheidet das Publikum über die Alternative: Elektronik oder Zauberkünstler, und allabendlich, bevor er hinter dem Vorhang verschwindet sagt der Conférencier: „Ich lege die Künstler in Ihre beifallbereiten Hände."

## WETTER: Unbeständig und mild

**Lage:** Im Zustrom milder Meeresluft von den Britischen Inseln her werden mitgeführte Regenfronten in der zweiten Tageshälfte auch auf Deutschland übergreifen.

**Vorhersage für Montag:** Bewölkungszunahme von Westen her und nachfolgend Regen. Schneefallgrenze vorübergehend auf 800 m anhebend. Temperaturen zwischen 2 Grad im Südosten und 6 Grad im Nordwesten. Nachtwerte kaum niedriger. Mäßiger bis frischer, im Norden und in freien Lagen starker Wind aus Südwest.

**Weitere Aussichten:** Am Dienstag anfangs noch Regen und mild. Später Übergang zu Schauerwetter mit leichtem Temperaturrückgang.

**Sonnenaufgang am Dienstag:** 8.21 Uhr*, Untergang: 16.41 Uhr; **Mondaufgang:** 10.46 Uhr, Untergang: 21.36 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

**Vorhersagekarte für den 13. Jan., 7 Uhr**

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe

**Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):**

**Deutschland:**

| Ort | °C | Wetter |
|---|---|---|
| Berlin | 4 | bw |
| Bielefeld | 4 | bw |
| Braunlage | -1 | S |
| Bremen | 4 | Rs |
| Dortmund | 4 | bw |
| Dresden | 4 | bw |
| Düsseldorf | 5 | bw |
| Erfurt | 3 | bw |
| Essen | 4 | bw |
| Feldberg/S. | -6 | Ne |
| Flensburg | 4 | R |
| Frankfurt/M. | 5 | bd |
| Freiburg | 5 | bw |
| Garmisch | 0 | S |
| Greifswald | 3 | bd |
| Hamburg | 3 | bd |
| Hannover | 4 | bw |
| Kahler Asten | -2 | Sr |
| Kassel | 3 | bw |
| Kempten | 6 | bd |
| Kiel | 3 | bd |
| Koblenz | – | – |
| Köln-Bonn | 3 | bw |
| Konstanz | 3 | bd |
| Leipzig | 3 | bd |
| List/Sylt | 4 | R |
| Lübeck | 3 | Sp |
| Mannheim | 7 | bw |
| München | 2 | bw |
| Münster | 4 | bw |
| Norderney | 2 | R |
| Nürnberg | 3 | bw |
| Oberstdorf | -1 | Gr |
| Passau | 2 | bd |
| Saarbrücken | 3 | bd |
| Stuttgart | 3 | bw |
| Trier | 3 | bw |
| Zugspitze | -16 | S |

**Ausland:**

| Ort | °C | Wetter |
|---|---|---|
| Algier | 17 | he |
| Amsterdam | 6 | bw |
| Athen | 14 | he |
| Barcelona | 15 | he |
| Belgrad | -2 | bd |
| Bordeaux | 10 | Rs |
| Bozen | 5 | bw |
| Brüssel | 6 | bw |
| Budapest | -2 | bd |
| Bukarest | -1 | S |
| Casablanca | 13 | bw |
| Dublin | 6 | he |
| Dubrovnik | 7 | he |
| Edinburgh | 6 | he |
| Faro | 15 | he |
| Florenz | 9 | he |
| Genf | 5 | Rs |
| Helsinki | -5 | S |
| Hongkong | 18 | wl |
| Innsbruck | 1 | Sr |
| Istanbul | 6 | bd |
| Kairo | 18 | he |
| Klagenfurt | 4 | bd |
| Konstanza | -1 | S |
| Kopenhagen | 3 | bd |
| Korfu | 11 | Gw |
| Las Palmas | 20 | he |
| Leningrad | -13 | bd |
| Lissabon | 14 | he |
| Locarno | 8 | he |
| London | 7 | he |
| Los Angeles | 16 | wl |
| Luxemburg | 2 | Rs |
| Madrid | 5 | he |
| Mailand | 4 | wl |
| Malaga | 18 | wl |
| Mallorca | 14 | he |
| Moskau | -14 | S |
| Neapel | 13 | he |
| New York | 2 | he |
| Nizza | 15 | he |
| Oslo | -5 | bd |
| Ostende | 6 | he |
| Palermo | 15 | he |
| Paris | 8 | bw |
| Peking | 1 | wl |
| Prag | 2 | he |
| Rhodos | 12 | bw |
| Rom | 11 | he |
| Salzburg | 2 | bw |
| Singapur | 25 | bd |
| Split | 11 | he |
| Stockholm | 0 | bd |
| Straßburg | 6 | bw |
| Tel Aviv | 13 | bw |
| Tokio | 9 | bw |
| Tunis | 17 | he |
| Valencia | 16 | wl |
| Varna | -1 | S |
| Venedig | 0 | Ne |
| Warschau | 2 | bd |
| Wien | -3 | bw |
| Zürich | 3 | bd |

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; [illegible] Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

# Zu Fuß zum Südpol – Briten auf den Spuren Robert F. Scotts

dpa, **London**

Nach 70 Tagen und 1400 Kilometern durch das Eis der Antarktis erreichten drei Briten am Samstag um 12.53 Uhr (MEZ) zu Fuß den Südpol. Nur wenige Minuten zuvor jedoch war in der Nähe des Startpunktes der Expedition ihr im Packeis gefangenes Versorgungsschiff „Southern Quest" gesunken. Die 21köpfige Besatzung wurde von einem amerikanischen Hubschrauber gerettet und zum US-Stützpunkt McMurdo gebracht. Die Expedition folgte den Spuren des englischen Forschers Robert Scott, der 1912 auf dem Weg zum Südpol knapp vom Norweger Roald Amundson geschlagen wurde und auf dem Rückweg erfror.

### Sechs stürzten in den Tod

dpa, **Bourg-Saint-Maurice**

Sechs Skifahrer aus der Gegend von Hanau sind am Freitag auf dem Weg von der Skipiste in ihr Hotel in den französischen Alpen ums Leben gekommen. Zwei wurden schwer verletzt, waren aber am Sonntag nach mehreren Operationen außer Lebensgefahr. Das Unglück ereignete sich nach Angaben der Polizei, als ein mit acht Urlaubern besetzter Personenwagen auf dem Weg vom Skigebiet von der Straße abkam und in eine 350 Meter tiefe Schlucht stürzte.

### Armero soll neu entstehen

dpa, **Bogota**

Die kolumbianischen Behörden haben beschlossen, die bei einem Vulkanausbruch am 13. November 1985 zerstörte Stadt Armero auf einer rund 25 Kilometer entfernten Hochebene neu aufzubauen. Beim Ausbruch des Vulkans Nevado del Ruiz waren etwa 23 000 der 25 360 Einwohner getötet worden. Die Kosten für den Bau der neuen Stadt werden auf umgerechnet rund 300 Millionen Mark geschätzt.

### Segelschiff geborgen

dpa, **Ottawa**

Das älteste noch aktive Segelschiff der Welt, die 128 Jahre alte „Ciudad de Inca", die in den letzten Tagen des alten Jahres in einem heftigen Wintersturm im Ontario-See in Kanada unterging, ist gehoben worden. Die „Inca" war an einem Dock im Hafen der Stadt Kingston festgemacht, als sie plötzlich in dem fünf Meter tiefen Wasser auf den Seeboden sank. Die Bergungs- und Reparaturkosten dürften um die 100 000 Dollar betragen.

### Spenden „eingeflogen"

dpa, **Essen**

Insgesamt 166 050 Mark Spenden für die „Aktion Sorgenkind" haben Tauben auf der Ausstellung des Verbandes Deutscher Brieftaubenliebhaber in Essen „eingeflogen". Züchter aus der Bundesrepublik Deutschland und Nachbarländern hatten 800 der schnellsten „Juwelen" aus ihrem Schlag für eine Versteigerung und Verlosung zur Verfügung gestellt.

### Große Mauer abgewandert

AP, **Peking**

Drei Chinesen haben in den letzten 20 Monaten die gesamte Große Mauer abgewandert. Über den 6450 Kilometer langen Marsch schrieben sie ein 40 000 Worte langes Tagebuch mit rund 7000 Fotos. Die drei jungen Leute hatten für ihr Unternehmen unbezahlten Urlaub genommen.

### Wieder Beben am Ätna

dpa/AFP, **Managua/Catania**

In zwei Tagen hat die Erde am Wochenende in der nicaraguanischen Stadt Granada fast hundertmal gebebt, ohne daß es zu Schäden gekommen ist. Die stärksten Erdstöße erreichten bis zu 4,6 Grad auf der nach oben offenen Richter-Skala. Auch an den Hängen des Ätna kam es am Wochenende erneut zu einem mittelschweren Erdbeben. Zu Weihnachten hatte ein Beben am Ätna ein Todesopfer und mehrere Verletzte gefordert.

### Mordserie in Paris

dpa, **Paris**

Ein Jahr nachdem von Oktober bis November 1984 neun alte Damen in ihren Wohnungen im 18. Stadtbezirk ermordet wurden, entdeckte die Polizei in den vergangenen drei Wochen erneut drei ermordete Frauen im Alter von 77 bis 91 Jahren. Der oder die Täter kommen vermutlich aus dem Drogenmilieu.

### Gefangene meuterten

AFP, **Pendleton**

Bei einer Häftlingsmeuterei in Pendleton, im US-Staat Indiana, ist am Samstag ein Häftling durch mehrere Messerstiche in den Rücken getötet worden. 19 Personen, darunter auch Gefängniswärter, wurden verletzt. Im vergangenen Februar waren bei einer Meuterei in demselben Gefängnis sieben Wärter und zwei Häftlinge mit Messern verletzt worden.

## ZU GUTER LETZT

*„Die Geschichte wiederholt sich nicht. Und wenn sie sich wiederholt, dann nicht genauso wie früher." Einsichten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.*